

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 28 Btg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Btg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Btg. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Btg. für das übrige Ausland 3 Btg. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Rufnummern oder deren Raum 50 Btg. für vollstehende und gemeinlichliche Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Btg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Btg., jedes weitere Wort 10 Btg. Stellenanzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 6 Btg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Quirats für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 3. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Am Pranger vor der Welt.

Wenn Fürst Bülow gemeint hat, die erste Kompromittierung unserer auswärtigen Politik durch eine noch größere verwischen zu können, so ist ihm dies wirklich nicht gelungen. Im Gegenteil. Die ganze Presse, mit Ausnahme der „Nordd. Allg. Ztg.“, des „Local-Anzeigers“ und der „Nöln. Ztg.“, stimmt darin überein, daß der amtliche Erklärungsversuch nur eine neue, noch schlimmere Bloßstellung der Regierenden bedeutet, und wenn ein Teil der Presse die offiziöse Darstellung überhaupt für glaublich hält, so nur, weil sie das Erfinden eines derartigen Skandals für noch unwahrscheinlicher hält als den Skandal selbst. Und in der Tat! Wenn uns eine derartige Desorganisation, eine solche Häufung von Urteilslosigkeit, Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeiten von russischen Tschinowniks, etwa von dem Tschusima-Ressort berichtet worden wäre, nach der russischen Niederlage müßte es geglaubt werden. Aber vom deutschen Auswärtigen Amt und als Behauptung seines verantwortlichen Chefs wirkt die Entschuldigung über die Geschäftsführung in den wichtigsten und folgenschwersten Angelegenheiten der deutschen Politik geradezu niederschmetternd und trotz alledem ungläublich. „Es übertrifft Köpenick“, dieses Urteil eines englischen Blattes ist noch zu mild, um die Größe der Blamage auszudrücken. Die deutsche Regierung steht rettungslos vor der gesamten Welt am Pranger und diese Schande ist ihr von denjenigen angehan, die zur Wahrung der Interessen und des Ansehens des deutschen Volkes bestellt und verantwortlich sind!

Es ist klar, daß diese Tat ihre Sühne finden muß, und daß die Demissionskomödie diese Sühne nicht ist, wird von niemand in Abrede gestellt werden. Daß der Kaiser die Demission nicht angenommen hat, ist ganz richtig gehandelt. Bülow muß seine Entlassung von denen erhalten, denen er unheilbaren Schaden zugefügt, deren Interessen er vernachlässigt, deren Vertrauen er sich unwürdig gezeigt hat. Das deutsche Volk ist das Opfer dieser Politik und seine Vertretung muß den schlechten Minister wegweisen als Lehre für seinegleichen und als Warnung für den Absolutismus. Nicht durch die Krone, durch den Reichstag muß Bülow gefaßt werden, will sich nicht der Reichstag ebenso jeder moralischen Autorität entkleiden wie die Regierung. Und der Reichstag ist das seinem eigenen Ansehen schuldig. Es ist nicht wahr, daß Bülow durch seine Erklärung irgend jemanden deckt und die Pflichten eines konstitutionellen Ministers übernimmt. Bülow deckt niemanden außer sich selbst. Um sich zu entschuldigen, stellt er das Auswärtige Amt in einer Weise bloß, deren ungunstige Nachwirkungen jahrelang fortdauern werden. Um sich zu deden, läßt er amtlich versichern, daß er nicht so gehandelt hätte wie der Kaiser. Und nur eine Verhöhnung wirklich konstitutionellen Vorgehens ist es, wenn Bülow sich vor den Reichstag hinstellen will, die Verantwortung zu übernehmen, nachdem er feierlich hat versichern lassen, er habe von der ganzen Angelegenheit nicht das geringste gewußt. Um sich zu halten, gibt der Mann alles preis, was er überhaupt preisgeben kann, und läßt sich dann von seinen Offizieren noch als den korrekten konstitutionellen Minister hinstellen. Wäre es nicht so unfähig lächerlich, es wäre maßlos erbitternd.

Die amtliche Erklärung hat die Stellung Bülows nicht gefestigt, aber sie reißt in seinem Sturz das ganze Auswärtige Amt mit. Denn wenn die amtliche Erklärung richtig ist, dann gibt es in unserem Auswärtigen Amt entweder keinen politisch urteilsfähigen Menschen, oder keinen, der so viel Charakter besitzt, um Einwendungen zu erheben, wenn es sich um eine Rundgebung des Kaisers handelt. Und alle offiziellen Entschuldigungen und Erklärungen verschlimmern nur die Sache der Regierung noch mehr. Das Unglück soll passiert sein, weil die Reise- und Ferienbedürfnisse der Leiter der auswärtigen Politik den Geschäftsgang so erschweren. Der Kaiser, meistens abwesend von Berlin, jagt in Rominten, Fürst Bülow badet in Rorderney, Staatssekretär von Schoen kreuzt in Verchtesgaden. Herr v. Stemrich, der merkwürdigerweise in Berlin war, scheint zu den vielen zu gehören, die kaiserliche Rundgebungen nicht schon im Manuskript genießen wollen. Weil bei dem verderblichen Absolutismus die auswärtigen Angelegenheiten als persönliche Angelegenheiten behandelt werden, müssen natürlich — das ist der logische Schluß aus der offiziellen Darstellung — die politischen Bedürfnisse des deutschen Volkes hinter den persönlichen Bedürfnissen seiner Regierer zurücktreten. Und schon fällt das erste Opfer. Herr v. Schoen hat sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ an derselben Stelle meldet, an der am Sonnabend die famose Erklärung stand, krank gemeldet und zu seinem Stellvertreter ist Herr v. Riederlen-Wächter bestellt. Soll Schoen als Sündenbock in die Wüste geschickt werden oder geht er, weil er sich zum Prügelknaben für die Sünden anderer für zu gut hält?

Die Stellung Bülows ist unhaltbar geworden, nicht nur, weil er in Deutschland, sondern auch, weil er von jetzt an auch im Ausland jenes Maß von Autorität völlig verloren

hat, dessen er unbedingt bedarf, um überhaupt für die fremden Regierungen verhandlungsfähig zu sein. Aber eine politische Tat würde Bülows Sturz nur sein, wenn der Reichstag diesen Sturz vollzieht in einer entschlossenen Abgabe an das System des Absolutismus und des persönlichen Regiments. Nicht um Bülow handelt es sich und nicht um seine persönliche Unfähigkeit, seine Aufgabe zu erfüllen. Es handelt sich um die Beseitigung eines Systems, es handelt sich darum, daß der Reichstag endlich Macht gewinnt über die Führung unserer Politik, da wo sie am folgenreichsten und bedeutungsvollsten ist. Dem Absolutismus gilt es die Schlacht zu liefern. Wenn der Reichstag die Interessen des deutschen Volkes nicht verrät, dann hat dem persönlichen Regiment die Stunde geschlagen.

Höhnend hat Fürst Bülow vor nicht allzulanger Zeit im Reichstag ausgerufen: Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches wird nicht in der Hasenheide gemacht. Unsere Antwort kommt spät, aber sie kommt um so unwiderleglicher: Ihr habt die äußere Politik in der Wilhelmstraße, in Rominten und in Rorderney gemacht. Ihr habt die Hasenheide verachtet, jetzt seht Ihr die Folgen!

Preßstimmen.

Die deutsche Presse verurteilt wie den Vorgang selbst, so seine Rechtfertigung fast einmütig. Die „Germania“ schreibt:

„Wir brauchen einen Reichskanzler, der nicht mit Worten, sondern in der Tat für die politischen Vorgänge verantwortlich ist, nicht bloß einen Prügeln, der für die Sünden von Generaladjutanten und sonstigen Unverantwortlichen, selbst wenn sie „Diplomaten“ heißen sollten, zu büßen hat. Wir brauchen einen Reichskanzler, der eine feste politische Überzeugung und ein klares politisches Ziel hat, und jeden Augenblick bereit und entschlossen, seine Person und sein Amt dafür einzusetzen. Mit einem Kanzler, der zu allem Ja sagt und der sich gefallen läßt, von den folgenreichsten Vorgängen ohne Kenntnis zu bleiben (kommt es übrigens öfter vor, daß Fürst Bülow hochwichtige Aktenstücke nicht liest?), der aber doch für alles die „volle Verantwortung“ übernimmt und mit beschönigenden Reden Fehler wieder gut machen will, kommt Deutschland in der Welt immer mehr hintenan.“

Noch glauben wir, Holz und zurecht auf unsere Armeepöcher zu können. Aber sind wir vor Niederlagen auf dem Schlachtfeld mehr als vor solchen in der Diplomatie gesichert, wenn unsere Heerführer ebensowenig den Mut ihrer Überzeugung haben sollten, wie so häufig unsere Staatsmänner?“

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt den Vorgang für „völlig unverständlich“:

„Das Unheil ist geschehen. Wir stehen nicht an, offen zu sagen, daß wir seit der Gründung des Deutschen Reiches kaum ein peinlicheres Vorkommnis erlebt haben. Wie sich die Schuld daran verteilt, das soll unerörtert bleiben! Man muß auch überall den guten Glauben annehmen, so ist eine solche Annahme durchaus keine Entschuldigung.“

Auch die „Kreuzzeitung“, die bisher geschwiegen, be dauert jetzt ausdrücklich die Veröffentlichung und erklärt, es muß schmerzlich berühren, wenn der Kaiser, wenn auch in vertrautem Privatgespräch, seine persönliche politische Stellung England gegenüber als im Gegensatz zu der die Mehrheit des deutschen Volkes beherrschende Stimmung bezeichnet.

Die „Tägliche Rundschau“ sagt:

„Das offiziöse Aktenstück, das uns das betrübliche Vorkommnis in milderem Lichte zeigen soll, wird auf die meisten nicht tröstlich wirken, sondern sie entmutigen, ja fassunglos machen darüber, daß so etwas bei uns möglich! Es ist vielleicht der bitterste Tropfen aus dem Kelch dieser schwarzen Woche; aber er muß hinunter. Und dann gilt es aus der bitteren Erfahrung die Lehre zu ziehen und aus dem Unglück das Beste herauszuholen. Das aber ist und kann nur sein: Die Erzwingung einer von persönlichen Stimmungen und Empfindlichkeiten unbeeinträchtigen, verantwortlichen, einheitlichen, stillen und tapferen deutschen Politik.“

Die Berliner Montagpresse verurteilt die Vorgänge gleichfalls aufs schärfste. In der „Welt a. M.“ schreibt Gerlach:

„Fürst Bülow ist der Hauptschuldige. Er kennt den Kaiser wie kaum ein anderer. Er weiß, wie unheilvoll schon oft das persönliche Eingreifen des Kaisers gewirkt hat. Er weiß, welcher Unbesonnenheiten man sich vom Kaiser zu gewärtigen hat. Wenn er trotzdem den ihm zugestellten förmlichen Artikel nicht las, so trifft ihn die volle Verantwortung für die verhängnisvollen Wirkungen dieses Artikels. Mit verbrecherischem Leichtsinne hat er die Interessen des deutschen Volkes gefährdet. Das Auswärtige Amt ist würdig in die Spuren des Chefs getreten. Dort hat man zwar die Artikel gelesen, aber seine Bedeutung nicht lapidiert.“

Natürlich entlasten die Sünden Bülows und des Auswärtigen Amtes den Kaiser nur zum kleinsten Teile. Genug, durch den Gang der Ereignisse ist er in dieser Affäre zur Reibstange geworden. Aber er ist doch der Urheber der ganzen Geschichte.“

Selbst die Vorkämpfer beginnen abzufallen. Die „Vossische Zeitung“ beklagt die „Schweren Mängel der amtlichen Organisation“. Und die bairisch-offiziösen und bisher unbedingt bülowtreuen „Münch. N. Nachr.“ sagen:

„Welche Maßnahmen sind getroffen, um solche Dinge für die Zukunft zu verhüten?! Darüber wird auch der Reichstag, so hoffen wir, klipp und klar Antwort verlangen.“

Und Sicherung, daß solche Dinge sich nicht wiederholen können! Sonst wäre das Entlassungsgeuch des Reichskanzlers und seine Ablehnung ein Taschenspielerstück, um die Schuldigen verschwinden zu lassen.“

Ebenso verurteilt der größte Teil der übrigen Provinzpresse ausnahmslos den Bülowischen Rettungsversuch und selbst national-liberale Organ, wie die „Magdeburgerische Zeitung“, verlangen die Demission Bülows.

In der ausländischen Presse ergießt sich Spott und Hohn über die deutsche Regierung. In Japan haben die Neuierungen Wilhelm II. von der gelben Gefahr in deutschen wie japanischen Kreisen das höchste Unbehagen hervorgerufen. Die halboffizielle „Japan Times“ schreibt:

„Die Erklärung des Kaisers von der Notwendigkeit der Verklärung der deutschen Flotte in Erwartung ihrer einstigen Bewertung in den Gewässern des Stillen Ozeans ist eine Warnung, welche Japan sich zu Herzen nehmen sollte.“

Der russische „Glowo“ meint:

„Das „persönliche Regime“ Kaiser Wilhelm erschüttert nicht nur die deutschen Verfassungsverhältnisse, sondern auch das internationale Prestige Deutschlands.“

In England höhnt man, wohin die Ordnungsliebe und die Pünktlichkeit der preussischen Bürokratie hingekommen sei. Allgemein konstatiert man, daß die Erklärung den ungünstigen Eindruck des Interviews nur noch vermehrt und die Stellung Bülows unmöglich gemacht habe. Und der „Matin“ führt Versuche Delcassés an, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Beide Male aber sei Delcassé ohne Antwort geblieben. Ob Fürst Bülow auch davon keine Kenntnis genommen habe?

Und so stürzt das System des Absolutismus unter dem Hohn und der Verachtung der ganzen Welt zusammen.

Eine Interpellation im Unterhause.

London, 2. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte William Redmond den Kriegsminister, ob ein Feldzugplan zur Beendigung des Burenkrieges, den Feldmarschall Roberts tatsächlich beendet habe, seitens des deutschen Kaisers eingegangen sei, und wenn dies der Fall sei, ob Kriegsminister Salzano dieses Schriftstück veröffentlicht wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß die Archive des Kriegsministeriums kein derartiges Schriftstück enthielten, auch sei es nicht in den Besitz irgend einer anderen mit dem Kriegsministerium zusammenhängenden Stelle gekommen. Ich bin daher nicht in der Lage, schloß der Minister, den Wunsch nach Veröffentlichung des bezüglichen Schriftstückes zu erfüllen. (Gelächter.) Redmond fragte weiter, ob mit Rücksicht auf das große Interesse, das die Angelegenheit gewonnen habe, Kriegsminister Salzano nachforschen wolle, ob ein solches Schriftstück überhaupt in London in irgend einem anderen Amte vorhanden sei. Salzano antwortete: Ich habe genug mit der Verantwortlichkeit für das Kriegsministerium und es kam wohl nicht verlangt werden, daß ich über mein Fach hinausgehe.

Dokumente der Unfähigkeit.

Die grauenvolle Unfähigkeit, mit der man in Deutschland auswärtige Politik macht, ist ja durch die Veröffentlichungen der letzten Woche in einer Weise zutage getreten, daß Deutschland zum Gespött des ganzen Auslandes geworden ist. Über so sehr auch der das Hohngelächter des Erdennubes erweckende letzte Vorkfall bereits einen Einblick in die Tiefen der Unfähigkeit unserer deutschen Diplomatie gestattet, so angebracht ist es doch, wenigstens auf einige wenige Dokumente der offiziellen deutschen Diplomatie aufmerksam zu machen, um zu zeigen, daß die jetzt hereingebrochene Katastrophe nichts war, als der tragikomische Zusammenbruch einer Bizarrerie, die nicht anders als in Schmach und Hohn gelächter enden konnte!

Am 2. Januar 1896 brachte das offiziöse Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, einen Artikel, der sich in geradezu fulminanter Weise zugunsten Russlands gegen England wendete. Um ein englisch-japanisches Bündnis zu vereiteln, hatte sich, so führte das offiziöse Organ aus, Deutschland mit Rußland und Frankreich verbündet, und zwar zu seinem anderen Zweck, als um die durch eine solche Eventualität in erster Linie bedrohte „legitime Machtentfaltung“ Russlands in Ostasien zu beschützen. Russlands Interessen gegen Japan und England zu schützen, erklärte damals also das offiziöse deutsche Organ für die Hauptaufgabe der deutschen Diplomatie, und triumphierend verkündete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ damals, daß die französisch-russische Allianz, der nun auch Deutschland beigetreten sei, ihren Charakter merklich geändert habe: Sie sei nunmehr zu einer Vereinigung zur gegenseitigen Unterstützung in allen Fragen geworden, in denen russische oder französische Interessen auf dem Spiele ständen.

Da diese Interessen aber fast ganz außerhalb Europas liegen und überall nur auf englischen Gegensatz stützen, so können wir nach menschlicher Berechnung einer längeren Zeit ungestörten Friedens entgegensehen.“

Das war der erste mit geradezu tappischer Rücksichtslosigkeit — von der politischen Realität ganz zu abstrahieren —

gefährtes Schlag gegen England! Aber es kam zu gleicher Zeit und unmittelbar darauf noch besser. Am 24. Dezember 1895 hatte Jameson im Einverständnis mit der englischen Regierung seinen Raubeinfall in Transvaal ausgeführt. Sofort schritt Deutschland ein. Graf Hatzfeldt, der deutsche Botschafter in London, mußte auf amtlichen Befehl von Berlin aus in London die amtliche Anfrage stellen, durch welche Mittel die britische Regierung den infolge der völkerrechtswidrigen Grenzübersteigerung des Transvaalstaates entstandenen Gefahren zu begegnen beabsichtige. Gleichzeitig wurde der deutsche Gesandte in Lissabon angewiesen, die Genehmigung der portugiesischen Regierung dafür nachzusuchen, daß deutsche Marinegruppen von der Delagoabai aus durch das portugiesische Gebiet nach Transvaal einrücken könnten! Am 3. Januar ging dann das berühmte Kaisertelegramm an den Präsidenten Krüger ab, das ihm Krüger dazu gratulierte, daß es ihm „ohne die Hilfe befreundeter Mächte“ gelungen sei, „die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren“.

Das war der zweite Schlag gegen England. Wieder ein in aller Öffentlichkeit mit aller Rücksichtslosigkeit geführter Schlag. Und daß es sich um einen Schlag gegen die englischen Absichten auf Einverleibung Transvaals in das englische Kolonialgebiet handelte, das erklärte am 13. Februar, also volle sechs Wochen nach dem Kaisertelegramm der Staatssekretär v. Marschall, als er ausdrücklich betonte, daß Deutschland unbedingt „die Erhaltung der Selbständigkeit der südafrikanischen Republik“ fordere. Deutschland bekämpfe damit „jene Bestrebungen, die ganz Südafrika zu einem einheitlichen, wirtschaftlichen Staatsgebiet vereinen wollten“. In dem Siege dieser Bestrebungen würde „eine schwere Schädigung unserer Interessen liegen“.

Das war im Jahre 1896. Drei Jahre später nahm die deutsche Regierung ebenso ostentative Stellung für England, und gegen Transvaal, als das umgekehrt im Jahre 1898 geschehen war. Bereits am 7. Februar 1899 gab der englische Ministerpräsident zu, daß eine Kriegsgefahr bestehe. Diese Situation zwischen England und Transvaal verschärfte sich von Tag zu Tag. Krüger nahm Wilhelm II. seinen Anstand, im März den Urheber der Konflikte, den hervorragendsten Vertreter der englischen Eroberungspläne in Südafrika, Cecil Rhodes, in Berlin zu empfangen! Empfang fand statt. Doch dieser Empfang stattfand, konnte nur als Zeichen eines wunderbaren Umschwunges der deutschen Diplomatie betrachtet werden. Denn schon einige Wochen vor dem Empfange Cecil Rhodes' hatte Lord Salisbury im englischen Oberhaus erklärt, daß das Abkommen respektive der Meinungsäußerung zwischen Deutschland und England günstig für die Freundschaft der beiden großen Nationen sei; weitere Einzelheiten jedoch mitzuteilen, halte er für unangebracht. Die deutsche Regierung bewies denn auch beim Einbruch des Krieges, daß sie das Krüger-Telegramm und die Erklärungen des Freiherrn v. Marschall längst vergessen hatte! Das wurde erst recht bekräftigt, als kurz nach dem Ausbruch des Krieges Wilhelm II. dem englischen Hofe seinen Besuch abstattete!

Wie es ihm Krüger erging, so erging es auch dem Sultan von Marokko, Abdul Aziz. Am 31. März 1905 stattete ihm Wilhelm II. in eigener Person seinen Besuch ab und hielt in der Residenz des Sultans eine Ansprache, in der es nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hieß: „Er beläuge den Sultan als unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko der friedlichen Konkurrenz aller Nationen ohne Monopole und Ausschließungen eröffnet werden würde.“ Bekanntlich ist Deutschland einer der ersten Staaten gewesen, der sich für die Anerkennung des Gegensultans des durch kaiserlichen Besuch ausgezeichneten Abdul Aziz, des Prätendenten Mulay Hafid, ins Zeug gesetzt hat!

Die deutsche Außenpolitik verläßt also nach dem Mezzot: Erst ostentative Bräutlichkeit, dann rücksichtslose Unterstützung, oder umgekehrt erst freundschaftlichste Versicherungen und dann rücksichtslose Bräutlichkeit!

So lange es sich bei diesem ungläublichen politischen Spiel nur um Staaten von der Größe und der Bedeutung Transvaals und Marokkos, um Personen, wie ihm Krüger und den Sultan Abdul Aziz, handelt, mag diese diplomatische Praxis für Deutschland zwar keinerlei moralische Eroberungen bedeuten, aber auch kein sonderliches Unheil errichten. Ganz anders aber ist es, wenn man in dieser ungläublichen Art Mächte ersten Ranges, wie England, Rußland oder Frankreich behandeln zu können wähnt. Eine Politik, die erst Rußland umschmeichelt, Wäterschen die Kasanien aus dem Feuer holt und sich mit offenem Hohn gegen England wendet, um später dann nicht nur England die Kasanien aus dem Feuer zu holen, sondern auch noch England die ehemaligen treuen Freunde Deutschlands, Rußland und Frankreich, als die skrupellosen Feinde Englands zu denunzieren: eine solche Politik allgemeiner und unterschiedsloser Zweideutigkeit kann Deutschland nur Feinde, aber nicht einen einzigen Freund erwerben!

Eine solche Politik mit notvoller Offenherzigkeit zu treiben ist aber von allen Staaten bisher Deutschland vorbehalten geblieben!

Der Wahlrechtssonntag in Sachsen.

In großartigen, imposanten Demonstrationen hat am Sonntag das Proletariat Sachsens seinem Hohn über die ihm zugemutete Fraze einer Wahlreform, seinem Protest gegen die Wahlrechtsprojekte der Regierung und der bürgerlichen Parteien Ausdruck gegeben und seine Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht aufs neue laut bekräftigt. Massenkundgebungen, Kriemungzüge und Versammlungen haben die Großstädte des Landes gesehen, wie sie bisher in Sachsen noch nicht erhört waren. Ein gewaltiger Eindruck geht von ihnen aus, dem sich selbst die verbissensten Reaktionskräfte nicht werden entziehen können. Sie werden die Bedeutung dieser Massenkundgebungen anerkennen müssen, wäre es auch nur, um daraus den Schluß zu ziehen, daß sie sich noch verbissener als bisher gegen eine wirkliche Reform wenden, da sie ihre Herrschaft bedrohen müsse.

Vor drei Jahren wüteten Polizei und Justiz in Sachsen in wilder Weise gegen die Wahlrechtsdemonstrationen des sächsischen Proletariats. Demonstrationen und Versammlungen wurden verboten, Demonstranten niedergeschlagen und ins Gefängnis geworfen. Die Wahlrechtsbewegung im November und Dezember 1905 mußte mit einigen zwanzig Jahren Gefängnisstrafe „gesühnt“ werden. Das Recht auf die Straße wurde der Arbeiterschaft mit Polizeisäbel und Gefängnisstrafe bestritten. Jetzt sind die Gewaltpolitiker Sachsens am Ende des Latens. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung ist ein frühes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie wie der sächsische Landgerichts-

direktor Dettner in der nationalberalen Versammlung offen zugeb. Noch weiter zu gehen und die Stimmen des Volkes mit dem Polizeisäbel zu erstören, wagten selbst die Minister-reaktionäre Sachsens nicht.

Die sächsischen Behörden haben mit der Genehmigung der Demonstrationen nichts weiter als ihre Pflicht getan. Der friedliche Umzug durch die Straßen ist ein Recht aller Bürger, das das Reichsvereinsgesetz, das richtig ausgelegte, garantiert. Freilich kann die Bestimmung, daß Umzüge nur bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten werden dürfen, wegen ihrer Dehnbarkeit zu Verboten reizen. Den sächsischen Behörden hätte das nach ihrer ganzen Tradition sehr nahe gelegen. Sie haben es nicht getan. Nicht weil plötzlich ein volksfreundlicher Wind durch Sachsen wehte. Davon ist keine Rede, wie die Wahlrechtsvorlagen beweisen. Aber vielleicht hat die sächsische Regierung wenigstens eingesehen, daß die brutale Unterdrückungspolitik und die kleinliche Nadelstichpolitik, die sie jahrzehntlang gegen die Arbeiterschaft befolgt hat, ihr nichts genügt, sondern die innere Situation Sachsens nur immer mehr verschlimmert hat. Daß diese ultrareaktionäre Politik die Regierung schließlich in die Abhängigkeit einer kleinen Gruppe hornierter Reaktionäre gebracht hat, deren Herrschaft schließlich selbst einen Teil des so gewöhnlich liberal gesinnten Bürgertums zur Opposition getrieben hat.

Noch ist nicht zu erkennen, ob die jetzige Haltung der sächsischen Regierung zu den Demonstrationen der Arbeiterschaft ein Bruch mit der Politik der Unterdrückung und Nadelstiche überhaupt ist, oder ob sie nur eine Ausnahme darstellt, die nur deshalb beliebt wurde, weil die Regierung in der jetzigen verfahrenen Situation eine kräftige Rahnung an die bürgerlichen Parteien für angebracht hielt. Doch sei dem wie ihm wolle. Den Schritt, den sie getan, kann sie, auch wenn sie wollte, nicht so leicht wieder zurücktun. Der würdige Verlauf der Demonstrationen, die überall ohne jede Störung verliefen, hat das Recht der Arbeiterschaft auf die Straße über jeden Zweifel festgestellt. Es gibt keine wirklichen Gründe mehr, um es ihr künftig wieder freitrag zu machen!

Das ist ein schon heute feststehender Erfolg der großen Demonstrationen des 1. November. Ein Erfolg, der nach Preußen hinüber wirken muß. Was den sächsischen Arbeitern recht ist, das muß den preussischen Arbeitern billig sein!

Und deshalb die wilden Proteste, mit denen gerade preussische Reaktionsorgane die vernünftige Haltung der sächsischen Behörden angefeindet haben! Das Blatt der Landbündler, die „Deutsche Tageszeitung“, äschete noch am Sonntag:

„Daß es heute in den sächsischen Städten zu Unruhen kam, zu Gewalttaten und erheblichen Störungen der öffentlichen Ordnung kommen wird, glauben wir nicht. Aber schon die Demonstrationen an sich sind eine starke und unsittliche Störung der Ordnung. Was wir aber vor allen Dingen befürchten, und was uns die Verfügungen der sächsischen Behörden so verhänglich erscheinen läßt, das ist die Verwirrung, die sie im Volke anrichten müssen. Die Sozialdemokratie ist zugeständenermaßen eine antimonarchische Partei. Einer solchen Partei zu gestatten, für ihre Ziele zu demonstrieren und ihr die Wahrung der öffentlichen Ordnung zu überlassen, das wird vom Volke nicht verstanden werden. Das Volk muß irre werden an der Autorität und das ist die größte Gefahr. Mit der Sozialdemokratie werden wir fertig. Wenn aber die Behörden den Anschein erwecken, als ob sie vor ihr die Segel streichen, dann wird die Sozialdemokratie eine wirkliche, eine gewaltige Gefahr.“

Das Blatt Dertels hat Grund, wütend zu sein. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands aber darf um so mehr sich des Wahlrechtssonntags in Sachsen freuen.

Ueber den Verlauf der Demonstration wird uns berichtet:

Dresden, 1. November.
Zu einem Massenaufgebot der Rechtlosen gestaltete sich die heute von den Dresdener Genossen veranstaltete Wahlrechtsdemonstration. Schon nach 10 Uhr vormittags wurde es auf den Stellplätzen, die für jeden der drei Reichstagswahlkreise besonders bestimmt waren, lebendig. Truppsweise rüdten die Arbeiter heran. Immer dichter wurde der Zustrom. Mit den von allen Seiten herbeikomenden Dresdener Genossen vereinigten sich bald Arbeiterbataillone aus den Vororten, die geschlossen anmarschiert kamen. Bald konnten die geräumigen Plätze die andringenden Massen nicht mehr fassen, die nun auch die angrenzenden Straßen überfluteten.

Nach 11 Uhr formierten sich die Demonstranten unter Anleitung der durch Anbinden leuchtender Ordner zum Zuge. Quersetzten sich die Massen des fünften Wahlkreises in Bewegung, dessen Treffplatz dem Stadtmuseum, wohin sich der Zug zunächst wandte, am nächsten lag. An der Spitze trug ein Genosse eine alte schwarz-goldene Fahne aus den Zeiten des Dresdener Maiaufstandes. Eine weiße, rotumfränzte Standarte mit der Aufschrift:

Heran mit dem Wahlrecht! Fort mit dem Wahlrecht!

ward dahinter getragen. Nicht geflossen folgten in Gliedern zu je sechs Mann die demonstrierenden Arbeiter. Weithin leuchteten die Standarten, von denen gegen 80 im Zuge getragen wurden. „Nicht scheiden in Klassen, der Freiheit bahnt Gassen!“ „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen!“ „Der Wille des Volkes ist das höchste Gesetz!“ Solche und ähnliche Inschriften verkündeten in roten, leuchtenden Rahmen den Kampfscharakter der gewaltigen Kundgebung. Mit einer besonders schönen und großen Standarte eröffnete die Gruppe Plänen des sozialdemokratischen Vereins für den sechsten Wahlkreis ihren Zug.

Das Banner wurde von zwei Mann getragen und von vier anderen an Säulen im Gleichgewicht erhalten. Aus rotem Plättchen leuchtete weithin von dem hochragenden Wahrzeichen des Wahlrechtskampfes: Hoch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht!

Ruhig und ernst zogen die Massen dahin, Kolonne folgte auf Kolonne. Lange mühten die Scharen des vierten Kreises warten, ehe sie sich in Bewegung setzen konnten, um, über die Marienbrücke kommend, sich dem Zuge anzuschließen. Erst nach mehr als ein-stündigem Verharren konnte der 6. Wahlkreis, der die größte Anzahl Demonstranten stellte, und der vom Criesplatz im Vorort Söbtau herangerückt war, vorwärts marschieren. Die ersten beiden Kreise haben nicht weniger als je 15 000 Mann, der 6. hat gegen 20 000 Mann

50 000 Mann

im Zuge marschiert sind. Weit größer an Zahl war aber die Masse, die rechts und links auf den Straßen Spalier bildeten. Zwei Stunden währte der Vormarsch des Zuges. Er bewegte sich vom Schützenplatz aus die Könnigsstraße entlang, durch die Wettiner Straße über den Postplatz, durch die Marienstraße, die Ringstraße, die Sachsen-Allee und die Potenzenstraße nach dem Adren-Platz zu.

Mittags 12¹/₂ Uhr kam dort die Spitze des Zuges an. Langsam aber stetig füllten sich unter dem fortwährenden Einmarsch die großen Plätze der Rennbahn, die zusammen über 80 000 Menschen fassen können. Nach zwei Stunden endlich waren die Leuten des gewaltigen Zuges angelangt. Der Platz war nun von den Massen dicht gefüllt. Auf ein Glockenzeichen befielen die vorgelassenen sechs Redner die rot ausgeschlagenen Tribünen zu kurzen Ansprachen, die in kurzen Zügen den sächsischen Wahlrechtskampf vor Augen führten und eindringlich auf die Wahlrechtsforderung der Sozialdemokratie hinwiesen. Den Rednern wurde stürmischer Beifall gespendet. Wie Sturmesdröhnen erklang das Hoch auf Wahlrecht am Schluß der Ansprachen. Eine Protest-

resolution, die von den sechs Tribünen verlesen und vorher auch schriftlich verteilt worden, wurde unter stürmischen Kundgebungen durch Handaufheben angenommen. Am erklang laut und marktvoll die Markeilalse. Unter den Klängen des Sozialistenmarsches verließen die Massen durch vier Ausgänge den weiten Platz; auf verschiedenen Straßen stütete die unermessliche Menge ab.

Die Demonstration nahm einen glänzenden Verlauf. Einen solchen Umzug hat man in Dresden noch nicht erlebt. Und die gewaltige Kundgebung verlief ohne jede Störung. Dank der Disziplin der Arbeiterschaft und der musterhaften Umficht der Ordner, deren 600 fungierten, bewegte sich das „Heer der Entrechteten“ in einer wunderbaren und muster-gültigen Ordnung. Die Dresdener Polizei hielt sich in einer anerkennenswerten Reserve.

Der Minister v. Hohenhausen hat von seinem Palast aus, an dem der Zug vorbeimarschierte, die ganze Demonstration mit angefehen.

Den Herrschenden ist durch eine noch nicht dagewesene gewaltige Kundgebung gezeigt worden, daß der Unwille über den sächsischen Wahlrechtskampf immer größer wird und das entrechtete Volk entschlossen ist, nicht eher zu ruhen, bis ihm sein Recht geworden.

Leipzig, 1. November.

Eine Demonstration von gewaltiger Macht!

Schon vor 9 Uhr früh war das Straßenbild in Leipzig gegen sonst verändert. In Scharen sah man Arbeiter und Arbeiterinnen nach den Sammellokalen oder auch gleich nach dem Reichplatz ziehen, wo die 3 Meter hohen buntbunten Tribünen in der Vorkonform ein prächtiges Bild gaben. Von 1/10 Uhr an rückte der Zug um Zug aus den Stadtvierteln an. Aus nahen und weitergelegenen Städten waren Arbeiter zur Demonstration nach Leipzig herbeigeeilt. Der Eindruck der anrückenden Arbeiterheere war erheben. Uniformierte Schutzeute waren ferngehalten worden, doch waren die Beamten der politischen Abteilung vertreten. Gegen 1/11 Uhr war der Reichsplatz von Menschen gefüllt, es mochten 70 000 Demonstranten da sein. Auf ein Zeichen begannen die Ansprachen. Von sechs Tribünen brandmarten sechs Redner den Versuch der Wahlrechtsänder, das sächsische Volk auf neue zu entrichten. Ein unübersehbarer Wald von Händen erhob sich als Zustimmung zur Resolution, als feierliches Gelächter, nicht eher zu ruhen und zu rollen, bis das allgemeine Wahlrecht auch für Sachsen errungen ist. Dann folgten stürmische Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht.

Nach 12 Uhr setzte sich der endlose Zug durch die Straßen in Bewegung. Beim Promenadenring ging es an der Divisionskommandantur vorbei, wo gerade Schlagmüt war, nach dem Königsplatz. Hier fand die wichtige Demonstration mit einem brausenden Hoch auf das allgemeine Wahlrecht ihr Ende.

Das Recht auf die Straße ist erkämpft, das allgemeine Wahlrecht wird auch in Sachsen erkämpft werden, das bräutete sich in der zuversichtlichen Kampfesstimmung der Demonstranten aus. In den Demonstrationstagen des sächsischen Proletariats werden die herrschenden Klassen noch lange denken.

Chemnitz, 1. November.

Eine imposante Kundgebung versammelte die Chemnitzer Arbeiterschaft am Sonntage auf dem städtischen Festplatz am Rathaus. Über 30 000 Menschen Raum bietet. Schon vor 10 Uhr begann die Wanderung zu dem in der Schloßvorstadt gelegenen Platz. In den verschiedenen Stadtvierteln hatten sich die Bezirksorganisationen gesammelt, die dann in losen Zügen durch die Straßen der Stadt marschierten. An 20 000 Personen beteiligten sich daran und im Gegenlag zu den früheren Wahlrechtskundgebungen waren die Genossinnen mit vertreten.

In halbständigen Ansprachen wurde von drei Tribünen der Stand der Wahlrechtsfrage in Sachsen aufgerollt und die brennende Forderung des arbeitenden Volkes nach politischer Gleichberechtigung zum Ausdruck gebracht. Eine in diesem Sinne abgefaßte gleichlautende Resolution wurde einstimmig angenommen. In großer Ruhe und Ordnung gingen dann die Zehntausende an einander. Eine so machtvolle, würdige Volkskundgebung hat unsere Arbeiterstadt noch nicht gesehen! Im Gegenlag zu früher, da nach Schluß der in geschlossenen Sälen abgehaltenen Protestversammlungen berittene Schutzeute und Schutzmännchen den Heimkehrenden den Weg versperrten und Zusammenstöße herbeiführten, die Verhaftungen und spätere Verurteilungen zur Folge hatten, stand diesmal die Polizei verständigsterweise vollständig abseits.

Jwidan, 1. November.

Der Demonstrationzug, der vormittags 11 Uhr begann, zählte gegen 7000 Personen. Vor dem Regierungsgebäude und dem Rathaus wurden Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgedrückt. In dem Parteilokal „Belvedere“ fanden zwei äußerst stark besuchte Protestversammlungen statt. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig und mit Begeisterung angenommen. — Die abgewanderten Jwidauer Bergarbeiter sandten aus Wanne in Westfalen ein Sympathie-Telegramm.

Flauen i. S., 1. November.

Die Demonstration umfaßte 1500 Personen. Die Versammlung im Parteilokal „Schillerpark“ zählte an 8000 Personen. Die Stimmung war eine glänzende.

Reichenbach i. S., 1. November.

In der Tonhalle fand eine Demonstrationsversammlung statt, die von rund 1200 Personen besucht war. Die Resolution wurde mit Begeisterung und einstimmig angenommen.

Crimmitschau, 1. November.

Die Demonstrationsversammlung war von 800 Personen besucht; nach Schluß zogen an 1000 Demonstranten nach dem Markt- platz, wo Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgedrückt wurden.

Verdan, 1. November.

Am Demonstrationstage nahmen 700 Personen teil, ebenso an der Versammlung.

Delsnig i. S., 1. November.

Im Demonstrationstage nahmen 800 Personen teil. Das Versammlungslokal war überfüllt, hunderte mußten umkehren.

Burgstädt, 1. November.

Für die Amtsbezirke Burgstädt und Limbach fand die Wahlrechtsdemonstration auf dem Schloßplatz in Göppersdorf statt. Etwa 2500 Personen — darunter zahlreiche Frauen — hatten sich versammelt.

Frankenberg, 1. November.

Die Wahlrechtsversammlung war außerordentlich stark besucht. Nach der Versammlung zogen die Demonstrierenden durch die Stadt und brachten vor der Wohnung des nationalberalen Landtagsabgeordneten Schilz Hochrufe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht aus.

Rittweide, 1. November.

Hier fand eine von circa 2000 Menschen besuchte Demonstration- versammlung unter freiem Himmel statt. Nach der Versammlung bewegten sich die Massen im Zuge nach dem Markt- platz, wo sie unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht auseinander gingen.

Hohenstein, 1. November.

Die Versammlung war von circa 600—700 Personen besucht. Das Referat und die Resolution wurden mit Begeisterung aufgenommen. Die Demonstranten zogen darauf durch die Stadt.

Weißer, 1. November.

Die Demonstration am Sonntag nahm einen imposanten Verlauf. Die ganze Stadt stand unter dem Eindruck dieser gewaltigen Kundgebung der Entrechteten. Am Umzuge, der seinen Weg durch das Stadtmuseum nahm, beteiligten sich gegen 8000 Personen. Auf der Schützenwiese wurden von zwei Tribünen Ansprachen an mehr als 4000 Demonstranten gehalten. Eine Wahlrechtsresolution, die vorher unter die Massen gedruckt verteilt worden war, stimmte man begeistert zu. Den Schluß der Veranstaltung bildete ein dreifaches Hoch auf das freie Wahlrecht, das bei den Demonstranten jubelnden Widerhall fand. Beim Umzuge wie auch auf der Schützenwiese überließ die Polizei die Aufrechterhaltung der Ordnung vollständig dem von der Partei gestellten Ordner.

Die Präsidentswahl.

New York, 21. Oktober. (Fig. Ver.)

Am 3. November wird das amerikanische Volk entscheiden, ob der Republikaner Taft oder der Demokrat Bryan in das Weiße Haus in Washington einzieht. Aber ob Taft oder Bryan, die von Roosevelt während der letzten Jahre verfolgte Politik des Schwindels und der Demagogie mit all ihren schlimmen Folgen wird fortgesetzt. Verstanden doch Taft, daß er genau in die Fußstapfen Roosevelts treten wird, und nimmt doch andererseits Bryan für sich die Vaterschaft für diese „glorreiche Politik“ des derzeitigen Präsidenten in Anspruch. Was wunder, daß sich die Wahlreden der beiden Kandidaten fast nur im Tone und dem mehr oder minder scharfen Hervorheben der einen oder anderen Forderung unterscheiden! Und da, wie der demokratische Führer Conners unwiderprochen mit brutaler Offenheit erklärte, Parteiprogramme Neben- sächlichkeiten sind, an die kein Mensch sich lehrt, so brauchen wir uns bei einer Besprechung der Wahlsituation, soweit die beiden großen Parteien in Betracht kommen, nur an die Kandidatenreden bzw. an den Ton dieser Reden zu halten.

Drei Fragen sind es hauptsächlich, um die sich der Kampf zwischen Demokraten und Republikanern dreht. Im Vordergrund steht die Trustfrage. Gegen die „guten“ Trusts und die „anständigen“ Korporationen haben weder Taft noch Bryan etwas einzuwenden. Das ehrliche Geschäft ist beiden heilig. Aber den „bösen“ Trusts wollen sie zu Leibe rücken und deren Auswüchse mit Stumpf und Stil austrotten. Taft ließ sich darüber also aus: „Wenn immer der Versuch gemacht wird, einen Geschäftszweig zu monopolisieren und die Preise zu kontrollieren, wird ein solches Unternehmen ungesegnet und das Uebel muß beseitigt werden. Dies sollte geschehen durch eine schärfere Beaufsichtigung der Geschäfte solcher Korporationen, durch Bundeskontrolle, durch monatliche Berichte (über das Geschäftsgebaren), durch beständige Revisionen durch Bundesbeamte und durch sofortige und strenge Verfolgung aller Gesetzesverletzungen.“ Bryans Vorschläge bewegen sich in der gleichen Richtung. Was er außerdem befürwortet, ist zwar originell, aber nicht geistreich. Alle Korporationen, die zwischen 25 bis 50 Proz. der Gesamtproduktion einer bestimmten Ware kontrollieren, sollen nämlich eines Erlaubnis- scheinens seitens der Bundesbehörden bedürfen und gehalten sein, ihre Waren an sämtliche Kunden zu gleichen Preisen abzugeben. Erzeugt der Trust mehr als 50 Proz. der Gesamt- produktion, so wird er der Aufsicht der Bundesregierung unterstellt und genötigt, sich Beschränkungen zum Schutze des Publikums zu fügen.

Besondere Beachtung wird der Tarifffrage geschenkt, die im Hinblick auf die gegenseitigen Handelsvertragsverhält- nisse auch jenseits des Ozeans in Spannung verfaßt wird. Die Zahl der Befürworter der derzeitigen hohen Zollsätze, die die Gründung von Trusts mächtig förderten und in ihrer viel- fachen prohibitiven Wirksamkeit förmlich zu unerhörten Schrö- rungen der amerikanischen Konsumenten aufstachelten, ist während der letzten Jahre stark zusammengeschrumpft. Schon vor Jahren wurden im republikanischen Lager, so namentlich in den republikanischen Parteibüros der industriell hochent- wickelten Neu-Englandstaaten, Stimmen laut, die eine Tariff- revision und eine Herabsetzung der hohen Zollsätze forderten. Neuerdings mehrten sich diese Stimmen und das Resultat war, daß sich der diesjährige republikanische Nationalkonvent zu- gunsten einer Tariffrevision aussprach und daß auch Taft in seinen Reden diese Forderung befürwortet, bis jetzt aber unterlassen hat, sich in bestimmter Weise festzulegen. Klarer und bestimmter haben sich Bryan und seine Partei ausge- drückt. Bryan stellt eine sofortige Reduzierung der Zollsätze auf solche Waren in Aussicht, die von Trusts hergestellt werden. Weiter spricht sich Bryan zugunsten einer allmäh- lichen Herabsetzung der Zollsätze auf alle Lebensbedürfnisse aus, sodas die prohibitive Wirkung des Tariffs aufgehoben wird.

Eine ganz hervorragende Rolle spielt auch die Ar- beiterfrage. Von allen Seiten wird der von demokrati- schen und republikanischen Gesetzgebern, von demokratischen und republikanischen Gouverneuren seit Jahren geschundene und getretene Arbeiter, dem man das Recht zum Streiken ge- nommen, dem man das Verhängen des Vorkotts erschwert und unmöglich gemacht, gegenwärtig umbuhlt. Werden die Arbeiter für den „Vater der Einheitsbefehle gegen die Ge- werkschaften“, den Republikaner Taft eintreten, der die Be- hauptung aufstellt, durch seine arbeiterfeindlichen Entsch- edungen die günstige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung erst ermöglicht zu haben! Werden sie Bryan herausbauen, der sie zwar öffentliche Bettler genannt hat, ihnen jetzt aber von Coopers und anderen Gewerkschaftsführern als bester Freund der Arbeiter geschildert wird? Oder werden sie gar, was in früheren Wahlkämpfen nur in geringem Maße der Fall war, dem Sozialisten Debs ihre Stimme geben?

Die Republikaner behaupten mit aller Bestimmtheit, daß ihnen die Arbeiterstimmen zufließen, weil sie allein der Ar- beiterklasse „Prosperität“ und andauernde Beschäftigung garantieren können. Die Demokraten sind der Arbeiter- stimmen nicht minder sicher, denn die Republikaner haben ja die gegenwärtige Krise „verschuldet“ und nur Bryan kann dieser Krise ein Ende machen. Ganz abgesehen von der Rindlichkeit dieser Auffassung über republikanische oder demo- kratische Krisis und republikanische oder demokratische Pro- sperität ist die von den Demokraten und den Republikanern zur Schau getragene Sicherheit, daß gerade ihre Partei die Arbeiterstimmen erhält, weiter nichts als eine hier allerdings schon oft mit Erfolg versuchte Täuschung der Wählermassen. Der Amerikaner läuft gerne mit dem großen Haufen. Ein, wenn auch sich ständig vermindern, aber immer noch be- trächtlicher Prozentsatz gibt der Partei seine Stimme, die, unbeschadet ihrer Ziele, nach seiner Ansicht siegt. Den Wähler- massen zu suggerieren, daß eine bestimmte Partei als Siegerin aus dem Wahlkampf hervorgehen wird, ist nach Ansicht des bereits angeführten demokratischen Führers Conners die Hauptsache. Auf diese Suggestion sind die amerikanische Wahlmacht und die Situationsdarstellungen der Presse be- rechnet. Täglich liefert die Parteileitung der Republikaner den auf untrügliche Zahlen gestützten Nachweis (!), daß Taft mit gewaltiger Mehrheit siegen wird. Und am nächsten Tage beweisen die Demokraten durch Zahlen, daß Bryan, dank des greifbaren Stimmungsumschwunges zu seinen Gunsten, Präsi- dent der Vereinigten Staaten wird.

Tatsächlich liegt aber die Situation sehr verwickelt. Am 3. November werden nämlich nicht nur die Präsidentschafts- wahlen, sondern auch Staatswahlen vorgenommen. Bei diesen Staatswahlen sind aber ganz andere Fragen als in der Nationalwahl ausschlaggebend. In Ohio z. B. die Prohibi- tionsfrage, die Forderung des Verbots oder der Beschränkung des Spirituosenverkaufs, in New York die namentlich von

Deutschen in den Vordergrund gestellte Frage der sogenannten persönlichen Freiheit. Hier werden wahrscheinlich die Demo- kraten siegen, soweit die Erwählung von Staatsbeamten in Betracht kommt, während andererseits in der Präsidentschafts- wahl der Republikaner Taft die besten Gewinnchancen hat. Das gleiche wird im Staate Indiana der Fall sein.

Nur eins steht, so sehr auch sonst das Resultat des Wahl- kampfes zweifelhaft sein mag, fest: eine bedeutende Stimmzunahme der Sozialisten und ein Fortschritt des sozialistischen Gedankens.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. November 1908.

Die Begründung der Reichsfinanzreform.

In der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ wird die Begründung der Reichsfinanzreform fortgesetzt. In einem Abschnitt wird der Bedarf für die nächsten fünf Jahre berechnet. Nach dem Durchschnitt der bisherigen Entwicklung der Reichsausgaben würde in fünf Jahren der Ausgabeetat auf 8200 Millionen Mark angewachsen sein, während die Einnahmen im gleichen Jahre nur zu 2460 Millionen Mark angenommen werden können. Es würde sich also ein Fehlbetrag von circa 730 Millionen Mark ergeben. Um dieses Miß- verhältnis zu verhindern, will man auf Ermäßigung des Bedarfs bedacht sein und zwar insofern, als neue Ausgaben vom Reiche solange nicht in Angriff genommen werden sollen, bis die Finanzen völlig geordnet sind. Weiter will man sparen bei den laufenden, absolut notwendigen Ausgaben.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind Probe- rechnungen für den Reichshaushaltetat von 1909—1913 vorgenommen worden. Danach würden sich die Ausgaben im Jahre 1913 auf 2784 Millionen Mark belaufen. Bei der oben angeführten Ein- nahmekalkulation blieb immer noch ein Fehlbetrag von 204 Millionen Mark. Die Begründung rechnet nun aber mit einer höheren Ein- nahme und kommt zu dem Schluß, daß sich der Fehlbetrag auf 247 Millionen Mark herabmindern ließe. Hierzu treten nun eine große Reihe Neuausgaben, die 1913 den Maximalbetrag von circa 100 Millionen Mark erreicht haben werden. Zu diesen 100 Millionen kommen von 1912 ab 30 Millionen Mark Subvention für den Jubiläumsfonds, von 1910 ab 27½ Millionen Mark für Schulden- tilgung, Ersatz für den Ausfall infolge der Herabsetzung der Zuder- steuer 35 Millionen von 1910 ab und vom gleichen Jahre ab endlich Ersatz für einen Ausfall von 22 Millionen Mark infolge der beabsichtigten Aufhebung der Fahrkartensteuer und der Herabsetzung des Ortsportos für Postkarten auf 8 Pf. Eingerechnet diese Mehrausgaben und Minderein- nahmen ergebe sich im Jahre 1913 ein Gesamtfehlbetrag von 457 Millionen Mark. Für diese Summe wären also im Minimum neue Steuern aufzubringen. Die Begründung be- rechnet aber dann weiter, daß über die laufenden Ausgaben hinaus Deckung gesucht werden muß für die gestundeten Matrilinearbeiträge und für andere Verpflichtungen, die das Reich eingegangen ist. Diese Summen sollen gedeckt werden von erhofften Mehreträgen aus den neuen Steuern und etwaigen Ersparnissen bei den Aus- gaben.

In einem weiteren Artikel wird die formelle Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Bundesstaaten und Reich be- sprochen. Die Erlichung genügender Deckungsmittel für den gegenwärtigen Bedarf könne einer Wiederkehr der finanziellen Schwierigkeiten nicht vorbeugen. Nach der Erörterung der gegen- wärtigen Sachlage wird für die Neuregelung folgender Vorschlag gemacht: an Stelle der zurzeit bestehenden, in ihren Erträgen schwankenden Ueberweisungssteuern tritt der aus dem Handel mit Wein gewonnene Meinertrag. Dieser wird in zunächst fest- stehender Höhe von 220 Millionen Mark den Einzelstaaten über- wiesen und entsprechend der Summe der Matrilinearbeiträge an- gesetzt. Alle sonstigen, bisher den Einzelstaaten überwiesenen Steuern verbleiben unter Berücksichtigung der besonderen Regelung für die Stempelabgaben auf Wettrennen dem Reiche, nur bei der gesamten Besteuerung von Erbschaften werden die Einzelstaaten durch Verlassung eines Teiles vom Ertrage für die Verfürgung bisheriger Einnahmen entschädigt.

An dem Matrilinearbeitragsfuß von 40 Pf. pro Kopf der Be- völkerung soll festgehalten werden, doch soll eine Steigerung der Matrilinearbeiträge auf Zeitabschnitte von je fünf Jahre möglich sein bis zum Gesamtbetrag von 80 Pf. auf den Kopf der Be- völkerung für ein ganzes Jahr. Diese Abgabe ist nur als Zu- behör gebacht und darf nicht den Charakter regelmäßiger Leistungen annehmen.

Nach der vorgeschlagenen Regelung würden somit nur noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzel- staaten bestehen: einmal die Matrilinearbeiträge, für welche die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Meinertrag aus dem Zwischenhandel mit Wein in Deckung finden, und zweitens eine Pflicht zur Zahlung von Matrilinearbeiträgen, deren Höhe auf Perioden von fünf Jahren festgelegt wird, und die im nächsten Jahr für 80 Pf. pro Kopf der Bevölkerung betragen sollen.

Herr Holle.

Die „National. Korresp.“ versichert, daß der Rücktritt des Kultusministers Holle festliegt:

„Wie wir erfahren, wird der Herr Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten von seinem Urlaub nicht mehr in sein Amt zurückkehren. Hier und da — in den Klättern und in privater Unterhaltung — ist in den letzten Tagen als voraussichtlicher Nachfolger des Herrn Dr. Holle Herr Ministerialdirektor Schwarzglopp genannt worden. Das soll, wie wir versichern hören, nicht zutreffen. Vielmehr soll nach dem Nach- folger noch gesucht werden.“

Vielleicht findet man einen General der das Amt übernimmt. Die „Kreuz-Ztg.“ hat unter ihren theologischen Mitarbeitern ver- schiedene Generale, die sich gewiß vorzüglich für den Posten eignen würden. —

Errichtung eines Reichshandelsamtes.

Wie die „Verl. Univ.-Korr.“ hört, ist die Frage einer Teilung des Reichsamtes des Innern wieder aktuell ge- worden. Nach dem Rücktritt Solodowskys bestand der Plan, ein besonderes Reichsarbeitsamt zu errichten, dem ausschließlich die sozialpolitische Gesetzgebung unterstellt werden sollte. Dieser Plan scheiterte an dem Widerstande des Staatssekretärs v. Bethmann- Hollweg. Inzwischen ist im Schoße des Bundesrates der Gedanke aufgetaucht, ein Reichshandelsamt zu errichten, dem ausschließlich nur Handelsangelegenheiten, die gegenwärtig im Reichs- amte des Innern bearbeitet werden (Handelsverträge, Währungs- fragen, Börse, Geldwesen, Reichsbank usw.), überwiesen werden sollen. Dieser Plan hat vielfach Anklang gefunden. Auch der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg verhält sich nicht mehr grund- sätzlich ablehnend. Gegenwärtig ist der Plan über die ersten Er- wägungen noch nicht hinausgekommen. —

Sodom's Ende.

Im Stadttheater in Daren (Rheinland) wurde jüngst Sude- rmanns Schauspiel „Sodom's Ende“ aufgeführt. Das aus dem

Jahre 1860 stammende Stück hat die frommen Gemüter des Zen- trumsbüchens in Aufregung versetzt, und so erklärt denn die katho- lische Geistlichkeit des Dekanats Daren folgende Erklärung:

„In der vorigen Woche ist im Darenen Stadttheater ein Schauspiel aufgeführt worden, das nach den Mitteilungen sowohl hiesiger Blätter wie auch urteilsfähiger Zuhörer jeder christ- lichen Sittlichkeit und Sitte völlig hohn spricht. Die unterzeichneten zur Dekanatskonferenz versammelten Pfarrer des Dekanats Daren protestieren mit aller Entschiedenheit öffent- lich gegen ein solches Vergehen und bedauern aufs tiefste, daß eine Stätte, die der wahren Kunst und Bildung gewidmet sein soll, auf diese Weise entwürdigt und ihrem Zweck entfremdet wird.“

Und so viel Värm um Sudeermanns harmloses Theaterstück! Natürlich hat sich keiner der Herren Dekanatspfarrer das Stück an- gesehen, sie vertrauen dem literarischen Verständnis des Zentrum- blätters und dem moralischen Empfinden einiger Sittlichkeits- schmäuser vom Noeren-Bunde. —

Verrückt!

„Verrückt“ schreibt die „Deutsche Fleischer-Ztg.“, das Organ nicht gerade der allernachgiebigsten Kreise des Volkes über einen Artikel. Aber selbst in diesem Organ biederer Handwerks- und Innungsmeister des Fleischerhandwerks heißt es:

„Wahrlich, wie sind herrlichen Tagen entgegengeführt worden“. Dem Auslande gegenüber werden wir bis auf die Knochen blamiert, und im Inlande zapft man uns Steuern ab bis zum Weißbluten. Mit einem Worte, wir werden in Grund und Boden regiert.“

Dies keineswegs schmiedelichte Resümee gilt übrigens nicht etwa den neuesten Entschlüssen über unsere „hohe“ Politik, sondern nur der — Inzeratensteuer! Was mag da erst noch kommen!

Aus dem Reiche der Junker.

Die westpreussische Landwirtschaftskammer hat eben ihre Ver- handlungen in Danzig beendet. Herr Jonas als Vertreter des Stellennachweises der Landwirtschaftskammer hielt einen Vortrag über die Arbeitervermittlung. Vermittelt werden inländische und ausländische Arbeiter und landwirtschaftliche Beamte. Herr Jonas meinte — nach der „Danziger Ztg.“ — das Material sei vielfach sehr mangelhaft. Die Inspektoren seien mit 400 M. Jahres- gehalt bei freier Station nicht zufrieden. Die Hauptsache sei ihnen das Reitpferd, die sittliche Führung — ob infolge des junkerlichen Einflusses, wurde nicht gesagt — und Arbeitswilligkeit lassen zu wünschen übrig. Notwendig sei eine bessere Ausbildung und das Zutreten besserer Materials zu diesem Beruf.

Herr v. Aris-Brandt erläuterte gedruckt vorliegende Dar- legungen namens des landwirtschaftlichen Vereins Crisburg. Redner lobte seinen energischen Amtsvorsteher, der russische Arbeiter, die ihre Arbeit bei dem Landwirt aufgaben, durch einen Gendarmen aus einer Kiesgrube herauszuholen und auf die alte Arbeitsstelle führen ließ. Leider gäbe es nicht viele so energische Amtsvorsteher. Die Regierung habe Angst vor den Sozialdemokraten und greife deshalb nicht zu kräftigen Maßnahmen.

Der westpreussische Oberpräsident v. Jagow sagte, er sei auch Mitglied der Staatsregierung und müsse erklären, daß ihn die Be- hauptung, die Staatsregierung hätte Furcht vor der Sozial- demokratie, ebenso neu wie überraschend sei. Er habe jedenfalls vor niemand Angst, selbst nicht einmal vor der Autorität der Landwirtschaftskammer. Wenn Forderungen unerfüllbar seien, dann solle man nicht sagen, es fehle der Mut, sie durchzuführen. Die Geschichte mit der Kiesgrube klinge ganz nett. Wenn das ein Amts- vorsteher auf eigene Verantwortung tun wolle, dann möge er es. Auch sei solches Verfahren gesetzlich unzulässig. Gefinde könne man an seine Arbeitsstelle bringen, aber nicht freie Arbeiter. Wenn ferner verlangt würde, die Gendarmen sollten die ausländischen Arbeiter öfter einer gründlichen Leibes- und Sach- visitation unterziehen und ihnen ihre Papiere abnehmen, so müsse er darauf hinweisen, daß die Gendarmen dazu nicht befugt seien. Eine Durchsichtung dürfe nur stattfinden, wenn der Staats- anwalt sie anordne oder wenn jemand bei einer Gesetzesverletzung ertappt würde.

Der Generalsekretär Dekonomierat Steinmeyer gab zu be- denken, daß die Landarbeiter den gewerblichen Unternehmungen geradezu in die Arme getrieben würden, wenn man sie auf dem Lande gar zu scharf anfaße.

Herr v. Oldenburg-Banuschau sprach zur Frage der Erbschaftsteuer. Ihm gefiel nicht, daß die siddentischen Staaten und Oldenburg ihr Landtagswahlrecht reformiert und sich dem Radikalismus ergeben hätten. Man müsse unbedingt die direkten Steuern vor dem Reiche retten. Es gäbe zwei Sorten Menschen: Die einen lernen von ihren Dummheiten, die anderen nicht. Er wolle zu den ersteren gehören. Die Steuern der letzten Reichsfinanzreform seien schändlich und brähten nichts ein. Damals sei versichert worden, daß die Erbschaftsteuer nicht auf Gehagten und Kinder ausgedehnt werden solle. Jetzt nach zwei Jahren solle es doch geschehen. Ihm sei es ganz gleichgültig, was der Staats- sekretär v. Sadow sage, noch gleichgültiger sei ihm, was die Linke sage. Er kenne zwar nicht die Stellung seiner Fraktion in dieser Frage, aber er werde niemals für die Erbschaftsteuer stimmen, auch wenn die ganze Reform dabei in die Brüche ginge. Er wolle schon Steuern zahlen, aber man solle seine Familie nicht belästigen. Nach seinem Tode solle nicht die Schnüfferei wegen der Erbschaftsteuer losgehen.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Die Landwirtschaftskammer wolle den Herrn Reichskanzler bitten, von einer Erbschaftsteuer für Gehagten und Kinder Abstand zu nehmen. Eine derartige Steuer nage am Herzen der Landwirte.

Die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh.

Der Reichstag hat bei den diesjährigen Etatsberatungen auf Antrag der Konservativen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen eine Resolution angenommen, in der die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Preisfeststellung des Schlachtviehes nach Lebendgewicht gefordert wird. Die Regierung ist dieser Wriung schnell nachgekommen. Sie hat folgenden dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen:

§ 1. Die Landesgeneralbehörden sind befugt, für Schlach- t Viehmärkte zum Zwecke der Preisfeststellung von Preis und Gewicht der Tiere Vorschriften zu erlassen und Einrichtungen anzuordnen. Die hierdurch entstehenden Kosten fallen dem Unternehmer des Marktes zur Last; § 68 der Gewerbeordnung findet An- wendung.

Schiffsätze, deren Ausstellung auf Grund des Absatz 1 an- geordnet ist, sind stempelfrei.

§ 2. Die Landesgeneralbehörden sind befugt, für Orte, an denen eine Regelung auf Grund des § 1 getroffen ist, und für deren Umgebung marktähnliche Veranstaltungen für Vieh zu unter- sagen und den Handel mit Vieh außerhalb des Marktplatzes während des Markttagess sowie an dem vorausgehenden und dem nachfolgenden Tage zu verbieten.

§ 3. Wer den auf Grund der §§ 1 und 2 erlassenen Vor- schriften zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

In der Begründung heißt es, daß die Vorschriften des Entwurfs sich auf den großen österreichischen und ungarischen Schlachtmärkten bereits bewährt haben. Neben den Notierungen nach Lebendgewicht sollen auch die bisherigen Notierungen nach Schlachtgewicht bestehen bleiben. Bei Märkten, die nur lokale Bedeutung haben, soll eine Aenderung in der Notierung überhaupt nicht vorgenommen werden. In den Motiven wird ausdrücklich hervorgehoben, daß auf die Einführung des Lebendgewichtshandels verzichtet werden soll; man will sich nur auf die Regelung der Preisnotierung beschränken, um den Klagen, namentlich der landwirtschaftlichen Kreise über die ungenügende Statistik der Marktpreise des Schlachtwiechs zu steuern.

Balkanreise.

Russisch-serbische Verbrüderung.

Petersburg, 31. Oktober. Der Präsident der Duma Chomjatow hat an den Präsidenten der serbischen Stupschina folgendes Telegramm geschickt: Ich erhielt aus Serbien zahlreiche Telegramme aus Anlaß der neuesten Ereignisse in der slavischen Welt. Zur Zeit schwerer Prüfungen senden wir durch Sie allen Kameraden der Stupschina und durch Ihre Vermittelung allen Abfindern dieser Telegramme brüderlichen Gruß. Wir sind des festen Glaubens, daß eine friedliche Lösung der internationalen Fragen, die jetzt uns und die ganze slavische Welt erregen, unserem teuren Slaventum am besten eine sichere Zukunft verbürgt.

Die bulgarisch-türkischen Verhandlungen.

Konstantinopel, 2. November. Den hiesigen Blättern zufolge ist der Handelsminister Kuradunglar, ein Armenier, zum türkischen Delegierten für die Verhandlung mit den bulgarischen Delegierten ernannt worden. Der bulgarische Handelsminister Liapischew erklärte, er sei mit Vollmacht hierhergekommen, jeden Vorschlag zu erörtern, der den beiderseitigen Interessen dienen und dazu führen könnte, die Bande der Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu befestigen und hoffe zu einem Moos für ein billiges Arrangement zu gelangen. Bulgarien habe den Beweis seiner Aufrichtigkeit gegeben, indem es vorgestern die Referenzen entlassen habe, welche erst morgen hätten beabsichtigt werden sollen.

Die Stellung der Türken.

Frankfurt a. M., 2. November. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Konstantinopel: In der Antwort auf die Einladung zur Balkankonferenz nimmt die Bforte bedingungsweise die Konferenz an, verlangt jedoch, daß das Programm streng beschränkt wird und auf ihre nur zwei Fragen, die Stellung Bosniens und der Herzegovina sowie die bulgarische Angelegenheit verhandelt werden dürfen. Bezüglich Bosniens und der Herzegovina wünscht sie ferner, daß die Signalmächte in eine Untersuchung darüber eintreten, welchen Beitrag diese früheren türkischen Provinzen zur allgemeinen türkischen Staatsschuld zu leisten hätten. Beratungen über Kompensation anderer Staaten sowie über die Artikel 81 (Reformen in Armenien) und 93 (Kreta) des Berliner Vertrages lehnt die Bforte entschieden ab.

Schweiz.

Die St. Gallen.

Basel, 2. November. (Privat-Depesche des „Vorwärts“). In der heute stattgefundenen St. Gallenwahl wurde Genosse Dr. Bräulein mit 7857 Stimmen in den Nationalrat gewählt.

Frankreich.

Eine Meuterei.

Remus, 2. November. Im Militärgefängnis brach gestern eine Meuterei aus. 72 Häftlinge rotteten sich zusammen, songen die Internationale und bedrohten die Wächter. Es mußte eine starke Truppenabteilung aufgeboden werden, ehe es gelang, die Ruhe wiederherzustellen.

England.

Die Regierung und die Führer der Arbeitslosen.

London, 31. Oktober. (Eig. Ber.) Trotz der Bemühungen reaktionärer Parlamentsabgeordneter, den Genossen Grayson wegen seiner im „Vorwärts“ angelegenen Rede bei der Arbeitslosendemonstration vor den Richter zu bringen, beschloß die Regierung, keine Anklage zu erheben. Ebenjowenig wurde er wegen Majestätsbeleidigung angeklagt.

Genosse William Thorne, der angeklagt war, die Arbeitslosen zur Plünderung der Väterläden aufgefordert zu haben, wurde vom Richter verurteilt, ein Kautions zu stellen, daß er in den nächsten sechs Monaten das Vergehen nicht wiederholt. Die Kautions wurde von seinen Freunden gestellt, worauf Thorne entlassen wurde.

Rußland.

Ein neuer Angriff auf Finnland.

Petersburg, 1. November. Die Festung Sweaborg wurde in Kriegszustand versetzt und die Geschütze auf Helsinki gerichtet. Für die Zivilbehörden wird in der Festung ein Raum vorbereitet. Wie verlautet, werden außerordentliche Maßnahmen durch die gleich nach Landtagschluss bevorstehende Veröffentlichung eines gegen die Selbständigkeit Finnlands gerichteten Ukases veranlaßt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Jubiläum der Buchbinderorganisation Berlins.

In diesem Monat sind 25 Jahre verflossen, seit in Berlin der Unterstützungsverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen gegründet wurde. Dies war hier die erste Buchbinderorganisation, die dauernd Bestand hatte. Aus ihr hat sich die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes entwickelt. Die Zahlstelle hat nun eine Festschrift herausgegeben, in der die unermüdbare Arbeit, die opferreichen Kämpfe geschildert werden, die erforderlich waren, um das Bestehende aufzubauen und seinen Zwecken, vor allem der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossen, dienlich zu machen.

Wir erfahren aus der 216 Seiten starken Festschrift, daß schon im Jahre 1848, wenige Monate nach den Stürmen der Revolution, in der preussischen Hauptstadt ein Buchbinderverein: „Die Gesellschaft der vereinigten Buchbinder Berlins 1848“, gegründet worden ist. Was von dieser Gesellschaft übrig geblieben ist, das ist die Fahne mit der Aufschrift:

„In der Einigkeit ruht die Kraft!“

Sie wird jetzt im Märkischen Museum aufbewahrt. Was jene Gesellschaft außer ihrer Fahne erstrebt und vielleicht erreicht haben mag, weiß man nicht. Es folgten die Jahre der Reaktion. Erst infolge der Lassalle'schen Agitation entwickelten sich neue Ansätze zu einer Buchbinderorganisation. Im Jahre 1869 gründete ein Kongreß in Leipzig mit einem Schlage einen „Internationalen Verein“ der Buchbinder. Man wollte am liebsten gleich die Buch-

binder der ganzen Welt vereinigen, aber dazu fehlte es allerorts an der notwendigen Grundlage. So war denn jene Gründung gleichsam ein totes Kind, und der nordpatriotische Begeisterungssturm der Kriegsjahre 1870/71 trat auch der Entwicklung der Arbeiterorganisation hemmend in den Weg.

Im Jahre 1873 entstand ein neuer „Verein der Buchbinder und Fachgenossen Berlins“. Er blieb bis zum Herbst 1878 am Leben und löste sich kurz vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes auf, um nicht der polizeilichen Auflösung anheimzufallen. Auf Jahre hinaus war die Agitation lahmgelegt. Erst im November 1883 gelang es in Berlin eine neue Organisation, den „Unterstützungsverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen“ zu gründen, und im April 1885 fand zu Offenbach a. M. ein allgemeiner Buchbinderkongreß statt, auf dem sich 20 solcher Vereine zum Unterstützungsverband der Vereine der Buchbinder, Portefeuilier, Albums, Etuisarbeiter usw. zusammenschlossen. Sie zählten damals im ganzen 2300 Mitglieder. Aus dem Verband von Vereinen wurde im Jahre 1893 der zentralisierte Buchbinderverband, dem Vereine nun als Zahlstellen angehören.

Die erste große allgemeine Lohnbewegung konnte die Zahlstelle Berlin allerdings erst im Jahre 1906 erfolgreich durchführen. Damals gelang es zum ersten Mal feste Tarifverträge zu erzielen, und zwar nicht nur für Berlin, sondern auch für die beiden anderen Buchgewerbeplätze Leipzig und Stuttgart. Vor dieser Lohnbewegung wurden in Berlin einem tüchtigen Buchbindergehilfen 18, ja auch nur 15 M. Lohn geboten, nun aber war der Minimallohn 21 M., und ungefähr ebenso vorteilhaft fiel der Kampf für die Arbeiterinnen aus. Im Jahre 1900 folgte die zweite große Lohnbewegung. Sie war mit einer allgemeinen Aus-sperrung verbunden, endete aber mit gutem Erfolg und weiterer Erhöhung der Löhne.

Den schwersten Kampf hatte die Zahlstelle Berlin, wie auch Leipzig und Stuttgart, im Jahre 1906 zu bestehen, als die Unternehmung der Kaiserzeit zur Veranlassung einer allgemeinen Aus-sperrung nahmen, die, in der flauen Geschäftszeit durchgeführt, den ganzen Sommer über dauerte und in Berlin allein eine Unternehmungssumme von 171 658 M. erforderte. Es war ein Kampf um die Existenz der Organisation. Er wurde jedoch glücklich überstanden und endete mit einem neuen Tarifvertrag, der allerdings nur geringe Lohnerhöhungen brachte.

Hand in Hand mit den Lohnbewegungen der Buchbinder gingen die der Kontobuchhalter, die nicht minder erfolgreich waren. Auch in anderen Branchen, soweit sie stark genug organisiert waren, wie bei den Etuisarbeitern und Kartonnierern, kam es zu Lohnbewegungen und erfolgreichen Kämpfen, so daß auch hier der Abschluß vorteilhafter Tarifverträge möglich wurde.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes, die im Jahre 1894 816 männliche und 283 weibliche Mitglieder zählte, war im Jahre 1906 auf 3021 männliche und 3020 weibliche Mitglieder angewachsen. Der schwere und opferreiche Kampf von 1906 hat keineswegs eine Mitgliederflucht zur Folge gehabt, denn im folgenden Jahre war die Mitgliederzahl auf 6308 angewachsen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder übersteigt jetzt die der männlichen um über 300, ein Beweis dafür, daß die Organisation auch für die Arbeiterinnen Großes geleistet hat.

Als die Berliner Buchbinder im Jahre 1874 ihren Delegierten Kost — der jetzt nebenbei auch als Altgenosse der Innung für die Interessen der Schiffenschaft tätig ist — zum Buchbinderkongreß nach Frankfurt a. M. schickten, übergab ihm der Kassierer des damaligen Vereins 20 Taler, das ganze Vereinsvermögen, und sagte: „Da nimm man alles mit und sieh zu, wie weit Du damit kommst; aber gib nicht alles aus!“ Jetzt hat die Zahlstelle Berlin allein in ihrer Lokalkasse einen Bestand von rund 48 500 M., und im Jahre 1907 belaufen sich ihre Ausgaben auf nicht weniger als 127 030,50 M. Hierin zeigt sich die großartige Entwicklung, die den Buchbinder Berlins alle Veranlassung bot, das 26. Stiftungsfest ihrer Organisation besonders feierlich zu begehen.

Als Vorfeier fand am Sonnabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Kommerz statt, an dem namentlich die Funktionäre, die Vertrauensmänner und die älteren und alten Vorläufer der Organisation teilnahmen. Es wurden anregende und begeisternde Fest- und Begrüßungsreden gehalten, von dem Ortsbevollmächtigten Marx, vom Gaudvorsitzenden Lemmer, vom Verbandsvorsitzenden Klotz, von Vertretern benachbarter Zahlstellen und Vertretern verwandter Berufsorganisationen wie der Buchdrucker und der Lithographen und Steindruckerei. Für Musik und andere Kunstgenüsse war trefflich gesorgt und auch der Männerchor der Buchbinder leistete sein Bestes. Die große allgemeine Feier wurde am Sonntag im Riesensaal der Neuen Welt gehalten und der Saal selbst wie die Nebenzäume waren überfüllt. Hier hielt der alte Verbandsvorsitzende A. Dietrich aus Stuttgart, der 20 Jahre lang den Verband leitete, die Festrede und verstand es, gestützt auf den reichen Schatz seiner Erfahrungen, die Masse anzufeuern, weiterzuarbeiten und zu kämpfen für die Organisation und ihre Ziele. Auch sonst bot das Programm eine Fülle von Anregung und in reichem Maße war für auswählte Kunstgenüsse gesorgt, wie für Unterhaltung und geselligen Verkehr.

Die Einführung des Auktions-Ladenschlusses feiert der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands als einen Erfolg seiner langjährigen untermüßlichen Agitation. Am Sonntagabend waren die Mitglieder zu einer festlichen Veranstaltung nach dem Lokal „Lebensquelle“ in der Kommandantenstraße geladen. Julius Kallist hielt einen Vortrag, in welchem er die schweren Mühen und Anstrengungen schilderte, die der Verband gerade in dieser Frage einer Verfürzung der übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit nicht scheute. Er erinnerte an die Kämpfe um die Sonntagsruhe und um den Keumühr-Ladenschluß, und zeigte, wie der Zentralverband und seine Vorgänger stets in der vordersten Reihe standen, um die Interessen der bedrückten Handlungsgehilfen wahrzunehmen. Andere Verbände, wie der Deutschnationale Verband, taten nicht nur nichts für eine wirkliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Handelsgewerbe, sie ärmten sogar noch Widerstände auf, wo der Zentralverband seine Agitation entfaltete. So hätte der Auktions-Ladenschluß schon 1900 erreicht werden können, wenn der Deutschnationale Verband nicht selbst inmitten der eifrigsten Agitation und der allgemeinen Aufmerksamkeit auf die Forderungen der Gehilfenschaft erklärt hätte, daß die Handlungsgehilfen mit dem Keumühr-Ladenschluß zufrieden sein würden. Darauf sah man keine Veranlassung, den Gehilfen mehr zu geben, als nicht alle forderten, und im Jahre 1900 wurde der Keumühr-Ladenschluß reichsgesetzlich eingeführt. Den Gemeinden stand es frei, darin weiter zu gehen, und etwa 400 führten im Laufe der Zeit für alle oder auch nur für einen Teil der Geschäfte den Auktions-Ladenschluß ein. Wenn es ein Fortschritt ist, daß man über gewisse Fragen nicht mehr diskutiert, so konnte man jetzt von einem Fortschritt reden, denn die teilweise Sonntagsruhe und der Keumühr-Ladenschluß waren sehr schnell selbstverständlich geworden, obgleich vorher mit den dümmsten Argumenten, die aber Glanzen fanden, bewiesen wurde, daß diese Neuerungen gar nicht durchführbar seien. — Die jüngsten Kämpfe um den Auktions-Ladenschluß sind noch in guter Erinnerung. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte mit der Hilfe der organisierten Arbeiterschaft eine Agitation aufgenommen, die endlich von Erfolg gekrönt wurde. Was überhaupt erreicht wurde an sozialreformerischen Maßnahmen, ist im Verein mit den freien Gewerkschaften und der Partei der Sozialdemokratie erreicht worden. Es sind jetzt im November 25 Jahre, als die freie Organisation der

Kaufleute gegründet wurde, die Vorgängerin des heutigen Zentralverbandes. Der Redner ging auf die Geschichte der Handlungsgehilfensbewegung seit 1883 näher ein und gedachte in ehrender Weise eines der Begründer der alten „Freien Organisation“, des Stadtverordneten Genossen August Hinz, der auch in der Vergangenheit anwesend war und nach Verdingung des sehr beifällig aufgenommenen Vortrages eine Ansprache hielt. Hinz erzählte aus seinen Erinnerungen von dem damaligen Streben und Ringen der Handlungsgehilfen, von dem Programm der freien Organisation, das zum Teil heute ausgeführt ist, denn im Verhältnis zu den damaligen Zuständen sind bemerkenswerte Verbesserungen erreicht worden. Unter den Alten, die sich um die Bewegung sehr verdient gemacht haben, hob er Albert Auerbach hervor. 1887 mußte sich die freie Organisation auflösen, als aber das Sozialistengesetz fiel, da traten die verstreuten Scharen wieder zusammen und die freie Vereinigung der Kaufleute wurde gegründet, die 1897 dem Zentralverband der Handlungsgehilfen Platz machte. Hier gedachte der Redner der Verdienste Willi Friedländer um die Organisation. Er betonte besonders die Unterstützung der gesamten Bewegung durch die sozialdemokratische Partei, die niemals säumte, die Forderungen der Handlungsgehilfen aufzunehmen. Mit einem Appell, die jetzige Organisation nach Kräften auszubauen, schloß der Redner unter reichem Beifall.

Nach ihm sprach noch August Benn, der die Aufmerksamkeit auf die jetzt auftauchende Frage der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe lenkte.

Zu einem frohen Fest blieben die Anwesenden noch lange beisammen.

Ausland.

Die Aus-sperrung in Lancashire.

London, 31. Oktober. (Eig. Ber.) Der Kampf in der Textilindustrie Lancshires tritt jetzt in die siebente Woche ein. An Unterstützungsgebern wurden 160 000 Pfund Sterling (3,2 Millionen Mark) ausbezahlt. Der Lohnausfall beträgt 900 000 Pfund Sterling (18 Millionen Mark). Es werden gegenwärtig ernste Versuche gemacht, einen Frieden herzustellen, da der Kampf die Lage der Arbeitslosen noch ver schlimmert. Der ganze Konflikt war von Anfang an für die Arbeiter ausichtslos.

Eine allgemeine Aus-sperrung der Mäler Kopenhagens

hatte die dänische Arbeitgebervereinigung zum 31. Oktober angefangen. Der Grund war, daß bei zwei Mitgliedern der Malerinnung von Kopenhagen gestreikt wurde. Diese beiden Meister wohnen jedoch nicht in Kopenhagen, sondern in Nordre Birk, wo ein besonderer Meisterverein besteht, mit dem die Malergehilfen einen Vorvertrag abgeschlossen hatten, der sie ausdrücklich verpflichtete, die Arbeit bei jenen beiden, nicht dem Meisterverein angehörenden Arbeitgebern niederzuliegen. Hierin lag jedoch ein formeller Bruch des mit der Kopenhagener Innung abgeschlossenen Tarifvertrages, der seinem Wortlaut nach für alle, also auch für die beiden außerhalb ansässigen Innungsmitglieder gilt. Inzwischen wurde die Streitigkeit dadurch beigelegt, daß die Malerorganisation die beiden Verfallstrafen ausübte und lieber auf den Tarifvertrag in Nordre Birk verzichtete, um nicht in einen allgemeinen Kampf gedrängt zu werden, der bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Beruf der Arbeiter nicht zweckmäßig erscheint. Eine Schadenersatzforderung jener beiden Innungsmeister und einige andere Differenzpunkte sollen noch durch Schiedsgericht erledigt werden. Damit hat sich die Malerinnung zufrieden gegeben und sie hat ihre Aus-sperrungsdrohung zurückgezogen. Aber die Zentrale des dänischen Unternehmertums, die Arbeitgebervereinigung, hat nun dem Gesamtverband der Gewerkschaften angekündigt, daß die Maler-aus-sperrung nur vertagt ist und am 28. November durch-gesührt werden soll, falls bis dahin die noch vorliegenden Differenzen nicht zu ihrer und zur Zufriedenheit der Malerinnung erledigt sind.

Verammlungen.

Der Verband der Sattler hielt am Donnerstag seine Generalversammlung für das 3. Quartal 1906 ab. Die Abrechnung gab der Kassierer W. B. H. in seinen Ausführungen darauf hinzu, daß auch zurzeit noch die ganzen Verhältnisse innerhalb des Berufes unter dem Eindruck der schweren Krise stehen. Für die Hauptkasse betrug die Einnahme 12 410,55 M., die Ausgabe 11 272,46 M. Es blieb ein Bestand am 30. September 1906 von 1138,09 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 14 929,38 M., die Ausgabe 2897,07 M., blieb Bestand am 30. September 1906 12 032,31 M. An Einnahmen hatte die Berliner Verwaltung zu verzeichnen 3708,84 M., denen 2892,57 M. Ausgaben gegenüberstanden, verblieb beim Abschluß am 30. September 1906 1016,27 M. Ueber die Benutzung des Arbeitsnachweises ist zu berichten: Eingeschriebene Arbeitslose 124, davon waren 27 nicht organisiert. Im Juli betrug die Zahl 131, im August 131, im September 102. Stellen wurden 222 vermittelt. Im Juli 41, August 89, September 92. Die Mitgliederbewegung stellt sich wie folgt: Mitgliederbestand 1. Juli 1906 1915, darunter 90 weibliche. Mitgliederbestand am 30. September 1906: 1910, darunter 70 weibliche. In den Ausschluß wurde Böhmert gewählt. Dann hielt Genosse Ritter einen mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag über die Gewerbegerichts-wahlen. Unter Punkt Verschiedenes wurde auf die Veranstaltungen des Volkshochs aufmerksam gemacht sowie auf das am Sonnabend stattfindende 19. Stiftungsfest des Sattlerverbandes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kritik Bayerns.

München, 2. November. (W. S.) In der hiesigen Presse fordert man die Einberufung des auswärtigen Ausschusses, in dem Bayern den Vorsitz führt, um zu der Kanzlerkrise und deren Ursache Stellung zu nehmen. Es wird überhaupt in der bayerischen Presse über den peinlichen Zwischenfall eine ungewöhnlich scharfe Sprache geführt. Die Ausklärungen haben hier absolut nicht befriedigt. Das deutsche Volk sei mündig und verlange Klarheit und Garantien für die Zukunft.

Krieg oder Frieden?

Wien, 2. November. (W. S.) Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß die Mitglieder der Stupschina telegraphisch zur Teilnahme an einer morgen stattfindenden, sehr wichtigen, wahrscheinlich geheimen Sitzung aufgefordert worden sind, in der die Regierung Aufklärung über die politische Lage und über ihr Vorgehen geben wird.

Selbstmord eines Feldwebels.

Hanau, 2. November. (W. S.) Heute vormittag erschloß sich in der Kaserne der Feldwebel Günther der 4ten Kompanie des 166. Infanterieregiments. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Doppelmord.

Leipzig, 2. November. (W. S.) In der Windmühlenstraße 21 wurde der 60 Jahre alte Schriftsetzer Georg Oskar Friedrich und dessen 59 Jahre alte Ehefrau ermordet aufgefunden. Alle Verhältnisse sind erbrochen und untersucht. Man nimmt an, daß der Doppelmord bereits vormittags gegen 9 Uhr verübt worden sei. Um diese Zeit kam ein etwa 23 Jahre alter Mensch die Treppe hinauf.

Selbstmordversuch im Gerichts-saal.

Magdeburg, 2. November. (W. S.) Auf den Wahrspruch der Geschworenen hin verurteilte das Schwurgericht den schon vielfach vorbestraften Stalkawerger Karl Engel aus Jehrbellin wegen Notzucht begangen an einem 14jährigen Mädchen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Bei der sofort vorgenommenen Verurteilung zog er ein Messer heraus, stieß es sich in die Brust und brach schwer verletzt zusammen.

Ein Volksurteil gegen den Präsidenten des Junkerparlaments.

Herr v. Kröcher hat dem Genossen Adolf Hoffmann, als er gegen die Forderung auf Erhöhung der Gehälter der Geistlichen sprach, das Wort entzogen und die Mehrheit des Dreiklassenhauses hat die Mundtotmachung eines sozialdemokratischen Abgeordneten gutgeheißen.

Am Sonntag trat Genosse Hoffmann vor ein anderes Forum. Das Volk, die Wähler, die Anhänger der stärksten Partei Preußens waren es, die zu Tausenden über der Vergewaltigung der Rede-freiheit im preussischen Abgeordnetenhaus zu Gericht sahen und unter brausendem Beifallsstürmen die Rede Hoffmanns anhörten, deren Beendigung Herr v. Kröcher am Freitag gewaltsam abgebrochen hatte.

Natürlich war auch — wie das bei unseren großen Protestversammlungen zur Gewohnheit geworden ist — die Polizei wieder in außergewöhnlich großer Zahl zur Stelle.

Rings um den Hauptsaal in der Burgstraße waren nicht nur öffentliche Gebäude, sondern selbst Privathäuser mit starken Schussmannsabweisungen zu Fuß und zu Pferde besetzt und auf der Straße wimmelte es von Schanzleuten, rad-fahrenden Polizeiordnungen und zahlreichen Polizeioffizieren. Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der Saal mit den Galerien durch Tausende von Frauen und Männern besetzt. Die Polizei sperrte das Lokal und die St. Wolfgangstraße ab. Tausende kamen noch, die keinen Einlaß mehr fanden und sich meist nach kurzem Aufenthalt in den angrenzenden Straßen wieder entfernten.

Als Genosse Hoffmann den Saal betrat, empfing ihn stürmischer Applaus. Eine spontane Kundgebung der Massen gegen die Vergewaltigung der Rede im preussischen Abgeordnetenhaus. Genosse Eugen Ernst eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf die Ursache und den Zweck derselben.

Adolf Hoffmann,

wieder von brausendem Beifall begrüßt, das Wort. Hindeutend auf diese gewaltige Kundgebung sagte er, wenn Herr v. Kröcher und seine Helfershelfer diesen Erfolg ihrer Gewalttat hätten voraussehen können, sie hätten es jedenfalls unterlassen, das freie Wort zu verbieten. Hier, an dieser Stelle, wird das, was ich zu sagen habe, auf einen weit fruchtbareren Boden fallen, wie im preussischen Abgeordnetenhaus. Mit großen Hoffnungen — sagte der Redner — sei er nicht ins Abgeordnetenhaus eingezogen, eine rücksichtsvolle Behandlung habe er nicht erwartet an jener Stelle, auf die das Wort Befehls folgt:

„Gerechtigkeit, wie kamst Du hier zu stehen?
Haben Dich die Herrn des Hauses schon gesehen? —
O ja — Sie haben mich übersehen!“

Im Junkerparlament gibt es keine Gerechtigkeit gegenüber den Sozialdemokraten. Dagegen im Seniorensenatvereinbarung über die gleichmäßige Behandlung aller Parteien in Reihenfolge der Redner getroffen waren. Im Genosse Leinert beim Lehren-berichtsgegenstand nicht mehr zum Wort und als Hoffmann selbst am Freitag zum Wort gemeldet war, wurde es ihm von Anfang an klar, daß man ihn, den „Jehn-Gebote-Hoffmann“, nicht hören wollte. Es ist ja dann auch beinahe ausschließlich dafür gesorgt worden, daß er seine Rede nicht beenden konnte.

Was man im Junkerparlament zu sagen ihm hinderte, das führte Genosse Hoffmann vor dem Volke aus. Zunächst zeigte er, daß ihn der Präsident v. Kröcher ohne sachliche Gründe und in völlig unberechtigter Weise zur Ordnung gerufen hatte, denn was er zu der neuen Forderung von 12 1/2 Millionen zur Verbesserung der Gehälter der Geistlichen anführte, gehörte ohne Zweifel zur Sache. Durchaus berechtigt sei sein Vorschlag gewesen, den Geistlichen mit hohen Gehältern ihr Einkommen entsprechend zu kürzen

Kleines feuilleton.

Wie schnell kann man lesen? Die komplizierten physiologischen und psychologischen Vorgänge beim Lesen, die durch wichtige Experimente und durch eine reiche Literatur in den letzten Jahren aufgeklärt worden sind, werden in der „Deutschen Revue“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) vom Professor Laqueur zusammenfassend dargestellt. Beim Lesen muß vor allem die ungeheure Geschwindigkeit aufhalten, mit der ein geübter Leser Zeile auf Zeile überfliegt. In einer Minute werden bequem 600, ja sogar 800 Wörter, oder sechzig Zeilen von mittlerer Länge gelesen. Dabei kommt auf den einzelnen Buchstaben nur eine Zeit von 0,03 Sekunden und bei dem sehr schnellen Leser sogar nur von 0,02 Sekunden. Offenbar reicht ein solch kleines Zeitstückchen nicht hin, um die Form eines Buchstabens genau zu erkennen. Es handelt sich also bei dem gewöhnlichen raschen Lesen nicht um ein deutliches Sehen, sondern teilweise um ein Erraten oder Erkennen nach gewissen einfachen Merkmalen. Bei solch schnellem Lesen ist nur eine nicht nur genügende, sondern im Ueberfluß vorhandene Schärfe vorhanden. Wenn wir, wie gewöhnlich in der Entfernung von eindrittel Meter lesen, so muß unsere Schärfe so gut sein, daß wir die nämliche Schrift noch auf einen Meter Entfernung lesen könnten. Wir dürfen von unserer Schärfe eben nicht mehr als den dritten Teil verbrauchen, sonst würden wir zu schnell ermüden. Um die Buchstaben in solcher Hast zu überleben, bewegt sich unsere Gesichtslinie nicht in gleichmäßiger Geschwindigkeit über die Zeile hin, sondern die Bewegung der Augen geht in ruckweisen Stößen vor sich, zwischen denen Ruhepausen stattfinden. Die Stöße und die Ruhepausen wechseln regelmäßig miteinander ab, doch ist die Zeitdauer der Ruhepausen viel größer als die der Stoßbewegungen. Je langsamer man liest, desto größer sind die Ruhepausen; sie sind beim gewöhnlichen schnellen Lesen zwölf bis zwanzig Mal so lang wie die Stöße, beim langsamen sorgfältigen Korrekturlesen hundert Mal. Diese sprunghaften Bewegungen des Auges werden sehr rasch ausgeführt; die einzelne Stoßbewegung nimmt eine Zeitdauer von noch nicht ganz ein fünfzigstel Sekunde in Anspruch. Die Zahl der Augenbewegungen innerhalb einer Zeile hängt in erster Linie von der Zeilenlänge, in zweiter Linie von der Individualität des Lesers ab. Die Entfernung der Schrift vom Auge ist dabei ohne Einfluß. Bei einer fünfmalen Zeile werden etwa drei Stöße gemacht; bei einer Zeilenlänge von 8,8 Zentimeter und 47 Buchstaben wurden fünf Ruhepausen, bei einer Länge von 12,2 Zentimeter und 63 Buchstaben sieben Ruhepausen verzeichnet. Man hat berechnet, daß in einer Zeit von 1/100 Sekunde mehrere Wörter zugleich erfaßt werden, ja sogar während 1/100 Sekunde ein siebenbuchstabiges Wort richtig zu lesen ist. Dabei kommt es denn freilich auf die Form an, unter der sich das Wort darstellt.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Julius Cäsar“ von Shakespeare. Unlängst erst brachte das Schillertheater die gleiche Tragödie. Es ist lehrreich, Vergleiche zwischen den beiden Aufführungen aufzustellen. Dort wie hier das Streben nach dekorativer Wirkung. Dabei schlägt das Theater am Rollendorfsplatz das Schillertheater völlig aus der Reihe der Konkurrenten. Dort überwältigende Naturähnlichkeit mit Klang und Kraft; hier hübsche dekorative Anlässe — aber doch nur gemalte Kulissenbilder. Dort das Drama fast ohne Striche; hier Streichung ganzer Zwischenjungen. Dort energische Detaillierung, die in der Entwicklung der vollstän-

und davon den niedriger besoldeten Geistlichen Zulagen zu gewähren. Als Illustration hierzu sowie zu der Tatsache, daß die Geistlichen von den Vertretern der herrschenden Klasse doch nur als ihre Werkzeuge betrachtet werden, verlas Hoffmann einen Brief, der ihm nach seiner abgebrochenen Rede von katholischen Geistlichen aus einer katholischen Gegend Preußens zugegangen ist und der gleichzeitig zeigt, daß die Zentrumspartei, der es doch am nächsten liegen sollte, für die katholische Geistlichkeit zu sorgen, deren materielle Interessen sehr schlecht vertritt. Der interessante Brief lautet:

In die hochansehnliche Fraktion der sozialdemokratischen Partei Berlin.

Wenn die Unterzeichneten auch nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, glauben sie doch, mit Erfolg sich an die Partei wenden zu dürfen, welche sich stets der Rechtlosen und Unterdrückten angenommen hat. Zu diesen Rechtlosen gehört der katholische Klerus, den die Bischöfe so gern den „niederen Klerus“ nennen. Diese Rechtlosigkeit zeigt sich wieder bei der Befolgungsfrage. Mit Spannung sah man dem ersten Auftreten des Zentrums entgegen, hieß es doch, daß die Bischöfe bereits hinter den Kulissen gearbeitet. Darauf erschien in der „Katholischen Volkszeitung“ eine Bewandlung, es wurde betont, daß das Zentrum eintreten würde. Und jetzt — versteht sich das Zentrum hinter die Bischöfe. Die „politische“ Zentrumspartei hat gebundene Marschroute, gebunden durch die Bischöfe. Wer glaubt da noch an die Lehre von der politischen Zentrumspartei?

Das Zentrum hat sich stets aufgestellt als die Partei, welche allen gerecht wird. Die Notlage des Klerus hat es anerkannt. Warum hilft es jetzt nicht? Jetzt könnte es zeigen, daß es eine politische Partei ist, wenn es trotz der Bischöfe uns helfen würde. Daß die Bischöfe keine bessere Befolgung des „niederen Klerus“ wünschen, ist klar. Sie haben reichliche Pfünden, entsprechend ihrer Stellung als „Kirchenfürsten“, wie sie sich gegen den Geist des Evangeliums so gern nennen. Ein armer Klerus ist gefügiger. Außerdem würde eine Verbesserung desselben so viel heißen wie eine Gleichstellung, Ordnung. Dann fällt aber die Willkür fort. Jetzt hat man in den schlechtest besoldeten Stellen ein Mittel, um selbstbedenkende Männer klein zu halten.

Angeichts dieser Sachlage bitten die Unterzeichneten namens der Mehrzahl der Geistlichen — die meisten wagen nur zu denken, was wir sagen — die Aufmerksamkeit aller auf uns zu lenken und der Zentrumspartei ihre Pflicht vorzuhalten, hier zu zeigen, daß es eine politische Partei ist. Die sozialdemokratische Presse bitten wir um gütige Aufnahme dieses Vorwurfs einer großen Klasse von Rechtlosen im Namen der Humanität.

Folgt Unterschrift.

Nachdem Genosse Hoffmann die bekannten Vorgänge im Abgeordnetenhaus während seiner Rede und die unbegründete Wortentziehung treffend gekennzeichnet hatte, legte er unsere Stellung zur Kirche dar und zeigte, warum wir die Forderung erheben: Trennung der Kirche vom Staate und Befreiung der Schule aus den Fesseln der Kirche. — Wir wollen niemandem, der religiöse Bedürfnisse hat, dieselben entziehen, aber wir verlangen mit Recht, daß jeder selbst die Kosten für die Befriedigung seiner religiösen Bedürfnisse trägt. Wir sind entschieden dagegen, daß das, was die Kirche ihren Gläubigen bietet, aus Staatsmitteln bezahlt werde, wozu doch auch diejenigen beitragen müssen, die mit der Kirche in keiner Beziehung stehen, von ihr nichts wissen wollen und auch keine Ansprüche an sie stellen. Aus diesem Grunde müßten wir natürlich im Abgeordnetenhaus dagegen auftreten, daß der Kirche zu den 23 Millionen, die sie schon aus der Staatskasse erhält, noch weitere 12 1/2 Millionen bewilligt werden. Um das zu begründen, müßte selbstverständlich auf die Stellung der Kirche im Staatswesen und ihre Einwirkung auf das Volk gesprochen werden. Aber das wollte man im Dreiklassenparlament nicht hören. — Anstatt aus den Mitteln der Steuerzahler denen die Gehälter zu erhöhen, die uns lehren, daß wir nicht Schätze sammeln sollen, die der Host frisst, sollte man die Gehälter der Lehrer, der kleinen Beamten

und vor allem der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf-

besern. Solange die Schule von der Kirche beherrscht ist, werden unsere Kinder in Auererei und slavischer Unterwürfigkeit gegenüber himmlischen und irdischen Autoritäten erzogen. Die Befreiung der Schule aus dem Banne der Kirche ist die Voraussetzung für die Erziehung eines unabhängigen, denkenden Geistes. Im künftigen Wettstreit der Nationen werden nicht diejenigen den Vorrang gewinnen, welche über die besten Kanonen verfügen, sondern das intelligenteste, das denkendste, das gebildetste Volk wird an der Spitze der Kultur marschieren.

Wenn wir Gegner der Kirche sind, so sind wir es deshalb, weil sie eine Institution ist, die sich in den Dienst der Herrschenden stellt und in deren Interesse die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes begünstigt. Nicht gegen die Religion wenden wir uns. Wer aufrichtig fromm und religiös ist, der mag es unerschrocken bleiben. Aber die Kirche ist nicht die Stätte, wo wahre Religiosität gepflegt wird, sie ist nicht der Ort, wo man den Geist des Stiefers der christlichen Religion verleiht. Die Lehren des Razarenos, von denen sich die Kirche weit entfernt hat, sind den Armen und Unterdrückten sympathisch und wenden sich gegen die Reichen und Mächtigen. — Der Redner belegte diese Ansicht durch eine Fülle von Zitaten aus der Bibel, meist aus einem der sogenannten apokryphischen Bücher, die in den allgemein verbreiteten Bibelausgaben schon lange nicht mehr zu finden sind.

In dem Sinne wahren Christentums und aufrichtiger Frömmigkeit dürfen die Geistlichen der Landeskirche natürlich nicht lehren, denn sonst würde der Staat sich hüten, zu ihrer Erhaltung auch nur einen Pfennig beizutragen. Von diesen Dingen will auch die Mehrheit des Junkerparlaments nichts hören, aber sie wird es doch noch zu hören bekommen. Wie einst im Reichstage, als unsere Zahl noch klein war, so werden wir jetzt im Dreiklassenparlament behandelt. Die Herren glauben, wenn sie bei unseren Reden lachen, dann haben sie uns widerlegt. Sie vergessen aber, daß man, wie ein altes Sprichwort sagt, am vielen Lachen den Narren erkennt. Wer so handelt wie unsere Gegner, der verkennt die Kraft der Sozialdemokratie, die nicht auf den paar Abgeordneten beruht, sondern auf den Massen, die hinter, neben und mit ihnen stehen. Wenn man unsere Reden im Abgeordnetenhaus nicht hören will, dann appellieren wir an ein höheres Parlament, an das Volk, und wie wir heute sehen, hat dieser Appell Erfolg.

Wer der Kirche innerlich nicht mehr angehört, der soll auch äußerlich mit ihr brechen. Wenn sich erst die Mehrheit des Volkes von der Kirche abgewandt hat, dann zählt der Staat für sie nichts mehr, weil es für ihn keinen Zweck mehr hat. — Am Schluß seiner Rede, die oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, forderte Hoffmann zur Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen und zur weiteren Verbreitung der sozialdemokratischen Presse auf. Wenn die Massen des Volkes hinter ihren Vertretern stehen, wird es gelingen, die Macht des Junkertums und des Kapitalismus zu brechen.

Zur Diskussion meldete sich ein christlich-sozialer Agitator Kluge. Genosse Ernst bezeichnete ihn als einen Mann, der bei unseren Wahlrechtsdemonstrationen auffallend provozierende Reden gehalten hat, weshalb man annehmen könne, daß er hier mit der gleichen Absicht hergekommen sei. Trotzdem solle er das Wort haben, damit er nicht sagen könne, man habe ihn hier nicht hören wollen.

Die Annahme des Genossen Ernst wurde sogleich durch das Auftreten des Herrn Kluge bestätigt. Zur Sache selbst hatte Kluge nichts weiter zu sagen, als daß er — was bei einem Jünger Stöckers selbstverständlich ist — mit dem Vorgehen des Herrn von Kröcher gegen Hoffmann einverstanden ist. Im übrigen erregte Herr Kluge die Versammlung durch allerlei nicht zur Sache gehörige Tiraden. Als er gar anfangen wollte, Geschichten aus dem Leben seines Urgroßvaters zu erzählen, gab ihm die Versammlung unabweisend zu verstehen, daß sie dafür kein Interesse habe. Herr Kluge hatte damit erreicht, das er augenscheinlich beabsichtigte, denn nun konnte er abtreten mit der Bemerkung: „Das ist ja hier ebenso wie

Strassenbilder Altoms eine staunenswerte naturalistische Zurbulenz auf die Seine dringt; hier in guten Anlässen stengelgebliebene Regiekunst noch älterem Konventionellen Zuschnitt.

Doch nun die Darstellung! Da hapert der Vergleich schon ein wenig. Denken wir uns nur mal an Stelle des malerischen Bühnenbildes die primitive dekorative Ausstattung früherer, noch hinter der Weiningerzeit zurückliegender Jahre — ob denn damals schlechter gespielt wurde? Ob nicht doch mehr Konzentration in den Einzelleistungen zu finden war als heute? Troy aller realistischen Fächerfächerchen der Geste und Sprache tollert doch der alte Jambentrab hinein. Troy Wertung von Drehbühne nebst allen erdentlichen Erzeugnissen modernster Bühnentechnik die Weibehaltung steriler Theaterlei.

Adolf Kleins César erschien mit etwas verschwommen, obgleich auch Max Pategg nicht recht über den Theaterdonner hinauskam. Nömerum: — wo blieb es? War es etwa in Caputina (Gertrud Arnold) oder in der Fortia (Charlotte Maria)? In keiner von beiden. Aber wie gesagt: Das Drama erlebt seine lebendwärtige Wiedergeburt als Dekorationsdrama allermodernsten Stils. Schafspeare würde große Augen machen.

Kleines Theater. „Mull“, Sittengemälde in vier Bildern von Franz Wedekind. Das Unvermögen Wedekinds zum Aufbau einer dramatischen gealterten Handlung, einer anschaulichen und intim nuancierenden Charakteristik ist nichts Neues. Seine Anhänger pflegten zu behaupten, daß das gar kein wirklicher Mangel, sondern ein notwendiges Moment seiner spezifisch neuartigen, über den bloßen „Naturalismus“ hinausstrebenden Begabung sei. Freilich wären seine Gestalten keine Individualitäten, freilich schloffen sich die Situationen bei ihm zu keinem fest verbundenen Ganzen zusammen, in dessen eben darin, in dieser Annäherung an Marionettenhafte, primitive offenbare sich zugleich die Tiefe seines Blickes, der Menschen und Dinge so zu sagen in einer Art genialischer Verkürzung schau. Was dem Unkundigen ein Stolpern schein, das sei vielmehr ein stolzer Höhenflug. So wurden zum Teil auch noch die schlechtesten Produktionen des Dichters, dem früher einmal in „Frühlings Erwachen“ gewiß ein kleiner Durs gelangen war, wurden darfstigkeiten, wie „Marquis Keith“ und „Hidalla“ zu höchst bedeutungslosen geistigen Manifestationen aufgedröhelt. Der potenzierten Armut dieses neuesten Erzeugnisses gegenüber dürfte doch wohl der Mut zu einem solchen Unternehmen verfallen. Es ist da keine Spur einer „Idee“, einer „Lebensauffassung“, an welche Auslegungen anknüpfen könnten; der Dialog, der niemals besonders farbigen Reichtum zeigte, zerfällt hier vollends ins Breiige Breite; seine Monotonie wird auch kaum noch durch paradoxe Ausfälle Wedekindischer Signatur durchbrochen. Das wenige, was sich in dieser Hinsicht findet, ist matte Kopie aus seinen früheren Werken.

Das Stück, heißt es, sei gegen eine bestimmte Mächtige Persönlichkeit gerichtet. Davon abgesehen, wird man nach einem Zwecke, einer Aufgabe, die sich der Autor stellte, vergebens suchen. Der Titel bringt auf die Vermutung, Wedekind habe irgend welche Wirkungen der Musik; seelische Zustände, die sie erzeugt oder begünstigt, in einer Darstellung, einem fremden Gefüge widerpiegeln wollen. Aber in Wahrheit denkt er gar nicht daran, in dem von ihm geschilderten Schicksal einer verführten Musikschülerin Beziehungen zu Phantasieerzügen und Stimmungen, die jener Kunst entstammen, aufzuzeigen. Das Drama heißt „Mull“, ganz einfach, weil der schäufte Verfasser, der gebrauchbar werden soll, ein Musiker und die Verführte seine Schülerin ist. Obenotwendig kommt dabei heraus, wenn man das Werk als Tendenzstück betrachtet, das sich gegen den die Verbreitung destruktiven Paragrafen des Gesetzbuches wenden will. Auch dazu wäre immer-

hin dramatische Konzentration notwendig. Die Szenen hätten dann ein starkes menschliches Interesse für das unglückliche Mädchen wecken, hätten die Entfremdung als die entscheidende Schicksalwendung, welche die Rückkehr in geordnete Verhältnisse unmöglich macht, darstellen und die sozialen Hintergründe mindestens andeutungsweise beleuchten müssen. Zu allem sind auch nicht einmal Anlässe vorhanden. Das Fräulein Alara Hügnertwadel bleibt ebenso gleichgültig, als unsympathisch, sie geht nicht durch die Gefängnisstrafe, die ihr auf dem Gnadenwege ja größtenteils erlassen wird, sondern durch den unverantwortlichen Leichtsin, mit dem sie kaum entlassen das Verhältnis zu ihrem widerlich gedehnten, verheirateten Verfasser weiterpinnt, zu Grunde, man kann nur immer wieder über sie die Köpfe zucken. Von einem Ausblick auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge, auf ein Milieu, das hinter dem Einzelscheit stehend, ihm typische Bedeutung aufbringt, ist erst recht nicht die Rede. Als diese Fehlbildung von dem Gatten ihrer Freundin — derselben, deren unermüdlicher Treuehaftigkeit sie die Wegabingung verdankt — zum zweitenmal Mutter führt, scheint sie die Lumpenhaftigkeit des Mannes wie ihre eigene endgültig einzufassen. Sie will fortan nur ihrem Kluge leben! Grund genug dafür, daß das arme Mädchen im letzten Akte stirbt, damit die Mutter aus Verzweiflung wahnhaftig werden kann. Noch etwas dümmere als die Lumpen verhalten sich die anständigen Leute in dem Stücke, Frau Else, die Freundin Alaras und der Literat Franz Lindeluh, eine zweite Ursache des idiotischen Moralseren aus dem Marquis Keith, der entsprechend angeloger wird.

Troy allem gab es energischen Widerspruch. Klein-Rhodon als Musiklehrer, Fiegel als Lindeluh, Max Marx in der Epifodenfigur eines Arztes, legten sich für ihre undankbaren Rollen opferfertig ins Zeug. Sehr gut, so weit es die verchwommenen Unbestimmtheit der Wedekindischen Umritzzeichnung zuließ, war das neue Mitglied Fräulein Somary in der Gestalt der Alara. Et.

Notizen.

— Heijermans Einakter „Brandstifter“ wurde in Köln, wo am Residenz-Theater die Erstaufführung erfolgen sollte, von der Zensur verboten. Grund: Der Zensur hatte das Stück, das vor etwa drei Monaten bei ihm eingereicht war, noch nicht gelesen.

— In Wien ist dieser Tage ein neues nach Johann Strauß benanntes Operntheater eröffnet worden. Ein Choralchor dieses Komponisten und eine vor längerer Zeit neu bearbeitete Operette „Indigo“ wurden als Premiere gegeben.

— Die größte Kasseneinnahme, die die Pariser Große Oper jemals zu verzeichnen gehabt hat, wurde kürzlich mit Richard Wagners „Götterdämmerung“ erzielt. Die Einnahme betrug 23 146 Fr.

— Hans Thoma wird demnächst unter dem Titel „Im Herbst des Lebens“ im Verlag der „Süddeutschen Monatshefte“ ein Buch herausgeben, das Aufsätze, Reden und bisher Ungedrucktes von ihm enthalten wird.

— Die Kunst bei den Buschmännern. Die oft so merkwürdig entwickelte Kunst bei Völkern an niedriger Kulturstufe erregt in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Forscher. Neuerdings hat die Regierung der Orange-Niederkolonie den Ethnologen L. T. Johnson aus Johannesburg beauftragt, Wildbauerarbeiten und Malereien im Gebiete dieser Kolonie, die von Buschmännern herrühren, zu untersuchen und einen eingehenden Bericht über das Resultat seiner Forschungen vorzulegen.

Am Landtage. — Adolf Hoffmann ließ dem Herrn die verdiente Abfertigung zuteil werden. Dann hielt Eugen Ernst eine kurze Ansprache. Er wies auf diese unpopuläre Protestkundgebung gegen die Verwaltung der Redefreiheit im Abgeordnetenhaus hin, forderte zur energischen Fortsetzung unseres Wahlrechtskampfes auf und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Als die Versammlungsbesucher auf die Straße hinaustraten, halle die

Polizei ihre ganze Macht aufgebieten,

um alle Zugänge zum Schloß mit dichten Schutzmännleuten zu sperren. Infolgedessen bewegte sich die ganze ungeheure Menschenmenge nach Norden in der Richtung nach dem Zirkus Busch und dann die Rosenthaler Straße entlang. Hier schwenkten Teile der Masse in die Muladstraße, in die Hermannstraße, in die Weinmeister Straße bis zur Schönhauser Straße. Als sie dann in die Schönhauser Straße in der Richtung nach dem Schönhauser Tor einbogen, wurden sie mit einem Mal von unzähligen Schutzeinheiten empfangen, welche auf Elektrischen, Omnibussen usw. vom Schloß zur Verfolgung des abziehenden Feindes herangeeilt waren. Eine Anzahl Beamte stürzten sich auf die Davongiehenden. Mit Faustschlägen und Fußtritten drangen sie auf die Menschenmenge ein. Passanten, welche mit der Versammlung nicht das geringste zu tun hatten und in die stehende Menschenmenge ganz unversehens hineingekommen waren, wurden von der Polizei geschlagen und gaben ihrem Unwillen über diesen Vorgang Ausdruck. Nach kurzer Zeit kamen auf telephonischem Anruf vom Alexanderplatz etwa 20 Reiter in vollstem Tempo angepörrt, um die Straßen zu säubern. Wir können mit dieser unerwarteten agitatorischen Hilfe der Polizei voll aufzufrieden sein. Was Herrn v. Ardenner nicht gelang, das gelang den „starken Männern“ von der Polizei. Sie trieben manchem ehrsamem Späher gewaltsam die befugliche Zufriedenheit mit unseren Zuständen aus.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

III.

Die Aussperrungen.

Die Zahl der Aussperrungen stieg im Jahre 1907 zu den insgesamst festgestellten Kämpfen in fast dem gleichen prozentualen Verhältnis wie 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kämpfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 323 Aussperrungen gegen 421 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,3 Proz. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900—1907 entwickelt hat, darüber gibt nachfolgende Aufstellung Aufschluß.

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	Davon waren Aussperrungen	Von 100 Arbeitskämpfen waren Aussperrungen
1900	832	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1
1907	2792	323	11,5

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Aussperrungen 93 356 Personen betroffen wurden, erstreckten sich 1907 die Aussperrungen auf 104 738 Personen. Trotz der Abnahme der Aussperrungen hat sich die Zahl der Aussperrten um 11 382 vermehrt. Im Jahre 1906 entfielen auf jede Aussperrung im Durchschnitt 223 Beteiligte, 1907 dagegen 324. An den Aussperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Aussperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 149 Aussperrungen mit 64 644 daran Beteiligten zu bestehen. Für 103 593 der Aussperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2 374 772 Tage, der Ausfall an Verdienst 1 173 886 M. Die Gesamtausgabe für die Durchführung der Aussperrungen belief sich auf 6 147 070 M. (1906: 5 315 079 M.), das sind 49,7 Proz. der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Aussperrten entfiel durchschnittlich eine Unterhaltungssumme von 58,60 M. (1906: 56,90 M.), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 43,90 M. beträgt.

Wie im Vorjahre, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern, sowohl absolut wie prozentual, die größte Zahl an Aussperrungen verhängt worden, nicht im Verlauf eines Angriffs- oder Abwehrstreiks, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Verhalten zeigt so recht das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Zahl dieser Aussperrungen betrug 113 = 35 Proz. der gesamten Aussperrungen. An diesen Aussperrungen waren beteiligt 43 185 Personen = 41,2 Proz. der Beteiligten insgesamt. In 41 Fällen verhängten die Unternehmer, Angriffsstreiks der Arbeiter durch Aussperrungen zu entkräften, und wurden von diesen Aussperrungen 26 022 Personen betroffen. In 13 Fällen, woran 10 574 Personen beteiligt waren, wurde zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen, um Arbeiter, die wegen Abwehr von Personenschleuderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Arbeitsniederlegung übergegangen waren, zur Aufgabe ihres Widerstandes zu zwingen. Dem Koalitionsstreik nachteiligsten 35 Aussperrungen dienen, wovon 2122 Personen betroffen wurden, und wegen Feiern am 1. Mai wurden 25 Aussperrungen verhängt, die 3026 Personen in Mitleidenschaft zogen.

Von den gesamten Aussperrungen endeten für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 = 31,2 Proz., an diesem Erfolg beteiligt waren 19 227 Personen = 18,4 Proz.; 109 Aussperrungen = 33,9 Proz. mit 46 196 Beteiligten = 44,1 Proz. konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900—1907 fanden 1828 Aussperrungen statt, von denen insgesamt 449 187 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die gesamten Aussperrungen verursachten eine Ausgabe von 20 516 948 M., das sind 37,4 Proz. der seit dem Jahre 1900 gemachten Ausgaben für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Seitens der Unternehmer wird die alljährlich wiederkehrende rücksichtslose Protzlosmachung von Lawenden von Arbeitern durch das Mittel der Aussperrung als ein Korrelat gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht angesehen und in diesem Sinne verteidigt. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, welches so häufig — bei passender und unpassender Gelegenheit — sein „Böhlwollen“ für die Arbeiter glaubt hervorheben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgendwelchen Arbeitskonflikten gar nicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, welche bei einem Arbeitskämpfe gerade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschließt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind.

Soweit steht jedoch fest: Die nun schon jahrelang betriebene Aussperrungsmethode des Unternehmertums zur Niederdrückung der Arbeiter und Zertrümmerung ihrer Organisationen hat ihren

Zweck vollständig verfehlt. Das Pflaß dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterkraft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterkampf im allgemeinen ist durch das Mittel der Aussperrungen in ihrem Aufwärtstreben kein Anbruch geschehen und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zertrümmern oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die Aussperrungen das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt haben. Das völlige Versagen des Mittels der Aussperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nunmehr selbst dem aussperrungswütigen Unternehmertum klar zu werden. Die durch geheucheltet Böhlwollen für das „Böhlwollen der Arbeiter“ und durch „sanfte Einwirkung“ auf abhängige oder willenslose Arbeiter seitens der Unternehmer zusammengebrachte gelbe Schutztruppe soll nun anscheinend das begreifen, was man von den Aussperrungen vergeblich erhoffte. Einle Hoffnung! — Auch dieser Wahn wird verrinnen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Entwicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung.

Aus der Partei.

Der Bezirks-Parteitag für das östliche Westfalen und die lippsischen Fürstentümer

Der Bezirks-Parteitag für das östliche Westfalen und die lippsischen Fürstentümer wurde am Sonntag, den 1. November, in Herford abgehalten. Der Bezirk umfaßt die Reichstagswahlkreise Zecklenburg-Stirnfurt-Haus, Münster-Goesfeld, Lüdinghausen-Deikum-Warendorf, Minden-Lübbecke, Herford-Dalle, Bielefeld-Wiedenbrück, Waderborn-Büren, Bortburg-Höxter, Lippsstadt-Brilon, Schaumburg-Lippe, Lippe und Lippen-Weppen-Hümeling. Eine feste Kreisorganisation haben von diesen zwölf Wahlkreisen sieben, während in fünf nur erst wenige Genossen regelmäßige Beiträge zahlen. Die Zahl der Mitglieder betrug insgesamt am 1. Juli d. J. 6099 gegen 5451 am 1. Juli des Vorjahres, mithin Zunahme 1248, gleich 23 Proz. Von den Mitgliedern entfielen allerdings auf die Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück 4148, Herford-Dalle 783, Minden-Lübbecke 564, Lippe 478, so daß auf die übrigen acht Wahlkreise nur insgesamt 781 Mitglieder kommen. Immerhin läßt die Mitgliederzahl erkennen, daß trotz der herrschenden Krise die politischen Organisationen nicht wie früher einen Rückschlag erlitten, sondern vielmehr noch gute Fortschritte gemacht haben. Ein Beweis der wachsenden Erkenntnis von der Notwendigkeit auch der politischen Organisation.

Der Kassendirektor des Agitationskomitees weist inklusive des Aufschusses von 2000 M. vom Parteivorstand an Einnahme auf 9088,24 M., an Ausgabe 2754,56 M. Die Wahlkreise hatten insgesamt an Einnahmen zu verzeichnen 27 711,87 M., an Ausgaben 18 403,11 M.

Die Zahl der Abonnenten der „Volkswacht“ in Bielefeld, des Parteiorgans für diesen Bezirk, blieb fast gleich; sie betrug nicht ganz 18 000, davon im Kreise Bielefeld über 8500. Der Geschäftserfolg ist günstiger als im Vorjahre.

Sozialdemokratische Kommunalvertreter wurden 70 gezählt, gegen 44 im Vorjahre; davon im Kreise Bielefeld-Wiedenbrück 39, Lippe 12, Herford-Dalle 8, Schaumburg-Lippe 4, Minden-Lübbecke 6 und Zecklenburg-Stirnfurt-Haus 1.

82 Orte waren durch 158 Delegierte auf dem Parteitage vertreten. Vom Parteivorstand war Genosse Alwin Gerich delegiert. Dazu kamen das Agitationskomitee und die Vertreter der „Volkswacht“, so daß im ganzen 197 stimmberechtigte Genossen, darunter 3 Genossinnen anwesend waren. Um die Agitation energischer zu betreiben, wurde das Agitationskomitee um 2 auf 7 Genossen verstärkt. Agitationsversammlungen sollen in nächster Zeit im ganzen Bezirk veranstaltet werden. Das Organisationsstatut erfuh einige Änderungen, so wurde die Zahl der Delegierten auf 125 nach der derzeitigen Mitgliederzahl beschränkt.

Ueber die Reichsfinanzreform referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Severing, dabei auch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ über die bekannten Äußerungen Wilhelms II. und das Demissionsgesuch Wlows scharf kennzeichnend. Nach einstimmiger Annahme einer Protestresolution gegen die geplante Steuer auf die Konsumvereine wurde dann der Parteitag geschlossen.

Aus der englischen Arbeiterpartei.

London, 31. Oktober. (Eig. Ber.) Der definitive Anschluß der Bergarbeiterabgeordneten an die Arbeiterfraktion soll erst nach den nächsten parlamentarischen Wahlen vollzogen werden. Diese Maßregel ist insofern gerechtfertigt, als die gegenwärtige Parlamentvertretung der Bergleute mit liberaler Hilfe gewährt wurde. Bei den nächsten Wahlen werden die Kandidaten der Bergleute als Arbeiter- oder sozialistische Kandidaten auftreten.

Die Differenzen im „Volkswacht für Halle a. S.“, so berichtet man uns unterm 31. Oktober, führten dahin, daß an Stelle der ausstehenden Redakteure, Genossen Däumig, Fröhlich und Zieles, die Redakteure, Genossen Hennig-Erlurt, Soc-Verlin-Stegly und Rieduhr-Harburg in einer heute tagenden Funktionserhebung gewählt wurden. Der Stellenwechsel soll am 1. Januar vor sich gehen.

Soziales.

Arbeiterlos in Staatsbetrieben.

Wie der Staat für seine alten Arbeiter sorgt, dafür können wir folgendes Beispiel aus Ostpreußen anführen: Weil die Arbeit knapp wurde, entließ die königliche Hafensbauverwaltung einen Arbeiter aus Hr. Heydekrug, der 35 Jahre bei ihr gearbeitet hatte. Andere Arbeiter, deren Arbeitskraft der Staat ebenfalls jahrzehntelang ausgenutzt hat, befürchten täglich, daß auch sie aufs Pflaster gesetzt werden. Gerade Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe sein. Die Praxis, sich auf solch bequeme Art des Arbeiters zu entledigen, der lange Jahre hindurch dem Staate für geringen Lohn gearbeitet hat, ohne sich darum zu kümmern, was der arme mit seiner Familie nun beginnt, muß entschieden verurteilt werden. Gleich einer ausgepreßten Zitrone wird der alte Arbeiter aber heutzutage beiseite geworfen, wenn der Saft aus ihm herausgepreßt ist.

Die Arbeiter in den Thomasschlammuhlen.

Die heftigen Lungenentzündungen, von denen die in Thomasschlammuhlen beschäftigten Arbeiter vielfach befallen werden und die nicht selten tödlich verlaufen, haben schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten auf sich gezogen und zum Erlaß der Bekanntmachung des Bundesrates vom 29. April 1899 geführt, über Einrichtung und Betrieb der gewerblichen Anlagen, in denen Thomasschlamm gemahlen und Thomasschlamm gelagert wird. Da der feine ähnde Staub, der beim Mahlen der Schlamm und beim Transportieren und Umlagern des Thomasschlammes sich mit der Luft des Arbeitsraumes vermischt, die Hauptursache der bei diesen Arbeitern vorkommenden Lungenentzündungen ist, so sind die Bestimmungen dieser Bekanntmachung hauptsächlich auf Vermeidung resp. Verminderung des beim Mahlen usw. entstehenden Staubes gerichtet. Freilich werden sie oft recht schlecht beachtet. So teilt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Arnberg in seinem Berichte für 1906 mit, daß in einem Werke die Staubammer derartig unrichtig war, daß die ganze Wolke von Staub entwichen. Auch in anderen Werken sei die Staubabfuhrung höchst mangelhaft befunden worden. Dabei ist die Verordnung schon über 9 Jahre in Kraft. Aber jedes Jahr müssen ähnliche Ungeheuerlichkeiten festgesetzt werden. Doch selbst wenn die Bestimmungen gewissenhaft befolgt wurden, erwiesen sie sich als ganz ungenügend zur Herabminderung der Erkrankungen und speziell der Lungenentzündungen, denn diese haben trotzdem im allgemeinen noch weiter zugenommen, ein Beweis, daß, solange man bei dem Trodenmahlen verbleibt, bei dem immer Staub entsteht, der in die Luft der Arbeitsräume

bringt, die Erkrankungen nicht ab-, sondern eher noch zunehmen. So erhöhte sich in einer Thomasschlammühle des Aufsichtsbereichs Düsseldorf, deren Arbeiterzahl in den fünf Jahren von 1902—1907 von 95 auf 162 also um 70 Proz. stieg, in dieser Zeit die Zahl der Erkrankungen von 100 mit 1273 Krankentagen auf 214 mit 2705 Krankentagen also um 99 Proz. resp. 113 Proz. Dabei stieg die Zahl der Erkrankungen der Atmungsorgane allein in dieser Zeit von 37 mit 526 Krankentagen auf 87 mit 1323 Krankentagen, also um 135 Proz. resp. 151 Proz. Hier war 1903 ein Arbeiter infolge von Lungenentzündung gestorben, 1907 aber 3 ein.

Es wurde daher als sehr erfreulich begrüßt, als der Aufsichtsbeamte des Bezirks Ruhrort in seinem Berichte über das Jahr 1906 Seite 387 mitteilen konnte: „Die Schlammühle in Ruhrort beschäftigt noch im Jahre 1906 das Verfahren von Rathesius zur Ausführung zu bringen. Nach diesem Verfahren wird die Thomasschlamm in geschlossenen Gefäßen ein bis zwei Stunden lang einem Druck von 10 bis 12 Atmosphären ausgesetzt und hierdurch aufgeschlossen. Staubentwicklung tritt hierbei nicht auf. Die in Ruhrort angestellten Versuche haben ergeben, daß die Frage der Darstellung von Thomasschlamm im Prinzip als gelöst betrachtet werden kann. Es handelt sich nur noch um eine zweckmäßige konstruktive Durchbildung der Aufschlußgefäße, da bei dem Verfahren die Hauptstaubquelle, die Mühle, ganz ausgeschaltet wird, so könnte seine Durchführung nur mit Freuden begrüßt werden.“ Man war gespannt, wie erheblich die Abnahme der Erkrankungen bei dem neuen Verfahren sein würde. Aber der Bericht der Aufsichtsbeamten für 1906 sagt Seite 463 statt dessen kurz: „Von der Einführung des im vorigen Jahresberichte erwähnten Verfahrens von Rathesius hat die rheinische Schlammühle vorläufig Abstand genommen, da eine Verlegung der Mühle und ein Wiederaufbau an anderer Stelle geplant wird.“ Dabei ist die Zahl der Erkrankungen sowohl im allgemeinen wie speziell die der Atmungsorgane in diesem Jahre zwar in den zwei kleineren Schlammuhlen des Bezirks etwas zurückgegangen, aber in der dritten größeren ist sie noch erheblich gestiegen. Im folgenden Jahresberichte für 1907 wird das erst mit Freuden begrüßte neue Verfahren ohne Staub gar nicht mehr erwähnt! Die Kosten eines Neubaus werden wohl für diese dritte Mühle zu groß gewesen sein. Es heißt nun Seite 432 des Berichtes, daß die Zahl der Todesfälle in den Schlammuhlen gegen das Vorjahr leider erheblich, nämlich von 8 auf 17 gestiegen ist, wovon 10 auf die dritte Mühle allein kommen. Ein Teil der Schuld an der Vermehrung der Todesfälle sei auf die ungenügende Bitterung des Frühjahres zurückzuführen. „Aber ein weiterer Grund“, heißt es dann, „dürfte in dem starken Arbeiterwechsel zu finden sein, durch den immer wieder neue und zum Teil ungenügende Leute in die Mühle kommen. So arbeiteten 6 von den Verstorbenen nur kurze Zeit, einer nur 5 Tage dort. Dabei sollen die Arbeiter vor ihrem Eintritt in diese Mühlen und dann jeden Monat erst von einem Arzte untersucht und die ungeeignet befundenen zurückgewiesen resp. sofort entlassen werden.“

Aber damit nehmen es manche Müller nicht so genau. So berichtet der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Siedlich-Straßfurt in seinem Berichte für 1907 Seite 111: „Gegen den Betriebsleiter einer Thomasschlammühle wurde wegen Hebertretung der Bestimmungen des § 16 der Bekanntmachung vom 25. April 1900 ein Strafverfahren anhängig gemacht, da er zwei Arbeiter eingekerkert hatte, obwohl sie nach Bescheinigung des Arztes an dauernder Erkrankung der Atmungsorgane litten.“ Und aus dem Bezirk Trier wird ebenfalls aus dem Jahre 1907 von dem Arbeiter einer Schlammühle berichtet, daß er noch längere Zeit zur Arbeit zugelassen worden sei, obwohl seine Lunge schon schwer krank war, und der bald darauf gestorben ist.

Aber nicht nur beim Mahlen der Schlamm, sondern auch bei dem Verpacken und Verschicken des fertigen Mehles wird oft mit straflicher Sorglosigkeit verfahren. So teilt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Danzig mit, daß, als im Hafen von Danzig ein Schiff, das Thomasschlamm geladen hatte, entladen wurde, das Schiff in eine dicke Staubwolke gehüllt war, und als die im Hafenspeicher gelagerten Säcke befüllt wurden, ergab sich, daß sie in keinem Falle die in § 9 der Bundesratsbekanntmachung vom 25. April 1899 vorgeschriebene Beschaffenheit und Dichtigkeit hatten. Sie waren teils zu leicht und plachten in den Stapeln, teils zu weitmaschig gewebt, so daß sie ungenügend durchlässig für den feinen Staub waren. Da solche Ausladearbeiten immer eine ganze Reihe von Tagen dauern, so kann die damit verknüpfte starke Staubentwicklung sehr wohl eine schlimme Einwirkung auf die Atmungsorgane der Arbeiter haben und es sollte allgemein strenger auf den Zustand der Säcke und die Art und Weise ihres Ein- und Ausladens geachtet werden. Auch in Danzig haben noch in 10 anderen Aufsichtsbereichen im ganzen 30 Revisionen von Thomasschlammuhlen 1907 stattgefunden, aber außer dem Danziger hat kein Aufsichtsbeamter die Beschaffenheit der Säcke moniert und doch ist kaum anzunehmen, daß nur in Danzig schlechte Säcke vorhanden waren, da sie von einer rheinischen Schlammühle verhandelt waren, die noch an eine Reihe anderer Schlammuhlen Schlamm verschickt. So haben nicht nur die Schlammuhlenarbeiter von dem ähnden Staube zu leiden, sondern auch die damit beschäftigten Transport- und Landarbeiter. Man scheut sich der Kosten wegen vor der Einrichtung eines Betriebes, bei dem Staubentwicklung ausgeschlossen ist, und man scheut sich vor Verwendung dichter und fester Säcke, weil sie teurer wie weitmächtige sind. Ueberall scheut man größere Kosten mehr als Gesundheitsgefährdung der Arbeiter. Was mühen da die zweckmäßigsten Erfindungen, wenn die Unternehmer auf Grund ihrer Konzeptionen bei ihren alten gesundheitsgefährlichen Betrieben bleiben können!

Bayerische Bauarbeiter.

Die wirtschaftliche Krise machte sich an vielen Orten Deutschlands zuerst im Baugewerbe bemerkbar. Der soeben erschienene Bericht der Bayerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft erklärt dies in der Abnahme der verordneten Betriebe. Während im Jahre 1906 noch 13 545 Baubetriebe verordnet waren, ist diese Zahl auf 13 427 im Jahre 1907 gesunken. Leider verschweigt der an sich sehr dürftige Bericht die Veränderung in der Zahl der Bauarbeiter Bayerns. Es wird nur angeführt, daß bei einer Annahme von 300 Arbeitstagen pro Jahr im Berichtsjahre 75 274 Arbeiter, bei einer Annahme von 290 Arbeitstagen dagegen 102 605 Bauarbeiter in Bayern beschäftigt waren.

Im Jahre 1907 sind der Berufsvereinsgenossenschaft insgesamt 5853 Anfälle, gegen 5191 im Jahre 1906 gemeldet worden. Dieron betreffen: 61 Todesfälle, 996 Verletzungen mit einer über 13 Wochen dauernden Erwerbsunfähigkeit und 4796 Verletzungen mit einer vorübergehlichen unter 13 Wochen dauernden Erwerbsunfähigkeit.

Seit Errichtung der Berufsvereinsgenossenschaft 1885 sind bei derselben zur Anzeige gelangt 91 601 Anfälle, hierbon 1994 Todesfälle; weiter 20 235 Anfälle mit über 13 Wochen andauernder Erwerbsunfähigkeit und 69 372 Anfälle unter 13 Wochen Arbeitsunfähigkeit. Von den im Jahre 1907 gemeldeten 5853 Anfällen sind nur 1149 Fälle entschädigt worden. Diese betrafen: in 1103 Fällen erwachsene männliche Arbeiter, in 20 Fällen erwachsene weibliche Arbeiterinnen und in 21 Fällen jugendliche männliche Arbeiter.

Ueber die Ursachen, Veranlassung und Art der Verletzungen enthält der Bericht kein Wort. Ueberhaupt ist der Text sehr spärlich, nur nackte Zahlen. Auch über die Zahl und das Resultat der eingeleiteten Verurteilungen und Klagen wird keine Silbe angeführt. Aus der Abrechnung ist auch nur zu ersehen, daß die Berufsvereinsgenossenschaft im Berichtsjahre 45 000 M. für Ueberwachung der Betriebe verausgabte. Welchen Wert diese Ueberwachung hatte, welche Mängel vorgefunden oder abgestellt werden mußten, darüber kein Wort im Bericht. Die Bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft kann nicht stolz auf diesen Bericht sein. Oder sieht sie voraus, daß die Bauunternehmer denselben doch nicht lesen?

Aus Industrie und Handel.

12 Proz. Dividende und was gewünscht wird.

Die Generalversammlung der deutsch-österreichischen Mannesmannröhrenwerke in Düsseldorf beschloß die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. Mitgeteilt wurde, die Gesellschaft werde voraussichtlich in der Lage sein, gegebenenfalls die Ausdehnung ihrer Werke in Italien und in Österreich, welche letztere als besondere Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgegründet worden sind, aus eigenen Mitteln ohne Finanzoperation vorzunehmen. Die Arbeitslöhne hätten sich etwas verringert, doch könne von einem Ueberangebot von Arbeitern, das allein eine sichtbare Reduktion in den Löhnen herbeiführen könnte, nicht die Rede sein. Aber bei 12 Proz. Dividende haben die Herrschaften den lebhaften Wunsch, eine „sichtbare Reduktion“ der Löhne vorzunehmen!

Finanzielle Ergebnisse in der Montanindustrie.

Das finanzielle Ergebnis der großen Unternehmen in der Eisen- und Kohlenindustrie kann als ein durchaus gutes bezeichnet werden. Nicht nur konnten hohe Dividenden ausgeschüttet werden, es war auch möglich, sehr hohe Abschreibungen vorzunehmen, wodurch naturgemäß der innere Wert der Unternehmen stark beleuchtet wird. Nachfolgend geben wir eine Zusammenfassung der Ergebnisse von vier großen Gesellschaften in den letzten sechs Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den „Schönig“ der „Hörder Verein“ und der „Nordstern“ aufgegangen sind, daher die abnorme Erhöhung der absoluten Zahlen im Jahre 1906/07. Es wurden erzielt:

Jahr	Aktienkapital in Mill. M.	Reingewinn M.	Abschreibg. M.	Divid. Proz.
1902/03	25,3	2 054 500	1 550 503	7
1903/04	25,3	6 585 505	6 992 142	10
1904/05	27,0	8 642 657	8 500 000	11
1905/06	30,0	3 540 562	2 827 746	8
1906/07	142,2	15 829 524	14 000 481	—
1903/04	25,3	3 818 657	1 140 359	10
1904/05	27,0	7 280 870	6 050 867	11
1905/06	27,0	8 569 585	8 605 920	11
1906/07	35,0	3 322 242	2 804 816	8
1904/05	25,3	3 541 558	1 831 787	12
1905/06	27,0	6 851 444	7 077 884	9
1906/07	27,0	3 089 545	4 524 293	10
1907/08	35,0	4 463 448	2 699 249	10
1905/06	25,3	4 375 051	1 122 778	15
1906/07	27,0	8 649 326	8 422 980	11
1907/08	27,0	4 084 098	4 201 158	12
1908/09	35,0	6 449 749	2 808 165	15
1906/07	159,2	23 550 124	18 550 029	—
1907/08	25,3	4 856 701	1 150 681	16 1/2
1908/09	27,0	9 449 559	9 281 142	12
1909/10	27,0	4 241 619	4 711 608	12
1910/11	100,0	17 908 039	9 601 583	17
1907/08	224,4	36 450 918	24 751 014	—
1908/09	25,3	4 438 500	1 328 680	15
1909/10	27,0	8 685 007	11 469 969	11
1910/11	27,0	4 105 711	4 707 691	10
1911/12	100,0	14 989 367	12 092 018	11
1912/13	238,4	32 216 555	29 596 894	—

Bemerkenswert sei zu den Angaben noch, daß neben der Steigerung des Aktienkapitals auch die Obligationen enorm angewachsen sind; für die vier Gesellschaften zusammen von 26 665 000 M. im Jahre 1902/03 auf 88 950 000 M. im letzten Jahre. In der gleichen Zeit ging der Betriebsergebnis von rund 35 Mill. Mark auf 70 Mill. Mark, während das Aktienkapital von 142,2 Mill. Mark auf 333,4 Mill. Mark anwuchs.

Berechnet man Reingewinn und Abschreibungen prozentual nach dem Aktienkapital, dann ergeben sich für die vier Gesellschaften folgende Resultate:

Jahr	Reingewinn 11,13 Proz.	Abschreibungen 10,27 Proz.
1902/03	11,13	10,27
1903/04	11,85	9,28
1904/05	12,19	10,82
1905/06	14,79	10,40
1906/07	16,24	11,04
1907/08	13,80	12,68

Für das letzte Jahr ist zwar der Reingewinn um 2,44 Proz. gefallen, dafür sind die Abschreibungen um 1,64 Proz. höher vorzugehen.

Aus der Frauenbewegung.

Ungleicher Lohn.

Das Statistische Amt der Stadt München hat über die dortigen gewerblichen Lohnverhältnisse eine Erhebung veranstaltet. Dem in „Reichsarbeitersblatt“ mitgeteilten Ergebnisse entnehmen wir über die Frauenarbeit diese Angaben:

Frauenarbeit spielt in München eine wichtige Rolle im Papier-, im Gummi- und in der Maschinenindustrie, in den Färbereien, Webereien und Erzeugnissegewerben und in den Gewerbebetrieben, Bekleidungs- und Reinigungs-, graphische Industrie. In den anderen Gewerben tritt Frauenarbeit zurück; Männerarbeit herrscht durchaus vor in der Metall- und Maschinenindustrie. Angefallen waren in den Münchener Gewerben im Jahre 1904 über 17 000 Frauen tätig, welche Zahl nach dem Bericht noch jetzt zu treffen dürfte. Angaben liegen jedoch nur für einen kleinen Teil vor: nämlich Mindest-, Durchschnitts- und Höchstangaben zugleich für die Woche bei 3529, für das Jahr bei 3088 Arbeiterinnen. Hierbei sind aus prinzipiellen Gründen infolge der eigenartigen Verhältnisse (Naturallohn und Trinkgeld spielen bei den Kellnerinnen und so weiter eine wichtige Rolle) die 5000 Arbeiterinnen des Webereibergungs- und Erzeugnissegewerbes nicht einbezogen; die Darstellung der Verhältnisse im Kellnerinnenberuf ist einer besonderen Arbeit vorbehalten.

Aus den beigegebenen statistischen Tabellen ist zu entnehmen, daß bei 7,9 Proz. der Arbeiterinnen der durchschnittliche Wochenlohn unter 10 M. bleibt, bei 55,9 Proz. unter 12,5 M., bei 80,7 Proz. unter 15 M., bei 98,7 Proz. unter 17,5 M. und nur bei 1,3 Proz. über diesen Satz hinausgeht. Zu den Ergebnissen wird bemerkt:

Die Durchschnittslöhne für Frauen liegen zwischen 7,50 und 17,50 M. wöchentlich und 400—800 M. jährlich. Werden diese Sätze den für die Männerarbeit ermittelten Einkommen gegenüber gestellt, so finden sich in den Klassen unter 10—15 M. bezw. unter 500—750 M. lediglich Lehrlinge und einige ungelernete Anfangsarbeiter. Hiervon ergibt sich, daß in München die gewerbliche Frauenarbeit hinsichtlich der Löhne den untersten Stufen der Männerarbeit am nächsten gleichsteht. Nur wenige Berufs- (Schuh-, Stickerinnen, einzelne Damenkleidermacherinnen, Vorarbeiterinnen der Dampfwäscherei) ragen hierüber hinaus; hier finden sich Jahres-einkommen von über 700 bis zu 1250 M. Den höchsten Lohn (monatlich 90 M., jährlich sogar 1400 M.) erhielten „Gastwirtschaftsköchinnen erster Klasse“.

Es wird dann auch versucht, Erklärungen für die großen Unterschiede bei der Bezahlung der männlichen und weiblichen Arbeitskraft zu geben. Man liest da:

„Diese Unterschiede in der Entlohnung von Frauen- und Männerarbeit hängen, abgesehen von den geringeren Bedürfnissen

der Frau, mit der Art der geleisteten Arbeit zusammen. Für München ergibt sich nämlich im allgemeinen, daß Frauen regelmäßig nur einfache, mehr mechanische Arbeiten verrichten und selten zu qualifizierter Arbeit aufsteigen. Aus dem Münchener Material erhellt, daß Frauen meistens in ganz bestimmte, durch Herkommen eng begrenzte Berufe eintreten, aus denen in der Regel kein Weg zu höherer und besser gelohnter Arbeit in der Industrie führt. . . .“

Der Verfasser muß den Einwand der Qualität als Lohnregulator aber schließlich doch selbst auf ein bescheideneres Maß zurückführen. Er macht diese Feststellung:

„Nur in wenigen Gewerben nimmt die Frau Stellen ein, die auch Männerarbeit kennen; so in der Maschinenindustrie. Aber auch hier, wo die Arbeitsleistung für beide Geschlechter annähernd gleich ist, ist der Verdienst der Männer höher. Es verdienen: Pöbster 706,5—1475 M., Pöbsterinnen 442,5—737 M., Polierer 442,5—1150 M., Poliererinnen 295,5—526 M.“

Die Sache ist die: Tatsächlich wird die weibliche Arbeitskraft schlechter bezahlt als die männliche, weil man gewöhnt ist, daß die Frauen im Hause unbezahlte Arbeit verrichten und die Uebertragung dieses Zustandes auf das gewerbliche Leben dem Unternehmer durch die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse leicht gemacht ist. Die Begriffsbestimmung über die Qualität der männlichen und weiblichen Arbeitsleistungen ist mehr subjektiver als objektiver Natur, sie ist bestimmt durch die historische gewordene Stellung der Frau als die wirtschaftlich und sozial vom Manne abhängige Dienerin.

Keine Gegenliebe.

Fräulein M. Vishnewska, die Gründerin der „liberalen Frauenpartei“, hat bei ihrem hartnäckigen Liebeswerben um die Gattin des Blochfreisinnigen von neuem ein tragisches Fiasko erlitten. Das Schauspiel, das der unfehligen Komik nicht entbehrt, trug sich kürzlich in einer Verammlung des freisinnigen Jugendvereins „Eugen Richter“ zu, in dem die Genannte einen Vortrag über „Die Frau und die Politik“ hielt. In launigen Worten verlor sie zuerst dem freisinnigen das Gewissen zu rühren, weil er den Forderungen der bürgerlichen Frauen gegenüber gar so zurückhaltend sei. Dann strich sie die Vorgesänge und Leistungen ihrer Richtung innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung heraus und produzierte nebenher eine solche Fülle von bloßliberaler Gesinnungslosigkeit, von grotesker Schwärmerei für die Grobheiten des Liberalismus, besonders auf dem Gebiete des Reichstagsgesetzes, daß die spröde Unweiblichkeit des so stürmisch umworbenen Freisinnigen wirklich nicht recht begreiflich erscheint. Fräulein Vishnewska fühlte sich ganz ein Herz und eine Seele mit ihm. Die Mundtochterung der Polen durch den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes fand ausdrücklich ihre Billigung und mit vollem Naden blies sie das Lob der Mädchenschulreform, die bekanntlich nur den höheren Töchtern zugute kommt. Ihr Heer- und Flottenrüstungsenthusiasmus konnte auch nicht gut überboten werden — und doch war alles vergebens. Die beiden liberalen Parteiführerinnen gaben ihr und ihrem Anhang nach Raumanschlichem Plauder zu verstehen, daß die Frauen sich damit begnügen müßten, die Gleichberechtigung in der — Familie zu erringen. Ihre Hoffnungen auf Unterstützung durch den Liberalismus im Kampfe um das Frauenstimmrecht waren vergeblich.

Diese Absage war so deutlich, daß selbst Fräulein Vishnewska — wie ihr Schlußwort befandete — momentan an ihrer alten Liebe irre geworden zu sein scheint, was sie aber nicht hindern wird, bei nächster Gelegenheit einer neuen Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt zu machen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Baumgartenweg. Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Käding, Baumgartenstraße: Öffentliche Versammlung. Vortrag über „Frauenkrankheiten“. Referent: Dr. med. Alfred Bernheim.

Gerichts-Zeitung.

Verbrechen von Kindern an Kindern.

Mannheim, den 31. Oktober 1908. Die Chronik der Verbrechen an Kindern ist durch gerichtliche Verhandlungen der letzten Tage um zwei besonders trasse Fälle vermehrt worden. — Vor der hiesigen Strafkammer stand der 16jährige Schlosserlehrling Philipp Rosowieser aus Gärstadt unter der Anklage, das dreijährige Kind des Klempners Fischer, den kleinen Georg Fischer aus Lustmordmotive getötet zu haben. Am 14. Mai d. J. spielten einige Kinder in der Nähe des kleinen Ortes Wircenau. Der Angeklagte entfernte einen größeren Knaben, den er nach Wurf Schilde und verschleppte den kleinen Fischer nach einem Tannendickicht, wo er das Kind durch Zusammenziehen des Halses erst erdrosselte und dann die Leiche verstümmelte. Nach der scheinlichen Tat nahm er einen Dienst an und legte keinerlei aufgeregtes Wesen an den Tag. Er wurde aber doch nach einigen Tagen auf Grund verschiedener Verdachtsmomente verhaftet und gestand die Tat auch bald ein. Da man annahm, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben, wurde er einige Zeit in der Irrenklinik zu Heidelberg beobachtet. Es ergab sich, daß aber von Geistesgeistes im Sinne eines Strafschließungsgrundes nicht die Rede sein könne. Der Gerichtshof beschloß jedoch mit Rücksicht darauf, daß auch die sexuellen Motive des Verbrechens erörtert werden müßten, den vollständigen Ausschluß der Öffentlichkeit, die erst bei der Verhandlung des Urteils wieder hergestellt wurde. Dieses lautete auf dreizehn Jahre Gefängnis ohne Einrechnung der Untersuchungsfrist. Strafmildernd kam die Jugend des Angeklagten, seine geistige Minderwertigkeit und die Tatsache in Betracht, daß er zur Zeit der Begehung der Tat nicht ganz nüchtern gewesen sei.

Altona, den 31. Oktober 1908. Ein dem Mannheimer in gewissen Beziehungen ähnlicher Fall kam vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Angeklagt war hier der 15 1/2 Jahre alte Arbeitsbursche Ernst Daniels aus Altona, der beschuldigt wurde, an dem neunjährigen Schüler Wilhelm Schillingen aus Hamburg einen Rorderschlag unternommen zu haben. Der Angeklagte traf sein Opfer am 8. Mai auf einem zwischen Hamburg und Altona gelegenen Laubengründe und veranlaßte den Knaben unter dem Vorwande, er solle ihm helfen, Plumentöpfe in die Stadt zu tragen, in eine Laube zu folgen. Er sah hier in die Tasche, als ob er den Laubenschlüssel herauszuholen wollte, ergriff aber in Wirklichkeit ein Messer, mit dem er auf den Knaben einschlug. Dieser, der 7 Striche erhielt, schrie um Hilfe, worauf der Angeklagte die Flucht ergriff. Auch in diesem Falle wurde der Angeklagte bald ergriffen, und zwar diesmal durch die Anzeige seines eigenen Schwagers, der die Personalbeschreibung des Täters in der Zeitung gelesen hatte. Ueber die Motive der Tat konnte die Verhandlung keine Aufschlüsse erbringen. Der Angeklagte selbst befandete, daß er die Tat aus Neid gegen den harmlos spielenden Jungen verübt habe. Ein mehrwöchentliches Aufenthalt des Angeklagten in der psychiatischen Klinik zu Kiel konnte keine Beweise dafür erbringen, daß der Angeklagte unter dem Einfluß einer geistigen Störung gehandelt habe. In der Verhandlung erklärte denn auch ein Sachverständiger, daß von straf-ausschließender Geistesstörung keine Anzeichen vorhanden seien. Höchstens könne es sich um Störungen des seelischen Gleichgewichts handeln, wie sie zur Pubertätszeit vorkommen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Levi hielt den Angeklagten für entscheidend geisteskrank und beantragte dessen Ueberführung in eine Fürsorgeanstalt. Auf Verlangen des Verteidigers gaben dann noch die Sachverständigen zu, daß bei dem Angeklagten ganz plötzlich irgendwelche Wahnvorstellungen aufgetaucht seien. Auf Grund dieses erweiterten Gutachtens plädierte der Staatsanwalt nicht mehr auf Rorderschlag, sondern auf versuchten Totschlag. Der Gerichtshof sah die Tat als Totschlag an, war aber der Meinung, daß das

Moment der Ueberlegung fehle. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis. Der Angeklagte, der zugegeben hatte, mit Vorliebe Schandblätter gelesen zu haben, nahm das Urteil ohne besondere Erregung entgegen.

Ein Bestechungsversuch gegenüber einem Richter mit Hilfe eines mecklenburgischen Landshinzens

lag einer Verhandlung zugrunde, welche das Schöffengericht in Perleberg beschäftigte. Angeklagt wegen versuchter Bestechung war der Landwirt Eugen Zabel aus Gärstrow in Mecklenburg. — Gegen den Angeklagten schwebte bei dem Schöffengericht in Perleberg ein Strafverfahren wegen Spielens in einer auswärtigen Lotterie. Drei Tage vor dem Termin erschien die Frau Z. in der Wohnung des Amtsgerichtsrats, der in der Verhandlung den Vorsitz zu führen hatte. Sie übergab dem öffnenden Dienstmädchen ein umfangreiches und gewichtiges Paket mit einem „Schönen Gruß an den Herrn Amtsdichter“. Als der Amtsgerichtsrat B. des Nachmittags vom Dienst kam, war er nicht wenig überrascht, als ihm jenes Paket ausgehändigt wurde. Sein Erstausen verwandelte sich jedoch in Unwillen, als er in dem Paket einen schweren mecklenburgischen Landshinken vorfand, welchem ein Zettel mit dem Namen „Zabel“ beigelegt war. Dieses eigenartige Bestechungsobjekt wanderte sofort zur Polizei, zugleich erstattete der Amtsgerichtsrat Anzeige wegen versuchter Bestechung. Gegen den Schminnsender wurde Haftbefehl erlassen, der aber ohne Wirkung blieb, da der Angeklagte von der Bildfläche verschwand. In dem ersten Termin erbot sich Z. freiwillig vor Gericht und wurde sofort verhaftet, da dieser Termin der Verurteilung anheimfiel. Zu der jetzigen Verhandlung, welcher der Kammergerichtspräsident Dr. Lisco beivohnte, wurde Zabel aus der Untersuchungshaft vorgeführt. — Das Gericht hielt es für angebracht, gegen den Angeklagten eine empfindliche Strafe zu verhängen, da in seiner Handlungsweise eine ganz gräßliche Mißachtung des gesamten Richterstandes zu erblicken sei. Das Urteil lautete deshalb auf acht Monate Gefängnis.

Die Folgen einer rohen Rederei

zeigte eine Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, mit deren Verhandlung gestern eine neue Sitzung des Schwurgerichts am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lieber begann. Der Angeklagte, Kaufherr Carl Friebe, wurde beschuldigt, den Tod seines 14jährigen Betters, des Arbeiterburschen Albrama verursacht zu haben. Der zur Anklage stehende Vorfall hat sich am 31. Juli im Hause Landsberger Straße 16 abgespielt. Dort wohnt der Vater des 23jährigen Angeklagten, welcher ein Fuhrgeschäft betreibt; sein Vetter, ein schwächlicher junger Mensch, mit welchem andere Hausbewohner vielfach ihre Scherze trieben, wohnte bei den Eltern des Angeklagten und war bei einem in demselben Hause wohnenden Stuhlwerkfabrikanten beschäftigt. Am 31. Juli war der Angeklagte damit beauftragt, den Stall zu reinigen. Als ihm der junge Bursche befandete, gab ihm der Angeklagte aus Scherz einen ganz unbedeutenden Wadenstreich. Dies nahm der Junge, welcher Stühle zu seinem Arbeitgeber hinauftragen sollte, sehr übel, stellte sich an die Wand und hörte zu arbeiten auf. Als ihm ein anderer Arbeitsbursche Wortwürfe machte, weil er seine Arbeit vernachlässigte, reagierte er darauf nicht. Dies veranlaßte den Angeklagten, seinen Besen nach dem Jungen zu werfen, um ihn wegzutreiben. Der Wurf hatte sehr böse Folgen: der Besen traf mit seiner Kante den Kopf des Jungen so unglücklich, daß der Junge sofort in sich zusammensank. Der Angeklagte trug den Verletzten zunächst in den Stall und versuchte, ihm Wasser einzuschütten. Dann wurde der Junge in die Wohnung der Eltern des Angeklagten gebracht und dort gebettet. Leider vergingen mehrere Stunden, ehe ärztliche Hilfe herbeigeführt werden konnte. Als der Arzt erschien, war der Verletzte bereits eine Leiche. Wie der gerichtliche Sachverständige Privatdozent Dr. Strauch befandete, hat die Obduktion ergeben, daß der Tod eine Folge der Verletzung des Schädels und Gehirns gewesen ist. — Der Angeklagte, dem das von ihm angerichtete Unglück sehr leid tut, behauptet, er habe den Hieb gar nicht getroffen, sondern ihn nur durch den Wurf des Besens erschrecken wollen. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur der fahrlässigen Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kunsthändlerbericht der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Futur stark, Geschäft ruhig, Preise nachgebend, für Kaffee sich anbietend. Wild: Futur reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Getreide: Futur weit über Bedarf, Geschäft flau, Preise nachgebend. Fisch: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Futur genügend, Geschäft ruhig, Preise fest.

Die Geburt eines Töchterchens zeigen hocherfreut an Paul Hirsch und Frau Charlottenburg.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Karl Stellmacher am 31. Oktober gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Altdorf, Hermannstraße, aus statt. 140/3 Der Sektionsvorstand.

Todes-Anzeige. Am Sonnabend, den 31. Oktober, entschlief sanft nach langem Leiden im 73. Lebensjahre mein lieber Mann und unser guter Vater, der Tischler

August Ulrich. Dies zeigen liebeträbt an Friederike Ulrich und Kinder. Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Altdorf, Hermannstraße, aus statt.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Arrangements bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, lagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Witwe Marie Gohlke und Sohn.

Blumen- und Krautbinderei von Aug. Krause Wienerstraße 7. Vereinsstränge, Ballen-Arrangements, Götland u. s. w. liefern guten billigen Preisen. 16102

Köpenick. Am Sonnabendmittag um 1 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zigarrenbändler

Robert Benack. Um stille Teilnahme bitten. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 3. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Rieker Straße 14, aus statt.

Köpenick. Sozialdemokrat. Wahlverein. Todesanzeige. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zigarrenbändler

Robert Benack nach langem Leiden am Sonnabend, den 31. Oktober, verstorben ist. 209/11 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Riekerstraße 14 aus statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter. Sitz Berlin. Filiale Köpenick. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5/7: Versammlung. Vortrag der Genossin Wurm über „Die Frau und der Sozialismus“.

Die Vorträge zu dem Vortragszyklus sind bei den Abteilungs- und Bezirksführern sofort zu entnehmen.

Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Niem, Hasenheide 18/15: Unterhaltungsabend, bestehend aus Konzert, Gesang, humoristischen Vorträgen, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“ und des beliebten „Berliner Klavier-Trio“.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 8. Nov., abends 6 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins im Moabit-Gesellschaftshaus, Bielefeldstr. 11, statt.

Wilmersdorf-Parksee. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Luisenpark“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Steglitz. Mittwoch 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Schütte über: „Vor 30 Jahren“.

Treptow-Baumshulsenweg. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale „Zur Rembahn“ die monatliche Mitgliederversammlung für den Ortsteil Treptow statt.

Karlshorst. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Fr. Bartels im Fürstenthor. Vortrag über die politische Lage.

Köpenick. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Wahlvereinsversammlung bei Scheer statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Auffstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Berliner Nachrichten.

Moderne Totengräber.

So hießen sie früher, die uns den letzten Liebesdienst auf dieser herrlichen Welt erweisen sollen. Selbst in der Großstadt waren es mitunter prächtige Männer, die fast ein Menschenalter hindurch ihr schweißiges Amt versahen, höchst eigenhändig uns die Grube schaufelten und mit jedem Toten, den sie hinabstießen in die Erde, innerlich ein vernichtetes Menschenleben fühlten.

Die Kirche macht es heute wahrlich nicht billig, einen toten Menschen unter „geweihte“ Erde zu bringen. Namentlich die katholische Kirche versteht es ausgezeichnet, den Angehörigen ihrer verstorbenen Anhänger das goldene Fell über die Ohren zu ziehen. Wer kein Geld hinterläßt, muß darauf verzichten, in der Erde der Rechtsaläubigen zu ruhen.

Wenn doch auch sonst der moderne Totenwärt im Auftrage seiner Kirche so frei von „Sewissenskrupeln“ wäre! Aber da hat sich schon mehr als eine Erde ereignet, sogar in das politische Glaubensbekenntnis der Verstorbenen und ihrer Angehörigen unbefugt und ungehörig mit dreinzureden.

zierung häßlicher Auftritte vor und bei der Beerdigung. Solchen Gemütsmenschen, die noch dazu ihre Befugnisse weit überschreiten, soll von den dazu Berufenen ohne Zaudern der Standpunkt ganz gehörig klargemacht werden.

Die Bevölkerungszahl Berlins hat im September 1908, über den jetzt das Berliner Statistische Amt berichtet, so beträchtlich abgenommen, daß für Anfang Oktober vermittelst der Fortschreibung nur noch 2 095 056 Einwohner herausgerechnet werden konnten. Der September bringt ja fast alljährlich einen Bevölkerungsrückgang, in diesem Jahre aber belief das Minus aus dem September sich auf 2079 Personen, während in demselben Monat des vorigen Jahres die Bevölkerung nur um 822 Personen abgenommen hatte.

Ueber die Verkehrsverhältnisse Berlins im Monat September liegen folgende Daten vor: Befördert wurden durch die Straßenbahnen: 41 136 030 Personen (gegen 39 696 601 im September d. J.); davon kommen 33 072 505 (32 382 981) auf die Große Berliner Straßenbahn, auf die Hoch- und Untergrundbahnen (einschließlich Spreetunnelbahn) 3 486 807 (3 418 961), auf den Omnibuslinien mit Pferdebetrieb 9 208 742 (10 661 037) Personen, davon zu 5 Pf.: 7 883 993 (9 005 278) zu 10 Pf. (einschließlich der Abonnenten usw.) 1 824 748 (1 652 764). Ferner wurden durch Kraftomnibuslinien 2 108 549 (1 822 285) Personen befördert.

Grundsätze für die ärztliche Leitung von Krankenhäusern. Für die ärztliche Leitung der Krankenanstalten sind vom Kultusminister neue Grundsätze aufgestellt worden, die von den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin durchzuführen werden sollen. Die Grundsätze betreffen eine einheitliche Leitung der Anstalten. Sie gründen sich auf die Berichte der Ärztekammern und des Ärztekammerausschusses.

Inhibierte Schlächterwerkstatt. Kellerräume der Hausbesitzerin Vordardt in der Mendelssohnstraße zu Berlin wurden vom Schlächtermeister Grünberg als Werkstatt benutzt. Durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten vom Januar 1907 wurde angeordnet, daß die im Kellergeschoß befindlichen Räume als Arbeitsräume beziehungsweise zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht benutzt und zu solchen Zwecken nicht mehr vermittelt werden dürfen.

Internationale Ballonfahrt. Am Donnerstag, den 6. November, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Findex eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Die Berliner Briefbeförderung ist schon seit geraumer Zeit auf fallend mangelhaft. Aus zahlreichen Stadtbezirken kommen Klagen über verspätetes Eintreffen ganz einfacher Sendungen. So ist beobachtet worden, daß selbst solche Briefe, die im Bezirke des Hauptpostamts noch vor 10 Uhr abends ausgegeben wurden, erst mit der zweiten Frühpost befreit worden sind.

nicht mit dem Abtragestempel versehen werden. Der Mißstand hat offenbar seinen Ursprung in fehlerhafter Organisation, nicht etwa in der Leichtfertigkeit unserer Postbeamten. Das letztere aber ist abtätlich und aus Bequemlichkeit Postämtern verhärtet bestanden, sind doch immerhin seltene Ausnahmen, die obendrein schwer bestraft werden. Dagegen ist in verschiedenen Bezirken, namentlich in solchen an der Reichslandgrenze ein Mangel an Briefträgern bemerkt worden.

Die Eiserfucht. In der Nacht zum Sonntage wurden die Bewohner des Hauses Alte Jakobstr. 92 durch fünf Rebolverschüsse aus dem Schlafe geschreckt. Wie sich herausstellte, hatte der 23jährige Hausdiener Richard Salzmann viermal vom Hofe aus durch ein Küchenfenster auf seine Braut, das 21jährige Dienstmädchen Minna Kerst, geschossen und sich dann selbst eine fünfte Kugel in die Brust gejagt. Während das Mädchen unversehrt blieb, mußte der Vätergänger in schwerverletztem Zustande nach dem Urbonkrankenhaus geschafft werden.

Aus Furcht vor der Polizei und dem Fenster gesprungen. Folgende sonderbare Meldung geht uns zu: „Ein aufstrebender Vorgang hat sich vorgestern nacht auf dem Gesundbrunnen abgespielt. In dem Hause Voltzstr. 5 wohnte die 23jährige Therese Stein. Das junge Mädchen schuldete seinem Wirt für längere Zeit das Mietgeld. Am Sonnabend wollte die Vermieterin ausrücken. Der Wirt verhinderte dies aber dadurch, daß er die St. in ihrem Zimmer einschloß. Eine Freundin, die später erfuhr, öffnete die Tür wieder mit einem Nachschlüssel und als die beiden Mädchen jetzt vereint „rücken“ wollten, schloß sie der Wirt beide ein und rief die Polizei herbei. Aus Furcht, mit der Behörde in Konflikt zu kommen, stürzte sich die St. aus dem Fenster hinaus und blieb mit zerbrochenen Gliedern auf dem Bürgersteig liegen. Die Schutleute, die bald darauf eintrafen, brachten die Selbstmordkandidatin, die Arme und Beine gebrochen und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, nach der königlichen Klinik, wo sie hoffnungslos daniederliegt.“

Wenn es richtig ist, daß der Wirt das Mädchen eingeschlossen hat, so hat er sich einfach einer Freiheitsberaubung schuldig gemacht, auch wenn es sich, wie gemeldet, um ein Mädchen handeln sollte, das fürchtete, mit der Sittenpolizei in Konflikt zu kommen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin) legt Wert auf Veröffentlichung folgender Zeilen: „In der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 16. Oktober dieses Jahres befindet sich ein Artikel unter der Ueberschrift „Aus dem Berliner Polizeisumpf“. In diesem Artikel wird die Entlarung des Kriminallshauptmanns August Paduc mitgeteilt und u. a. bemerkt:

„Unter dem Namen „August Puhmann“, von Verus Maurer, ließ er sich am 27. Februar 1908 als Mitglied des Transportarbeiterverbandes aufnehmen.“

Diese Angabe hat in den Reihen der Parteigenossen zu der Annahme geführt, als wäre P. im Deutschen Transportarbeiterverband als Maurer aufgenommen worden. Im übrigen hat man die Angelegenheit so ausgelegt, als ob in unserem Verbannde jeder sich nur Meldebe, gleichviel welchem Berufe er angehört, aufgenommen wird. — Demgegenüber erklären wir, daß unsere Funktionäre von jeher angewiesen sind, darauf zu achten, daß nur solche Personen aufgenommen werden, welche als Handels-, Transport-, Hilfs-, Lager- oder Verkehrsarbeiter in Beschäftigung stehen.

Der Spitzel Paduc hat sich unter dem Namen „August Puhmann“ und zwar als Hausdiener bei der Firma Dr. Wangemann tätig aufnehmen lassen. Die gemachten Angaben als auch die persönliche Erscheinung des Paduc gaben den Ausnehmenden zu keinem Verdacht Veranlassung.

In dem beregten Artikel wird dann weiter gesagt: „In beiden Organisationen spielte er sich als eifriges Mitglied auf.“

Demgegenüber erklären wir, daß unsererseits nicht festgestellt werden kann, ob Paduc (alias Puhmann) im Laufe der Zeit irgend eine von uns arrangierte Versammlung überhaupt besucht hat. Wir hatten somit keinerlei Gelegenheit, ihn betreffend zu beobachten und näher kennen zu lernen. Der Hausdiener, welcher unsererseits die Beiträge abholte, hat den Paduc niemals in seiner Wohnung Michaelstr. 28 angetroffen. Dagegen hat die Frau Wang, bei der er als Schlafbürde angemeldet war, die Beiträge in seinem Auftrage stets pünktlich entrichtet. In Rücksicht darauf, daß unser Hausdiener auf diese Weise auch nicht in die Lage kam, irgendwelche Beobachtungen machen zu können, glauben wir den Nachweis erbracht zu haben, daß unsererseits nicht jahrlässig gehandelt worden ist.“

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr im Bürgerlaale des Rathauses einen öffentlichen Vortragabend, an welchem Herr Professor Dr. L. Lewin über Quecksilber als Heilmittel spricht. Am selben Abend hält die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gemeinsam mit der Wissenschaft der Technischen Hochschule in den Sophienhöfen, Sophienstraße 18 (nahe Vohlfuß-Börse) einen allgemeinen akademischen Diskussionsabend für Studierende aller Fakultäten aus. Der Generalsekretär obengenannter Gesellschaft, Herr Dr. A. Blaschko wird das Thema behandeln: Das Geschlechtsleben der deutschen Studenten. Beginn beider Vorträge abends 8 Uhr. Gäste willkommen.

Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Ringstr. 24/27, ist werktäglich geöffnet von 12-3 Uhr mittags, 6-10 Uhr abends, Sonntags von 1/2 10-1 Uhr und 6-10 Uhr.

Vom Zentralverein der Gutmacher geht uns folgende Notiz zur Veröffentlichung zu: Am Sonnabend, den 21. Oktober sind von einem unserer Kollegen Beitragsmarken im Werte von 32 Mark verloren worden. Der Finder wird gebeten, dieselben an C. Bräutigam, N. 58, Gaudystraße 14 abzugeben.

Einem schweren Verlust hat eine Arbeiterfrau erlitten, die am Dienstag ihre gesamte Ersparnisse einsetzte, um gelegentlich nach Beendigung ihrer Arbeit für bestimmte Zwecke einige Einkäufe zu machen. Als sie am Freitag zur Ausführung ihres Vorhabens schreiten wollte, bemerkte sie zu ihrem Schrecken, daß sie den gesamten Betrag von 140 M., der sich in einem rotbraunen Portemonnaie mit einem roten Druckknopf befand, verloren hatte. Diesen Verlust kann sie nur von der Kommandanten- bezw. Leipziger Straße bis nach ihrer in Roabit befindlichen Wohnung erlitten haben. Sollte ein ehrlicher Mensch das Portemonnaie gefunden haben, so würde derselbe gebeten um Abgabe an Schmidt, Stromstraße 31, v. 3 Treppen.

Kadrennen in Steglitz. Den Schluß der diesjährigen Saison bildete das am Sonntag ausgeführte Stundenrennen. Der Verlauf war ein hochinteressanter und lieferte verschiedene Kämpfe; da die drei besten Fahrer sehr hart auf das Tempo drückten, so fielen vom 60. Kilometer an die Steglitzer Refors. Dem Starter folgten sich Guignard, Demke, Kobl, Theile und Schipke. Der Franzose zieht in scharfem Juge gleich an Schipke und Theile vorbei, auch Demke wird passiert und nun macht Guignard Jagd auf Kobl. In der 15. Runde „schwimmt“ dieser, da er sich dem Franzosen in der 20. Runde das gleiche Schicksal und da inzwischen Schipke vor Demke und Theile gegangen ist, so eringt dieser die Führung, die er bis zum Schluß behält. Doch schon hat Guignard seinen Motor wieder und, von Hofmann meisterhaft geführt, geht er in rasender Fahrt los und erobert sich in der 76. Runde den zweiten Platz vor Demke und Kobl, während Theile bereits hoffnungslos auf dem letzten Platz liegt. Aber auch Kobl passiert Demke und liegt an dritter Stelle. Nun liefern sich die drei Besten ein scharfes Verfolgungsrennen. Guignard treibt Schipke gegen Kobl und alle drei passieren im Zuge Demke, und in der 110. Runde endlich gelingt es dem Franzosen, an Schipke vorbeizukommen und kann dann auch Kobl passieren. Schipke unternimmt nun ebenfalls einen Angriff auf Kobl, kommt aber ins Schwimmen und fällt zurück. Da erleidet der Franzose Maddefekt und läßt den zweiten Platz gegen Kobl ein. Theile gibt auf. Resultat: 1. Schipke 88,680 Kilometer (bisher Guignard 88,370 Kilometer); 2. Kobl 86,890 Kilometer; 3. Guignard 81,000 Kilometer; 4. Demke 78,500 Kilometer; 5. Theile, beim 60. Kilometer aufgegeben. — Die Fliegerrennen zeitigten im Hauptjahre einen Sieg von Bettinger vor Scheuermann, Gause und Gangevoort. Das Prämiensfahren gewann spielend Parole vor Gangevoort, Klein und Kurzmeier.

Beim Fest der Jugendorganisation der Abteilung XIII am Sonnabend im Swinemünder Gesellschaftshaus ist eine braune Pelz-Boa verloren gegangen. Abzugeben bei Schwarz, Swinemünder Straße 15, IV.

Im Zirkus Schumann steht die Dressurkunst in höchster Blüte. Nicht genug damit, daß ein Ränguruh soweit gebracht worden ist, sich mit seinem Herrn in einen regelrechten Boxkampf einzulassen, wird jetzt ein arabisches Dromedar vorgeführt, das in der hohen Schule dressiert ist und von Mr. Florio geritten wird. Dazu kommt eine Dressurnummer. In der lassen sich als Kunststrahlruder, Gausfeuer, Jongleure und Schellenpieler produzieren. Eine Waghalsigkeit sondersgleichen bildet der Trick des Mr. Menneret, der auf einer rotierenden Scheibe radelt, die in der Luft schwebt. Der „lebende Kreisel“ ist die Nummer bestellt.

Geperret. Der westliche Jagdamm der Warschauer Straße zwischen der Warschauer Brücke und der Neugler Straße sowie die an die Warschauer Straße grenzenden Teile der Bromberger Straße und der Remeler Straße werden behufs Umpflasterung sofort bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrereignis. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Sonntag die 4. Kompanie nach der Kleiststr. 24 alarmiert. Die Vordräume mit Inhalt sowie der Dachstuhl brannten an mehreren Stellen, auch machte sich ein intensiver Peitzoleumgeruch bemerkbar. Es konnten mehrere Brandbrände festgesetzt werden, die den Vordächern, das vorkaltrische Brandklotz vorlag, befalligen. Die Feuerwehr mußte mit mehreren Schlauchstellungen längere Zeit kräftig Wasser geben und wegen der totalen Verqualmung eine große Zelt bei ihrem Vordringen benutzen. Erst nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit konnte die Feuerwehr früh um 6 Uhr wieder abrücken. Bald darauf wurde die Wehr mittels Fernsprecher böswilligerweise nach der Schmidtstr. 6 alarmiert. Der Täter ist leider unentant entkommen. Am Sonntagnachmittag um 2 Uhr kam in dem Guggelshaus von Th. Cohn durch Unvorsichtigkeit Feuer aus, das auf den Boden beschränkt werden konnte. Von dem Bug war wenig zu retten, doch ist der Schaden nicht erheblich. In der letzten Nacht um 3 Uhr brannte in einem Keller Eisenbahnstraße 18 die Türbekleidung und anderes. Die Gefahr wurde aber zum Glück bald bemerkt und beseitigt. Ferner hatte der 11. Zug in der Blücherstraße 25 zu tun. Dort brannten nachts in einem Quergebäude auf dem dritten Hofe die Räume der Holzbearbeitungsfabrik von G. Hoffmann. Bei Ankunft der Wehr brannten Holzvorräte im Erdgeschoss, ersten und zweiten Stock. Das Feuer soll im ersten Stock ausgekommen sein und dann durch die Transmissionschächte den übrigen Räumen sich mitgeteilt haben. Im zweiten Stock brannte u. a. auch ein Saal mit Wein. Der Feuerwehr gelang es indes durch kräftiges Wassergeben eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Zur Vorsicht wurde dann eine Brandwache zurückgelassen. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein. Großer Unlug lag einer Feuermeldung zugrunde, die das Ausbrechen der Feuerwehr in der Nacht zum Sonntag nach dem städtischen Obdach in der Friedelstraße veranlaßte. Feuer in einer Wadestube wurde aus der Altenleiner Straße 6 gemeldet. In der Sebastianstr. 79 brannten Gardinen und Möbel und Stromleit. 27 in einer Wohnung Preßhosen, Lumpen, der Fußboden usw. Der 12. Zug wurde wegen eines Wohnungsbrandes nach der Steinmeyerstraße 37 alarmiert. Der 11. Zug hatte zweimal in der Teltower Straße zu tun. Erst brannten Nr. 60 Postmaterial und dann Nr. 81 Gardinen usw. Der Brand von Käffen und Ruhstühlen usw. veranlaßte das Ausrücken der Wehr nach der Dufelndstraße 2.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Unter dem Verdacht des Mordversuchs an Mutter und Bruder ist der 20jährige Kellner Bruno Wiesner, Hermannstraße 172/173, verhaftet worden. Er wohnte mit seinem 17jährigen Bruder zusammen bei seiner Mutter und hatte den Plan gefaßt, diese beiden zu beschleichen und die geführte Nacht zur Ausführung bestimmt. Am 2. Uhr, als alles schlief, trank er einen Kappen mit demotivierten Spiritus und schlich sich an das Lager der Mutter, um dieser den Kappen zwecks Verabreichung unter die Nase zu halten. Da er aber im letzten Augenblick bedauerte, daß die Schlafende dadurch, daß ihr Trappfen auf das Gesicht fielen, erwachen würde, legte er den Kappen weg und öffnete nunmehr die drei in der Wohnung befindlichen Gasohöfchen. Er wartete eine Weile und sah dann sämtliche der Mutter und dem Bruder gehörigen Wertgegenstände, u. a. ein Portemonnaie mit 11,75 M. Inhalt, eine goldene Uhr mit Ketten, einen goldenen Trauring, Zigarren, Wäsche usw. Inzwischen erwachte aber die Mutter und nahm sofort den penetranten Gasgeruch wahr. Sie war bereits derartig betäubt, daß sie taumelte. Schnell wachte sie jetzt ihren ältesten Sohn, der auch schon halb betäubt war. Der Verdacht des Anfalls war ausgesprochen entfallen, ist aber gestern vormittag bereits von der Rigdorter Kriminalpolizei ergriffen worden. Er behauptet, Mutter und Bruder nicht haben ermorden, sondern sie nur mit Gas haben betäuben wollen, um sie bestehlen zu können. Man zweifelt jedoch an seinen Angaben. Glücklicherweise haben die beiden Opfer des verbrecherischen Aufschlages Schaden an ihrer Gesundheit nicht erlitten.

Am Straßenbahnwagen gestiegen ist vorgestern nachmittags die zweijährige Tochter des Arbeiters Schütz aus der Steinmeyerstr. 47. Die Kleine war plötzlich erkrankt und Frau Sch. war mit dem Mädchen in einem in der Hermannstraße wohnenden Arzt gebracht. Auf der Rückfahrt nach der Wohnung demütigte sie den Straßenbahn-

wagen Nr. 1400 der Linie 20. In der Nähe der Steinmeyerstraße verließ das Kind auf dem Arme der Mutter. Der Tod wurde auf der Unfallstation festgestellt.

Wilmerdorf.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung sind nunmehr für die dritte Abteilung amtlich auf Donnerstag, den 10. November, angesetzt worden. Die Wahlhandlung findet statt von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr. Zu wählen sind in dieser Abteilung 5 Stadtverordnete, von denen 3 Hausbesitzer sein müssen.

Sache unserer Parteigenossen ist es, nunmehr alles daran zu setzen, um ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen!

Zehndorf.

Aus der Gemeindevertretung. Die Volksschule, welche in dem früheren Gebäude der Polizeiverwaltung zwei Räume inne hat, ist elektrisch beleuchtet worden, wofür die Gemeinde die Kosten übernehmen soll. Die Vorlage fand ohne Debatte Annahme. Dann kam eine Vorlage betreffend Änderung des Ortsstatuts über die Witwen und Waisen der Lehrer und Beamten des Gymnasiums zur Verhandlung. Wäher erhielten die Hinterbliebenen nur solcher Lehrer und Beamten das volle Widuinquartal bezahlt, welche bei ihrem Tode noch im Dienst waren. Die Hinterbliebenen solcher Lehrer und Beamten, welche schon pensioniert waren, erhielten dagegen nur ein Monatsgehalt. Dieser Unterschied soll jetzt beseitigt und das Widuinquartal durchweg bezahlt werden. Sodann lag seitens des Elektrizitätsamtes ein Antrag vor, die Zufahrt zu diesem Grundstück zu pflastern. Es handelt sich um Herstellung von 145 Quadratmeter Steinpflaster zum Preise von je 5,50 M., insgesamt also 797,50 M. Die Vorlage wurde mit der Wahgabe angenommen, daß der Betrag von der Gemeindekasse verauslagt, aber vom Elektrizitätsamte mit 10 Proz. verzinst wird.

Johannisthal.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung stimmte einem Antrage zu, gegen den Kanalisations-Verband im Alagewege vorzugehen, weil er sich weigert, die durch die Legung des Druckrohres verursachte Senkung in der Friedrich- und Kaiser-Wilhelm-Straße wieder herzustellen. Viel Sorge macht den Grundbesitzern immer noch das Fehlen einer elektrischen Straßenbahn. Nach dem vom Teltower Kreis über den Bau einer solchen eingeforderten Gutachten ist an eine Ausführung des Baues nicht zu denken. Die Versprechung der Angelegenheit zeigte, daß auch die Grundbesitzer bereit sind, Straßen und Plätze einer Gesellschaft zu überantworten, um nur in den Besitz einer Straßenbahn zu gelangen. Da nach Ansicht des Landrats und der Gemeindeverwaltung die hiesige freiwillige Feuerwehr den an sie zu stellenden Anforderungen bei größeren Bränden nicht gewachsen ist, wurde eine Kommission von vier Mitgliedern gewählt, um Vorschläge für die Gründung einer Ortsfeuerwehr ausarbeiten. Angenommen wurde ein Antrag unserer Genossen, dem Beispiele Berlins folgend, auch in Johannisthal die Arbeitslosen-Zählung am 17. November und den folgenden bereits festgelegten Terminen vorzunehmen. Ferner führten unsere Genossen Klage über Verschleppung der Gründung des Gewerbegerichts. Der Gemeindevorsteher versprach, die Sache nach Möglichkeit zu fördern.

Ein würdiges Denkmal setzte sich die Majorität der Gemeindevertretung dadurch, daß sie einem von sechs Gemeindevorstellern eingebrachten Antrage zustimmte, daß Gemeindevorsteher nicht Gemeindevorsteher sein dürfen. Der Grund dieses Antrages ist in dem gespannten Verhältnis unserer Parteigenossen Radumke und des Schöffen Heßlein zu suchen. Letzterer war Vorgesetzter von Radumke, wenn dieser aus irgendwelcher bei der Straßenkanalisation arbeitete. Unsere Genossen werden selbstverständlich alles an die Hand nehmen, um diesen Befehl der größten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Gestimmt haben für diesen Antrag die Schöffen Knoope und Heßlein, die Gemeindevorsteher Souerwald, Eberling, Frommelt und Rette.

Friedrichshagen.

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genossin Ida Altmann über das Thema: „Mutter Kirche, die Seelenhirten und ihre Schäflein“. Die schriftlich eingeladenen Herren Pfarrer waren natürlich nicht erschienen, dagegen wurde ein Brief vorgelesen, in dem der eine Herr erklärte, nicht erscheinen zu können, da die Wahl des Themas bezeuge, daß Genossin A. nicht beabsichtige, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung herbeizuführen. Ferner wunderte er sich, daß die Sozialdemokratie ihrem Grundsatz „Religion ist Privatsache“ verfallen habe und die Geschäfte der Freireligiösen betriebe. Genossin Altmann wendete sich in ihrem Referat gegen die Anschuldigungen des Briefschreibers und bewies, daß derselbe unser Programm nicht kenne. Sie wandte sich dann dem jüngst im „Vorwärts“ geschilderten Fall der Verdrängung eines jungen Selbstmörders zu, dem der Pfarrer Anton am Grabe den Segen verweigerte und demonstrierte hieran die Verdrängung der Kirche gegenüber den weltlichen Stimmungen eines am Leben Verweilenden. Darauf erläuterte sie, entgegen den Voransetzungen des Briefschreibers, in wissenschaftlicher Weise die historische Entwicklung der Kirche, wie dieselbe sich stets als Stütze der herrschenden Klassen erwiesen habe, sie zeigte die Verdrängung der Kirche gegenüber dem Volk und den Bedürfnissen der untersten Volksschichten! Sie erntete stürmischen Beifall. In der Diskussion zeigte Genossin Heße die Unzulänglichkeit der sogenannten Christen an markanten Beispielen. Jetzt traten zwei, anscheinend dem Junglingsverein angehörende Kämpfer auf den Plan, deren Ausführungen bei den Versammelten stürmisches Gelächter hervorriefen. In ihrem Schlußwort verprügte die Referentin noch einmal die Ausführungen der Gegner und schloß mit einem Appell an die Anwesenden, auch äußerlich mit der Kirche zu brechen und aus der Landeskirche auszutreten. Formulare zum Austritt sind bei den Vorstandsmitgliedern des Wahlvereins sowie in den Bezirkslokalen erhältlich.

Köpenick.

Das Gewerkschaftsreferat nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu den Gewerbegerichtsahlen, die Wahl findet voraussichtlich Ende Februar 1909 unter dem alten, bisher bewährten Wahlmodus statt. Einmütig ließen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Standpunkt, daß kein Grund vorliege, die Verhältnismäßigkeit einzuführen. Da 8 Wähler zu wählen sind, werden nunmehr die einzelnen Gewerkschaften zu der Kandidatenfrage Stellung nehmen. Die Wähler, welche zur Zeit dem Kartell nicht angeschlossen sind, erhalten ein Mandat, sobald sie das Verläumt nachgeholt haben. Zum nächsten Punkt: Stadtverordnetenwahlen, wurde erachtet, eine rege Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten zu entfalten. Zur Beratung kam ferner der Punkt Jugendorganisation. Als Grundlage dient die Verhältnisse des Gewerkschaftsverbandes und des Vorsteherges. Die Meinungen gingen auseinander, doch war man darüber einig, daß den Genossen und Genossinnen, welche jetzt schon mit Arbeit überlastet sind, nicht noch mehr Ämter aufgebürdet werden dürfen. Zunächst soll in den Kreisen der Organisation für die Ideen der Jugendorganisation propagiert werden. Zu der Wahl der Kommission soll erneut Stellung genommen werden. Die nötigen Schritte zur Einführung des Achtuhr-Verdichtlusses sollen gleichfalls eingeleitet werden. Die näheren Informationen werden demnächst gegeben. Auf die Anfrage bei dem hiesigen Amtsgericht, Arbeiter als Schöffen auszuwählen, ist bis heute keine Antwort erfolgt. — Wegen einer Arbeitslosen-Zählung soll eine diesbezügliche Anfrage an den Magistrat gerichtet werden. Zum Schluß wurde noch beschlossen, im Winter eine Arbeitslosen-Versammlung stattfinden zu lassen.

Ueber Kommunalpolitik sprach am Sonnabend in einer öffentlichen Versammlung Genosse Stadtverordneter Ewald. In eingehender Weise behandelte der Referent auf Grund seiner auf fast 25jährigen Tätigkeit gestützten Erfahrungen das Thema. In der Diskussion sprach Genosse Wolf über die Vorgänge bei der Wahl des stellvertretenden Stadtverordnetenvorsethers und im folgenden Wahl-

kampf der bürgerlichen Parteien. Während die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie bisher die dritte Abteilung kampflös überließen, haben sich nunmehr Grundbesitzervereine und Bezirksvereine unter Führung des Reichsverbandes zusammengetan, um die beiden zur Ergänzungswahl stehenden Mandate an sich zu bringen. In der Versammlung des Bezirksvereins der Jamborstadt sprach man sich wohl für moralische Unterstützung der Kandidaten aus, lebte aber die finanzielle Beihilfe mit Rücksicht auf den unbekanntem Ausgang der Wahl ab. In einer öffentlichen Versammlung der Bürgerlichen wurden auch vergangene Woche die beiden Kandidaten aufgestellt und zwar ein Gerichtssekretär und ein Lehrer. Auch von einer „Arbeiterkandidatur“ war nach einem Bericht des „Dampfbootes“ die Rede. Die Schuld an der Wahl unserer Genossen Wolf zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher schieben sich die beiden bürgerlichen Richtungen gegenseitig zu. Während die Freie Vereinigung durch die Abgabe der weichen Zettel bei der Wahl die Schuld tragen soll, macht diese wieder der Liberalen Partei den Vorwurf, durch die Auswahl ihres Kandidaten den unglücklichen Ausgang der Wahl veranlaßt zu haben. Die Aufstellung der Kandidaten — auch für die zweite Abteilung — erfolgt am 3. November in einer Wahlvereinsversammlung.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde Herr Ratmann Schurig zum Beigeordneten mit 11 gegen 8 Stimmen, welcher letztere auf den Stadtverordneten Rathnow entfallen, gewählt. Die Wahl des Genossen Scholz wurde, da Einsprüche nicht erhoben sind, für gültig erklärt. Durch den heißen Sommer des Vorjahres und des letzten Frühjahrs ist in der städtischen Forst mehrfach Schaden entstanden. Auf Vorschlag des Stadtförsters ist ein Entwässerungsgraben vom Jagen 85 durch die Gemarkung Neudorf nach dem Entwässerungsgraben in der Königl. Forst angelegt worden. Die Kosten hierzu wurden bewilligt. Auf Antrag des Magistrats soll zum Anlauf von Grundflächen eine Leihe von 15 000 M. und zwar mit 4 Proz. Verzinsung und 1 Proz. Amortifikation bei der Landesversicherungsanstalt aufgenommen werden. Nachdem es sich herausgestellt hatte, daß bei der letzten Kassenrevision am 20. Oktober nur ein Kassenbestand von circa 200 Mark bar vorhanden war, die fälligen Rechnungen unerledigt daliegen müssen, stellte Stadtverordneter Rathnow den Antrag, die Summe auf 20 000 M. zu erhöhen; die Versammlung stimmte dem zu. Im Jahre 1904 wurde beschloffen, vor dem Hause des Herrn Wassermeisters Sommer einen Vorbau herzustellen, um das Haus besser gegen Witterungseinflüsse zu schützen. Die Bauausführung ist bisher unterblieben, jedoch soll jetzt der Sache nähergetreten werden. Die Versammlung bewilligt nach längerer Debatte 300 M. und erteilt der Wasserwerkskommission den Auftrag zur Ausführung.

Pankow.

Mit den bevorstehenden Gewerbegerichtsahlen und der Aufstellung von Kandidaten hierzu beschäftigt sich eine am Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kogel, Kreuzstraße 3/4, stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Das Referat über den Wert der Gewerbegerichte hat Genosse Ritter übernommen. Die Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen werden ersucht, in der Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Spandau.

Von einzelnen hiesigen Schuhmachermeistern wurden seit einiger Zeit Soldaten vom Beldingssamt als Schuhmacher beschäftigt. Die hiesigen organisierten Schuhmachergehilfen hatten hiervon Kenntnis erlangt und wendeten sich diese mit einer Beschwerde an das Beldingssamt, in welcher sie darauf hinwiesen, daß dadurch die an und für sich nicht gute Lage der Schuhmachergehilfen noch verschlechtert und ihnen Arbeitsgelegenheit genommen würde. Auf diese Beschwerde ist vom Beldingssamt der Bescheid ergangen, daß die Oekonomieverwalter erneut darauf hingewiesen worden sind, daß ihnen die Uebernahme von gewerbmäßigen Privatarbeiten verboten ist. Gleichzeitig sei auch den namhaft gemachten Meistern von dieser Bestimmung Mitteilung gemacht.

Vermischtes.

Ueber ein folgenschweres Automobilunglück wird aus Wiesbaden gemeldet; Auf der Chaussee von Wiesbaden nach Frankfurt in der Nähe von Erdemheim lief ein Automobil gegen die Brüstung einer Chausseebänke. Dem Worniser Lederfabrikanten Reinhardt, dem Besitzer des Automobils, wurde der Brustkorb eingedrückt, ein anderer Herr namens Trumpler-Worms wurde schwer verletzt. Zwei Wiesbadener Damen namens Dahms und Baffen waren sofort tot. Der Chauffeur erlitt einen Armbruch.

Drei Kinder erstickt. Eine Meldung aus Wartenstein von gestern besagt: Die drei Kinder des Besitzers Franz Kroll aus Krodnersdorf im Alter von vier und zwei Jahren und von sieben Monaten haben in Abwesenheit der Eltern den Erstickungstod gefunden. Der Unfallfall wurde wahrscheinlich dadurch verursacht, daß eines der Kinder brennende Kohlen aus dem Kachelofen entnommen. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod sämtlicher drei Kinder feststellen.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“ beginnt mit dem 1. Januar 1909 seine 12. Jahrgang.

Die uns vorliegenden Hefte 40, 41, 42 bringen die Fortsetzung des gegenwärtig laufenden Hauptromans „Der Daidub“ von Eucaria Dumbrowa, ferner die Beiliegungsschichte „Fraulein Holladay“.

Von der „Kommunalen Praxis“, Verlag der Buchhandlung G. v. A. — legen und die Hefte 42 und 43 vor. Die Zeitschrift beschäftigt sich mit dem Städtebau, der Entwicklung des städtischen Städtebauwesens sowie mit den an vielen Orten bestehenden Kommunalwahlen.

Witterungshubericht vom 2. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius		
Sonnenberg	771,8	SE	3	beheft	4	Caparanda	755,8	NE	2	beheft	4
Canndorf	770,8	SE	3	Dunkel	5	Berzdorf	768,8	SE	3	beheft	4
Berlin	771,8	SE	3	beheft	5	Berlin	761,8	SE	3	beheft	12
Brandenburg	770,8	SE	3	Dunkel	5	Berlin	767,8	SE	3	beheft	9
Brandenburg	769,8	SE	3	beheft	5	Berlin	764,8	SE	3	beheft	9
Berlin	770,8	SE	3	beheft	5	Berlin	764,8	SE	3	beheft	9

Wetterprognose für Dienstag, den 3. November 1908. Nennlich kühl, zeitweise anhaltend, vorwiegend trübe bei lebhaften südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wetterlandschaftsberichte der Landesanstalt für Wetterkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wetterland	am 1. 11.	am 2. 11.	Wetterland	am 1. 11.	am 2. 11.
Berlin	122	+2	Saale, Großh.	64	-4
Berlin	97	-2	Saale, Ronbau	34	-5
Berlin	62	+2	Saale, Ronbau	23	+5
Berlin	88	+2	Saale, Ronbau	74	+2
Berlin	67	0	Saale, Ronbau	68	+1
Berlin	80	+1	Saale, Ronbau	-109	-5
Berlin	24	-2	Saale, Ronbau	31	-1
Berlin	-	-1	Saale, Ronbau	108	-1
Berlin	-	+10	Saale, Ronbau	78	-3
Berlin	-188	-1	Saale, Ronbau	35	-2
Berlin	27	-1	Saale, Ronbau	14	0
Berlin	46	-4	Saale, Ronbau	14	0

+) bedeutet Sturz. — Kälte. — *) Unterwast.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 3. November,
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus, Cardanopal.
(Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus, Kathan
der Hebe.
Deutsches, König Bear.
Sammerische. Eine Heirat
geheißt. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Operntheater.
Im Austragsbüchel.
Neues Schauspielhaus, Julius
Götter.
Berliner. Der Traum ein Leben.
Westen. Der ideale Bauer.
Wittig. Der Raub der Sabine-
rinnen.

Kleines, Ruff.
Komische Oper, Island.
Reisen. Kümmer dich um Amelie.
Weddel. Der Liebhaber.
Sänger O. (Sänger-Theater.)
Der Familientag.

Charlottenburg. Der
Graf von Charolais.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schau-
spielhaus, Anteros. (Anfang
7 1/2 Uhr.)

Thalia. Das hebe ich.
Luisen. Hadschmann als Erzieher.
Bürgerl. Schauspielhaus, unsere
Frauen.

Berhard Rose. Philippine Welfer.
Luisen. Die Liebe macht
vunspielhaus. Die Tür ins Freie.
Neues Operetten. Die Dollar-
prinzessin.

Berliner Operetten-Theater SW.
Savanna.
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden
Bündelhands. Vorher: Intern.
Künstler-Zell.

Apollo. Eine lustige Spreewald-
fahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadel-
los.

Wintergarten. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche.
Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabine-
rinnen. Die Hauberklöte. Berlin
Hebe Klapp. Anfang 8 1/2 Uhr.
Carl Overland. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Prof. Dr. med. Th. Sommer-
feld: Gesundheitsgefahren bei
der Bearbeitung v. Holz, Schnitz-
stoffen, Steinen und Textilfasern.

Neues Theater.
Zum 25. Male:
Wahrheit.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Wahrheit.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Musik.
Mittwoch: Markt.

Theater des Westens.
Abendliche 8 Uhr:
Der ideale Bauer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr zu halben
Preisen: Die lustige Wittwe.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Dienstag, 3. November, Anf. 7 1/2 Uhr:
Zum erstenmal:
Anteros.

Mittwoch: Anteros.
Donnerstag: Großmama.
Freitag: Anteros.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Morgen 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Der Veilchenfresser.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Tür ins Freie.

Hebbel-Theater
Königsgrüner Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:
Der Liebhaber.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 4. November 1908:
Heber unsere Kraft.
(I. Teil.)
Schauspiel in 4 Akten von Björnstjerne
Björnsen. — Anfang 8 Uhr.

Sanssouci.
Kottbusser
Straße 6.
Direction Wilhelm Kolmer.
Deute Dienstag:
Theater-Abend.
Gustav v. Berl. Schauspiel-
ensemble.
Zum 1. Male:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Vollständ. in 4 Akten.
Sonntag, Montag und
Dienstag:
Hoffmanns Nord. Sänger
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.
Hörssaal 5 1/2 Uhr:
Prof. Dr. Donath: Akustik.
8 Uhr Prof. Dr. med. Th. Sommer-
feld: Gesundheitsgefahren bei
der Bearbeitung v. Holz, Schnitz-
stoffen, Steinen und Textilfasern.

Residenz-Theater.
— Direction: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmer dich um Amelie.“
Schauspiel in drei Akten (vier Bildern)
von Georges Feydeau.
Morgen u. folg. Tage: Kümmer
dich um Amelie.
Sonntag, den 8. November, nach-
mittags 3 Uhr: Ferreol.

BERNHARD ROSE THEATER
Str. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 1/2 Uhr:
Philippine Welfer.
Historisches Schauspiel in 5 Akten von
D. v. Redlich.
Wochentagspreise.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Schultz.

**Apollo
Theater**
Abends 8 Uhr: Debüt der neuen
Attraktionen. U. a.: Sigwart
Genes, Gummorff. Gibby-Woolf mit
ihren „Six Sunbeams“. Miss Diana,
Dressur-Akt. Ein Beitrag zur Darwin-
schen Entwidlungstheorie.

9.20. Unter persönlicher Leitung des
Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Burleske. Ruff v. Paul Lincke.

WINTER GARTEN
November - Attraktionen
Angebot lebende Bilder.
Kreaturk. Kollonische
LOUISE BLAT.
WINTERGARTEN
November - Attraktionen
Angebot lebende Bilder.
Kreaturk. Kollonische
LOUISE BLAT.
WINTERGARTEN
November - Attraktionen
Angebot lebende Bilder.
Kreaturk. Kollonische
LOUISE BLAT.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Anni Wunsch.
Schneider-Duncker
Willi Prager
und das großartige
November- Progr.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entrée!
Schauspiel Das Leben!
Bärenweib.
Simpson der lebende Amöbe
der Mann mit dem Steinkörper.
Neapolitanische Briganten.
Panophon-Vorträge:
Alexander Girardi.
Otto Reutter, Garuso etc.
Alles ohne Extra-Entrée!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Gustav Behrens-
Theater.**
Goltzstr. 9.
Gute Spreewald.
Vollständ. mit Gesang und Tanz
von Walther Gericke.
Frana Feibig, Gaudbieri; Dr. Gustav
Behrens, Wilhelm Fenschel, Arbeiter;
Regist. Bernd Lange.
Außerdem die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 Uhr.

Schiller-Theater.
O. (Wagner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Lustspiel in 5 Akten v. Gustav Stabelburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Trauerspiel in 5 Akten von Richard
Beer-Holmann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. — B. Jahnflöh.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
— Wilh. Wolffs Hamburger Sänger. —
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

ZONOPHON

November-Neuaufnahmen

Zonophon-Orchester
X 22628 Mit Peitschenknall
X 22629 Auf dem Felle der
Ehre
X 22636 Wenn die Liebe
von erwacht, Valis
X 22637 Die fize Donauwitzer,
Rheinl. a. „Donner-
wetter Intello“
X 22638 Zwijung, Marsch
X 22639 Zonophon-Marsch
X 22645 Spanischer Tana
X 22646 Sonntags Spanien
X 22647 Der Pfeffer und
sein Hund
X 22648 Dorfjoch
X 22649 Der Kuss
X 22650 Amorosa
Max Kuitner, Tenor
X 22620 Gute Nacht, du
mein herziges Kind
X 22621 Ständchen aus
„Troubadour“
Adolf Lieban, Bariton
X 22611 Aus der Jugendzeit
— An der Weier
Louise Obermaier, Sopr.
X 22610 Cadett u. Bakette a.
Mamseli Nitouche
X 22611 Müller-Marsch a.
Mamseli Nitouche
**Xylophon m. Begleitung
d. Zigeuner-Orchester**
Budapest
siehe Monatsverzeichnis
Alfred Schmasow, Berlin
X 22627 Wenn die Butter-
blumen lächeln
X 22628 Im Storchnest

Sieeben erschienen:
„Der fidele Bauer“

Zonophon-Orchester
Jeder trägt sein
X 22622 Finken, Walzenlied
X 22623 Entre-Act
Gustav Matzner, Tenor
mit Orchesterbegleitung
Jeder trägt sein
X 22622 Finken, Walzenlied
X 22623 Entre-Act
**Vall Paak, Gust. Matzner
und Anton Matzner**
X 22624 Bauernmarsch,
Berlin, mit
Orchesterbegleitung
Grete Dirkes, Kurt Boas
X 22625 Heinerle, Heinerle,
hab' kein Geld
X 22626 Morgen muss ich
fort von hier, Duett
Paak und Matzner
**Gustav Matzner und
Ensemble mit Orchester-
begleitung**
X 22625 Introduction und
Quartet
X 22626 Dürnd und Bus,
Hutlage III. Akt
Vall Paak und
Gustav Matzner,
Berlin, mit
Orchesterbegleitung

**3 Mark kostet die
doppelseitige
Zonophon-Platte.**
International Zonophone Company m. b. H.
Berlin S. 42, Ritterstr. 36.
Ausführliche Kataloge und Prospekte bei jedem Sprech-
maschinenhändler Deutschlands erhältlich, ev. werden
Bezugsquellen auf Wunsch überall nachgewiesen.



Bezugsquellen:
Berlin:
Emil Bauer, Hagelberger Str. 28.
E. Beckershoff, Planufer 24.
„Grammophon“ H. Weis & Co., Friedrichstr. 169.
Grammophon-Zentrale, Alexanderplatz und Kleist-
straße 27.
A. Ferra, Kottbusser Damm 23.
Hermann Hopps, Lothringer Str. 40.
M. Juhre, Brunnenstr. 117.
Franz Kerber, Riechhofenstr. 7.
Artur Nelson, Brunnenstr. 170 und Elsasser Str. 56.
Georg Nöther, vis-à-vis Bahnhof Börso.
Passage-Kaufhaus, Friedrichstraße.
Hugo Platze, Mollatstr. 105.
Hermann Regenstein, Brunnenstr. 133.
Paul Reimann, Hackescher Markt 4.
Wilhelm Reuschel, Kottbusser Damm 22.
Karl Röper, Petersburger Str. 2.
Max Schönhub, Reinickendorfer Straße, Eingang
Weddingstr. 5.
„Susa“, Dresdener Str. 132.
Charlottenburg: M. Arendt, Potsdamer Str. 6.
W. Becker, Wilmersdorfer Str. 127, I,
Ecke Schillerstraße.
C. Grosse, Wilmersdorfer Str. 133.
Köpenick: Otto Hanell.
Gr.-Lichterfelde: Paul Kuhnert & Co., Chaussee-
straße 111.
Pankow: Theodor Lange, Wellankstr. 117.
Reinickendorf: R. Eichler, Residenzstr. 123.
Schöneberg: Artur Kühn, Kolonnenstr. 7.
Steglitz: Otto Baron, Albrechtstr. 10.
Spandau: A. Schröter, Potsdamer Str. 50 und
Breite Straße.
Potsdam: F. Görz, Charlottenstr. 36.
Nauen: Michael Zwickel, Kettnerstraße.

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 3. November, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Das neue Sensations-Programm!
U. a.: Zum erstenmal in Europa! Der lebende Kreisler!
Mons. Menneret. Direkt aus Amerika! Mons. Macaridis Gaboons-
Noch nie dagewesen!
**Affen als Kunstradfahrer, Chauffeure, Jong-
leure und Schellenspieler.**
Absolute Novität! Panamahüte und Keulenjongleure The Mr. Sans. —
Neu! Troupe Flochi, die Könige aller Akrobaten. — Clown Amando mit
seinem boxenden Känguruh und die großartigen neuen Spezialitäten.

Reineis-Palast
Luisenpark. Ständige Eisbahn. Dienstag, Mittwoch
Donnerstag abends 8 Uhr: Großes Internationales Eis-
Wettlaufen. Kennungen der besten Runkläufer der Welt. Eintritt 2 M. Son-
nabends 10 Uhr bis nachmittags 8 Uhr: Großes Konzert.
Nachmittags 4 Uhr: Auftreten der engagierten Eisumkämpfer und
Käuferrinnen. Eintrittspreis: Kinder 50 Pf., Erwachsene 75 Pf. — Von
8 bis 8 geschlossen.

**XIV. Saison!
Zirkus Busch.**
Dienstag, den 3. November 1908.
abends präzise 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Bisher noch nie dagewesen!
Kapitan Webbs dreifache
9 Seelöwen 9
Die Ueffen! Herr Karl Reinisch,
Schauspieler. Herr Ernst Schu-
mann mit seinen Reiterkutschern.
Um 9,45 ca.:
Barbarossa!!
Große Origin.-Aufft.-Pantomime
des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theater-
sank Moabit.
Donnerstag, den 5. November:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Akten v. Rob. Benedic.
Anf. d. Werk 8, Aufführung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.

**Gebrüder
Herrnsfeld-
Theater.** Vork. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
**Der größte
Herrnsfeld-Erfolg:
Die beiden Bündelhands!!**
Komödie in 2 Akten mit
Anton Herrnsfeld als Vermand-
lungsführer „Monsieur Ganivet“
und Donat Herrnsfeld als „Gondi
Bündelhand“.

: Vollständig neuer :
Künstler-Teil
Gebr. Ronzonis Opera-Duett.
Marga u. Mill Blis' Ballett:
Walzertraum. Kun Arpad, der
berühmte jugend. Geigenvirtuose.
The six rockets, Gesangs- und
Tanz-Sextett. Wacker u. Wackers
Gebirgs-Typen.

**Jede in die
Büro-
Aufstellung**

**Ausstellungs-Hallen
am Zoo**
24. Oktober bis 3. November.
Geöffnet 10-10 Uhr :: 4-10 Uhr Konzert.

Brauerei Friedrichshain
Im Königsdor.
Deute, Dienstag, 3. Tag der
**Gr. Internationalen
Ringkampf - Konkurrenz**
um den **Großen Preis von
Berlin - 6000 M. in bar.**
Deute ringen:
John Pohl - Abs H. Deutschland
gegen
Pjoward lo Colosse - Frankreich.
Jakob Deridder - England
gegen
Makamiak - Belgien.
Georg Altmann - Berlin
gegen
Van Dem-Belgien.
Zippo-Rock - Amerika
gegen
Ali Ogl - Türkei.
Vor dem Ringkämpfen: **Nähte,
erstklass. Spezialitäten.**
Anfang 5 Uhr. Entrée 50 Pf.
Rel. Weg 1 St. Rum. 214 2 St.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenpark.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hadschmann als Erzieher.
Mittwoch: Stolz der Stadt.

W. Noacks Theater
Direction: Rob. Dill. Schumannstr. 16.
Frau Boes Nachje.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Sonabend, 7. November: Groß
Globe-Vorstellung: Der Glockenguss
in Dresden.
Sonabend, 21. November: Welt-
vorstellung! 20jähriges Bühnen-
jubiläum des Dr. Rob. Dill.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal-Ter.
Anfang 8 Uhr:
Das vollst. neue Novemberprogr.
Perzina m. seinen 110 Tieren
Im Tanniel Regimentkapellen etc.
Theaterbesucher hat freien Eintritt.

Parodie - Theater
Dresdener Straße 97.
Deute:
Cavalleria - Musikana und
die unförmliche Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8 1/2, Uhr.

Theater Folies Caprice
Luisenpark 132.
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschaan.
Reiz: Grünzucker als Verteidiger
in Strafsachen. Borzot. v. 10-2 a. b.
Kaffe, b. Wertheim u. Rosenthalbank

Palast - Theater
Luisenpark 21. 2. W. u. 3. W. 3. W. 3. W.
Täglich 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
**Das glänzende
November-Programm.**

Der Saison! Vendares Wunderaffen.
Mr. Carlo. Steve und Ella.
Feldow Seegall. Finlay Brothers.
Les 3 Sorolines. Ella Vendares Trio.
Rümbler Comp. Biographische Bilder.
**Die Frau mit den drei
Männern.**
Familienfarzen, wochentags halbe
Preise, überall gratis.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 145.
Gastf. des Dir. Bernhard Rose:
Das bemooste Haupt
oder: Der lange Israel.
Schauspiel in 4 Akten v. R. Benedic.

Casino-Theater
Polstinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 5. November
Familie August Knoche.
Freitag, den 6. November Premiere:
Die Diambäder.
Sonntag 4 Uhr: Resonanzsaal 8a.

Bürgerliches Schauspielhaus
Katharinen-Villen 7-9.
Im Monnemen!
Unsere Frauen.
Lustp. in 5 Akten v. Walter u. Schöndauer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen Mittwoch, 4. November:
9. Opernabend: Der Troubadour.

**Reichshallen-Theater
Stettiner
Sänger**
Unter anderem:
Das
versiegelte Brautpaar.
Urkundliche Burleske.
Anf. wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Oris-Krankenkasse
für den
Gewerbebetrieb der Kaufleute,
Handelsleute u. Apotheker.

Donnerstag, den 12. November,
abends 8 1/2 Uhr, in Meyers (früher
Brantes) Festsaal, Sebastianstr. 39:

**Ordentliche
General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung für 1908.
2. Bericht der Statutenkommission.
3. Mitteilungen des Kassenvorstandes.
4. Wahl von

- a) 1 Vorstandsmitglied aus den
Reihen der Arbeitnehmer bis
Ende 1909;
- b) 4 Vorstandsmitgliedern aus
den Reihen der Arbeitnehmer
bis Ende 1911;
- c) 2 Vorstandsmitgliedern aus
den Reihen der Arbeitgeber
bis Ende 1911.

Der Vorstand.
R. Nürnberg, Jonas Stahl,
Vorstandsvorsitzender, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
der

Hutmacher,
Hutfabrikanten- und Filzwaren-
Verfertiger zu Berlin.

**Ordentliche
Mitgliederversammlung
der Arbeitgeber**

am Dienstag, den 10. November 1908,
abends von 7-8 Uhr, im Kassen-
lokale, Gollnowstraße 46 I.

Tagesordnung: Wahl von 120 Ar-
beitgeberdelegierten zur General-
versammlung (§ 46 des Statuts).

Rechte Beitragsquittung
legitimiert.

**Ordentliche
Mitgliederversammlung
der Arbeitnehmer**

am Donnerstag, den 12. November 1908,
abends von 8-9 1/2 Uhr, im Verband-
saal der Gastwirtschaften, Große
Hamburger Straße 18/19.

Tagesordnung: Wahl von 240 Ar-
beitnehmerdelegierten zur General-
versammlung.

Eintritt haben nur die
großjährigen, wahlberechtigten
und wählbaren Mitglieder gegen
Vorzeigung des Mitglieds-
buchs.

Der Vorstand.
E. Dannheuser, Vorsitzender,
Alte Jakobstraße 20/21.

Rixdorf.

**Zentral-Krankenkasse der
Maurer zc.**

„Grundstein zur Einigkeit“.

Mittwoch, den 4. Novbr., abends 8 Uhr:

Versammlung

bei Großer, Stralauerstr. 45.

Tagesordnung: Abrechnung vom
3. Quartal. Berichtlesen.
Die örtliche Verwaltung.

149/17
R. v. W. Kraft.

Dr. Schönemann

Spezial-Arzt für 45032*

**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Sozialdemokratische
Gemeindepolitik.**

Soeben neu erschienen Heft 8:

**Englische lokale Selbst-
verwaltung u. ihre Erfolge**

Von William Sanders, Mitglied
des Londoner Gräfschaftsrats.
Mit einer Einleitung von
Dr. Albert Südekum.

Preis 75 Pf., Agitations-
ausgabe 30 Pf.

Vorher sind erschienen:

Heft 1: Das kommunale Wahl-
recht.
Von P. Hirsch u. Dr. H. Lind-
emann. Preis 50 Pf., Agitations-
ausgabe 30 Pf.

Heft 2: Kommunale Arbeiter-
politik.
Von Dr. H. Lindemann. Preis
60 Pf., Agitationsausgabe 40 Pf.

Heft 3: Kommunale Schul-
politik.
Von Dr. H. Lindemann. Preis
1 Mk., Agitationsausgabe
50 Pf.

Heft 4: Kommunale Wohnungs-
politik.
Von P. Hirsch. Preis 1 Mk.,
Agitationsausgabe 50 Pf.

Heft 5: Steuern und Gebühren.
Von Dr. H. Lindemann. Preis
60 Pf., Agitationsausgabe 40 Pf.

Heft 6: Die städtische Regie.
Von Dr. H. Lindemann. Preis
50 Pf., Agitationsausgabe 40 Pf.

Heft 7: Das Submissionswesen.
Von F. Paslow. Preis 1 Mk.,
Agitationsausgabe 40 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstr. 69, Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Urabstimmung und Ausgabe der Handzettel zur Urabstimmung.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Bericht der Vertrauensleute.
4. Verbandsangelegenheiten.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstätte aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

- Süd-Westen** bei Habel, Bergmannstr. 57.
Süden bei Glosing, Wassertorstr. 68.
Südosten I u. II im „Südost“, Waldemarstr. 75.
Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Walter, Andreasstr. 21.
Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Pirnau, Frankfurter III c 106.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.
Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.
Jede Sargstuhlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedter Str. 23.
Wedding u. Moabit: bei Fahrow, Ravenstr. 6.

Bautischler.

- Süden, Westen, Südosten, Bez. 1:** bei Nöhring, Admiralsstraße 18c.
Osten, Bez. 2: bei Zietz, Warschauer Str. 61.
Norden, Bez. 3: bei Karl Habe, Koppenhagener Str. 74.
Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Sachse, Lindower Str. 26, Bahnhof Wedding.

Möbelpolierer.

- Osten** bei Boeker, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
Norden bei Günter, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

- Norden** bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schnöder, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Modell- und Fabrik- Tischler

- bei Max Wieser, Bergstr. 31.
Diese Versammlung beginnt am 8 Uhr.

Achtung!
Vertrauensleute!
Achtung!

Sonntag, den 8. November: **Urabstimmung.**

Sonntag, den 15. u. 22. Nov.: **Urania-Vorstellungen.**

Am 15. November, Eröffnung vormittags 10 Uhr, Vorstellung 11 Uhr: Die Gletscher der Hochalpen und die Elzeit unserer Heimat. Am 22. November, Eröffnung nachm. 4 Uhr, Vorstellung 5 Uhr: An den Seen Ober-Italiens. Billets sind auf allen Bahnhöfen und auf dem Bureau zu haben. Die Zahlstelle Markgrafenstr. 102 ist aufgehoben.

Die Ortsverwaltung.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuest. Katalog
u. Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. g.
H. Enger, Sammlerstraße
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92



14 Tage
auf Probe

besende a. meine
Gesandüberallhin
H. Harzer
Kanarien-Vogel
sowie Vogelkutter
u. Einsatz-Bauer.
Verlangen Sie
Preisliste kosten-
frei von

L. G. Müller, Bogenschießerei,
Nordhausen 10 a. H.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4835.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10 1/2-1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal rosa und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4597L*
Amt 4, 3014.

Goldblondchen
alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

Zu begleiten durch die meisten
Bierverleger und Mineralwasserfabrikanten

Generalvertrieb: **Ernst Krüger, G. m. b. H. NO., Höchstestr. 28.**

In
dieser
Welt
bleibt

Amor

das beste Metallputzmittel

Kaol

bestes flüssige Metallpolitur

**Katze
im
Kessel**

bestes Scherpulver für die Küche

Servus

bestes Schuh- Putzmittel

Überall zu haben
von 10 Pf. an.

Fabrik: Lubszynski & Co.,
Berlin.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Die „Werberede“ — Japans Maschineneinfuhr aus Deutschland ...

Berlin, 31. Oktober 1908.

Erfreuten wir uns einer Hochkonjunktur, die Ereignisse der letzten Tage hatten der Börse sicher einen großen Schreck eingejagt.

Japan ist für uns als Käufer nicht ganz nebensächlich. Dafür sprechen die nachfolgenden Zahlen über die Einfuhr Deutschlands in einigen Waren nach jenem Lande.

Table with 3 columns: Various types of machines, 1907, 1908.

In einzelnen Artikeln ist die diesjährige Aufnahmemenge Japans hinter die des Vorjahres zurückgeblieben.

Das die Börse auf das bedauerliche Zwischenstadium nicht stärker reagierte, ist nur ein Beweis ihrer Apathie.

Auch im Außenhandel Deutschlands spiegelt sich die Ungunst der Wirtschaftslage.

Main table with 4 columns: Einfuhr (1908, 1907), Ausfuhr (1908, 1907). Rows include Merinowolle, Kreuzschurwolle, Zement, etc.

Bei den Rohprodukten, die wir für unsere Weiterverarbeitung nötig haben, ist die Einfuhr teilweise stark zurückgegangen.

Solche Verhältnisse finden natürlich auch an der Börse ihren Niederschlag. Die gewagtesten Anstrengungen bringen die Kurse nicht auf das gewünschte Niveau.

Die Einbeziehung des Fernverkehrs in Preußen und Hessen in den elektrischen Betrieb kann auch nur eine Frage der Zeit sein.

Und damit gewinnt die Sache eine erhöhte Bedeutung auch für die Walzwerke und die Kleinindustrie.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstage von 8 bis 12 Uhr ...

3. 3. 500. Das dürfte Sie auf eine Anfrage beim Regiment ...

Advertisement for JOSETTI JUNO CIGARETTEN, featuring an illustration of a man with a bull and a woman.

Advertisement for 'Kranke und Schwache' (Sick and Weak) featuring 'Tausende wurden gesund' and 'Lamshelber Stahlwasser'.

Advertisement for 'Sie sparen' (You save) featuring 'Radial-Asbest-Oefen' and 'Bruch-Pollmann'.

Large advertisement for Bouillon-Würfel der Firma 'Krone', featuring a crown logo and the text 'Die Herren Preisrichter wussten sehr genau'.

